Exklusiv: BND-Agentin packt aus S. 10

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro
Nr. 26 – 1. Juli 2016
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell
»Nicht nur ein bilaterales Problem«
Interview mit Tigran Balayan über Armenien 2

Deutschland
Führungskämpfe in der AfD
Nach Rechtsruck-Vorwürfen wird an Frauke Petrys Stuhl kräftig gesägt 3

Hintergrund
Die »Papierterroristen«
Bundesdeutsche Verfassungsschützer warnen vor den Reichsbürgern 4

Preußen / Berlin
Koalitionskrach um Kameras
Interner Streit um Überwachung öffentlicher Plätze 5

Ausland
Ändert die EU ihre Ostpolitik?
Die Russland-Sanktionen 6

Kultur
Prozession der Christo-Jünger
Kunstobjekt »Floating Piers« 9

Geschichte
Was ist ein Drittel von »lebenslänglich«?
Als Agentin in der DDR 10




Foto: ddp images/dapd

Ein Lächeln wie gemeißelt: Tatsächlich haben die EU-Protagonisten Renzi, Merkel und Hollande keinen Grund zum Lachen

Horror für Brüssel

»Gebt uns ein Referendum« wird zum Kampfruf in vielen EU-Mitgliedstaaten

Die Briten kehren der EU – nicht Europa – den Rücken und stürzen die Eurokratie in ihre tiefste Krise. Das Europa jenseits der Gemeinschaft erhält Zuwachs, Selbsterkenntnis in der EU wächst indes nur spärlich.

Der Brexit ist beschlossen und die Nachricht rollte einem Tsunami gleich über Brüssel und Berlin. Angesichts der politischen und medialen Flankierung für einen Verbleib ist die Volksabstimmung überraschend eindeutig ausgefallen. Entsprechend groß fielen Entsetzen und Hysterie auf dem Festland aus. Doch die Börsen- und Währungskurse gerieten nur kurzzeitig ins Wanken, die Welt geht nicht unter.

Untergangsstimmung ergreift jetzt aber Politiker, die am Volk vorbeiregieren. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) sieht den „ganzen Kontinent in Geiselhaft“. Der britische Premier David Cameron erklärte seinen Rücktritt. Er ist die erste Geisel, allerdings eigener Verfehlungen, ist ohne Handlungsspielraum und tritt somit notwendigerweise ab. Die britische Politik hat insgesamt wenig für den Fall des Austritts vorbereitet. Das bedeutet nicht, dass es keine gedeihliche Entwicklung jenseits der EU gäbe. Auf der Insel wird das Votum geachtet. Mit Sportsgeist widersteht das Königreich dem Druck der Restgemeinschaft jenseits des Kanals, das Ergebnis nun bitte so hinzubiegen, dass alles beim Alten bleibe. Die Befürworter des Verbleibs, nun beleidigte Befürworter eines möglichst schnellen Abgangs der Briten, geben in Deutschland den Ton an. Die Abstimmung dokumentiert somit nicht nur einen Graben zwischen Alten (vermeintliche Anti-Europäer) und Jungen („fortschrittlich“) auf der Insel oder zwischen Schotten und Nordiren für Europa sowie Engländern und Walisern dagegen, sie zeigt vielmehr: Wer eine Wahl hat, kann tatsächlich gehen.

> Eurokraten säen im Moment der Niederlage neue Austrittswünsche

Das Signal untergräbt das Selbstverständnis der EU-Kaste. Sie möchte lieber mit ihren alten Demokratiedefiziten auf dem Scheiterhaufen der Abstimmung brennen, als Einsicht und Selbstkritik zuzulassen. Das „alte“ räumt mit dem „neuen Europa“ (EU) auf – ein Horror für Brüssel. Dass rund drei Millionen Menschen im Inselreich inzwischen den Rücktritt vom Brexit fordern, ein neues Referendum oder andere die erneute Klärung der jüngst abgeschmetterten schottischen Unabhängigkeit wollen, ist Brüssels einziger Trost. Die EU fürchtet einen Flächenbrand. Ungarn, die Niederlande, Polen, Tschechien, ja sogar Frankreich drohen abzufallen, auch Dänen und Österreicher. „Gebt uns ein Referendum“ wird zum Kampfruf. Dabei böte ein Austritt auch Chancen – was binnen zwei Jahren mit den Briten zur Vorbereitung des Austritts ausgehandelt werden muss und beiderseits für vernünftig befunden wird, muss nicht auf das Verhältnis der EU zu den Briten beschränkt bleiben. Derzeit sieht es jedoch nicht nach internen EU-Reformen aus. Die Union sät somit im Moment der Niederlage neue Austrittswünsche.

Sverre Gutschmidt

(siehe auch Artikel unten, S. 6 und Kommentar S. 8)

Jan Heitmann:

Lebt sie noch?

Ob sie wohl noch lebt? Die Rede ist von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Als auf Betreiben des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan deutsche Bundestagsabgeordnete beleidigt und bedroht wurden, war nichts von ihr zu hören. Jetzt hat die türkische Regierung dem Verteidigungsstaatssekretär Ralf Brauksiepe (CDU) und Mitgliedern des Verteidigungsausschusses einen Besuch bei den deutschen Soldaten in Incirlik verweigert – als Rache für die Armenien-Resolution des Bundestages. Und was sagt die Kanzlerin zu dieser gezielten Provokation? Nichts! Dabei ist Brauksiepe nicht irgendwer, sondern ein Mitglied der Bundesregierung – der von ihr geführten Bundesregierung.

Klare Worte kommen dafür von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen: Es sei eine Selbstverständlichkeit, dass die Leitung des Verteidigungsministeriums Soldaten im Einsatzgebiet besuche, und deshalb bestehe sie jetzt darauf, selbst in die Türkei zu reisen. Recht so! Die Bundeswehrsoldaten sind nicht zum Vergnügen dort. Von Incirlik aus starten unsere Tornados ihre Aufklärungseinsätze im Kampf gegen die IS-Terroristen, und unsere Marine führt den Nato-Verband zur Überwachung der Gewässer zwischen der Türkei und Griechenland – auf ausdrücklichen Wunsch Ankaras, wohlgemerkt.

Wenn Ankara weiter Schwierigkeiten macht, kann es für unsere Soldaten nur heißen: Koffer packen. Den Kampf gegen die IS-Terroristen kann unsere Luftwaffe auch von Jordanien aus führen. Aber eine solche Entscheidung ist von Merkel nicht zu erwarten. Sie spielt lieber toter Mann und lässt sich selbst und unser Land von Erdogan erniedrigen.

Merkel war’s

Die Folgen der von der Kanzlerin ausgelösten »Flüchtlingslawine« hatten maßgeblichen Einfluss auf das Ergebnis des Brexit-Votums

Der Hauptgrund für das britische Votum für den Austritt aus der EU, darin sind sich viele Analysten einig, war die „Flüchtlingslawine“ der letzten Zeit, vielleicht in Verbindung mit dem Terror in den Straßen von Paris und Brüssel. Das hat die Briten an die in vielen britischen Städten seit Jahrzehnten existierenden Probleme mit nicht zu integrierenden Zuwanderern, fast allesamt Moslems und viele davon Salafisten, erinnert. Was die Massenvergewaltigungen an Silvester in Köln für Deutschland waren, das waren die Vergewaltigungsorgien meist pakistanischer Zuwanderer an britischen Kindern vor einigen Jahren in Rotherham für England. Trotz zahlloser Hinweise hatten die britischen Behörden und die Polizei jahrelang weggesehen, sich weggeduckt. Der Grund hierfür war die erbärmliche „politische Korrektheit“ der linken „Gutmenschen“ in der Labour-geführten Stadt. Die meisten Briten glaubten nach der Aufdeckung des Skandals, dass Rotherham kein Einzelfall war.

Vielleicht hat gerade die erstmalige Wahl eines muslimischen Labour-Bürgermeisters in London, wenige Wochen vor dem Brexit-Votum, diese Ängste neu geschürt. Kaum im Amt, ließ Sadiq Khan trotz religiöser Neutralitätsverpflichtung Werbung auf Londoner Bussen mit der „Barmherzigkeit Allahs“ machen. Andererseits verstand er es, sich zu einem entschiedenen EU-Befürworter auf- zu- schwingen.

Bezeichnend für den Ausgang des Brexit-Votums ist das Abstimmungsergebnis in der Küstenstadt Dover, welche nicht erst seit dem Bau des Eurokanaltunnels das Tor Großbritanniens zur EU und Kontinental-Europa ist. Gerade dieses Tor wird seit vielen Jahren von Zuwanderern aus aller Welt auf der französischen Seite des Kanaltunnels regelrecht militärisch belagert. Britische Fernsehzuschauer mussten wenige Tage vor dem Brexit-Votum bereits zum x-ten Mal mitansehen, wie ein Räumungsversuch des Lagers durch französische Sicherheitskräfte zum wiederholten Male kläglich scheiterte. Treffendere Beweise für den Bankrott europäischer „Flüchtlingspolitik“ und das Weggucken der Sicherheitsbehörden konnte es vor der Haustür Englands

> Handlungshoheit statt weiterer Zumutungen

nicht geben. So ist es nicht erstaunlich, dass in der Hafenstadt Dover im Südosten Englands, die seit Jahrzehnten am meisten von Europa profitiert hatte, zum Erstaunen der Analysten die EU-Ablehnung mit 60 Prozent sehr hoch war.

Dass Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihren nicht mit der EU abgesprochenen Willkommensrufen für die auf dem Balkan gestrandeten abertausenden Zuwanderern in gewaltigem Ausmaß die „Flüchtlingslawine“ verstärkt hat, war für die Briten eine feststehende Tatsache. Dass die Kanzlerin ganz Europa dazu verpflichten wollte, gemeinsam die Folgen ihres kurzsichtigen Alleingangs auszubaden, könnte die eine Million Stimmen gekostet haben, die am Ende für einen Verbleib Großbritanniens in der EU gefehlt haben. Das Land hat seine Grenzen für die Millionen osteuropäischer Neu-EU-Mitglieder viel früher geöffnet als alle anderen Länder Westeuropas, mehr als eine Million Polen haben nicht in Deutschland Aufnahme und Arbeit gefunden, sondern in Großbritannien. Damit hat das Land einen erstaunlichen Beweis seiner Offenheit und Europafreundlichkeit geliefert. Aber die Zumutung Merkels, die eigenen Fehler auf Kosten der EU-Partner auszugleichen, war einer Mehrheit von Briten zu viel. Das verstanden sie als Angriff auf ihre Souveränität, und das von einem EU-Land wie Deutschland, das seine eigene „Flüchtlingspolitik“ nicht mehr im Griff hat. Die britischen Wähler wollten mit dem Brexit wieder die Handlungshoheit über die Einwanderung erlangen, denn die EU hat hier kläglich versagt.

Bodo Bost

MELDUNGEN

Erdogan amtsunwürdig?

Ankara – Über nicht weniger als 44 Ehrendoktortitel verfügt der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan, doch einen ordentlichen Hochschulabschluss hat er vermutlich nicht. Laut Erdogans offizieller Biografie erhielt er 1981 ein Diplom der Fakultät für Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften in Istanbul. Er soll dort vier Jahre eingeschrieben gewesen sein. Nach Erkenntnissen des türkischen Verbandes der Hochschulprofessoren soll Erdogan seine Studien jedoch „nach zwei bis drei Jahren“ abgeschlossen und damit kein Universitätsdiplom haben. Pikant: Laut Verfassung muss das türkische Staatsoberhaupt neben dem Besitz des Bürgerrechts eine akademische Ausbildung von mindestens vier Jahren nachweisen. Bei seiner Ernennung zum Staatspräsidenten hatte die Wahlkommission Erdogan aufgrund eines von ihm vorgelegten Diploms einen Studienabschluss im Jahre 1981 bescheinigt. Wie es aussieht, handelt es sich bei dem Dokument um eine allzu plumpe Fälschung, denn die von ihm angeblich besuchte Marmara-Universität wurde erst 1982, das im Diplom genannte Institut noch ein Jahr später gegründet. Ömer Faruk Eminagaoglu, ein ehemaliger Staatsanwalt, fordert, Erdogan müsse des Amtes enthoben und für unwählbar erklärt werden. Er hat die Wahlkommission eingeschaltet. Die allerdings steht Erdogans Regierungspartei AKP nahe und hat Eminagaoglus Klage umgehend abgewiesen. Der Rektor der Marmara-Universität verwies zur Ehrenrettung des Staatspräsidenten auf ein von ihm 2014 veröffentlichtes Foto Erdogans mit Diplomurkunde. Das macht die Sache indes auch nicht glaubwürdiger, denn der Rektor ist ein Jugendfreund Erdogans und ein Original der Urkunde aus dem Universitätsarchiv konnte er nicht vorlegen. *J.H.*

Die Angst geht um

Frankfurt/M. – Unter den nichtmuslimischen Minderheiten in deutschen Asylunterkünften geht nach Einschätzung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) die Angst um. Christen, Jesiden und andere Zuwanderer gerieten immer wieder durch radikale islamische Gruppen unter Druck, wenn sie deren Regeln wie beispielsweise die Fastenvorschriften am Ramadan nicht befolgten. Deshalb fordert die IGFM die Einrichtung einer staatlichen Notrufnummer für Opfer von Mobbing, Drohungen und Gewalt in deutschen Gemeinschaftsunterkünften. Der IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin erklärte, es müssten zügig Vorkehrungen getroffen werden, damit die Opfer und Bedrohten rasch in Sicherheit gebracht werden können: „Wir fordern eine bundesweite mehrsprachige Notrufnummer, wie das bereits erfolgreich bestehende ‚Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen‘, das rund um die Uhr und an jedem Tag des Jahres erreichbar ist.“ Ein solches „Notangebot“ sei dringend nötig. In vielen der mehrheitlich islamischen Herkunftsländer der Zuwanderer kommt es nach Informationen der IGFM zu Übergriffen von gesellschaftlichen Gruppen oder auch von Polizeikräften auf Angehörige der nichtmuslimischen Minderheiten in diesen Ländern, um sie im Ramadan zum Mitfasten zu zwingen. Offenbar seien diese Rechtsvorstellungen „nun auch unter einigen strenggläubigen Muslimen in deutschen Flüchtlingsunterkünften präsent“. *J.H.*

»Nicht nur ein bilaterales Problem«

Interview mit Tigran Balayan, Sprecher des Außenministeriums der Republik Armenien

Vor dem Hintergrund der Völkermord-Resolution des Deutschen Bundestags gab der Sprecher des armenischen Außenministeriums Tigran Balayan der *PAZ* ein Interview. Themen waren neben der Resolution die armenisch-deutschen Beziehungen, das Verhalten der Bundeskanzlerin und der türkischstämmigen Bundestagsabgeordneten, armenische Wiedergutmachungsforderungen an Deutschland sowie die türkische Kritik an der angeblichen deutschen Einmischung in die armenisch-türkischen Beziehungen. Die Fragen stellte Bodo Bost.

PAZ: *Der Deutsche Bundestag hat mit großer Mehrheit die Völkermord-Resolution verabschiedet, die eine deutsche Mitverantwortung am Völkermord an den Armeniern in der osmanischen Türkei impliziert. Welche Folgen hat dies für die armenisch-deutschen Beziehungen?*

Tigran Balayan: Armenien begrüßt die Annahme der Resolution über die Anerkennung des Völkermordes, begangen an den Armeniern und anderen christlichen Völkern im Osmanischen Reich, durch den Bundestag der Bundesrepublik Deutschland. Deutschland ist ein wertvoller Freund und zuverlässiger Partner von Armenien auf bilateralen sowie europäischen und internationalen Plattformen. Deutschland ist Armeniens zweiter und unter den EU-Mitgliedsstaaten der erste Handelspartner. Unsere Beziehungen sind sehr umfangreich und sehr vielfältig. Sie umfassen nicht nur bilaterale Beziehungen, sondern auch die Zusammenarbeit im Format Armenien und die Europäischen Union sowie Armenien-Nato und in Form von Friedensmissionen und so weiter. Unsere gemeinsame Agenda ist wirklich sehr umfangreich und Deutschland war schon immer ein sehr wichtiges Land für Armenien gewesen.

Was das Völkermord-Problem anbelangt, lassen Sie mich daran erinnern, dass im Jahre 1915 Baron von Wangenheim, der damalige deutsche Botschafter im Osmanischen Reich, berichtet hat, dass „die Deportation und der Massenmord an den Armeniern keine militärische Notwendigkeit darstellt“. Im Jahre 2005 hat der Deutsche Bundestag eine Resolution mit dem Titel „Gedenken an die Vertreibung und die Massaker an den Armeniern von 1915“ verabschiedet, in der es heißt, dass der „Bundestag die unrühmliche Rolle des Deutschen Reiches anerkennt, welches trotz einer Fülle von Informationen über die organisierte Vertreibung und Vernichtung von Armeniern keinen Versuch zu intervenieren und diese Grausamkeiten zu stoppen unternommen hat“. Im vergangenen Jahr hat Bundespräsident Joachim Gauck diese Morde an den Armeniern durch Türken als Völkermord bezeichnet. Die Erklärung von Präsident Joachim Gauck anlässlich des Jahrestages des Völkermordes an den Armeniern im letzten Jahr zusammen mit dieser Entschließung des Bundestages sind wertvolle Beiträge nicht nur zur internationalen Anerkennung und Verurteilung des Völkermords an den Armeniern, sondern auch im universellen Kampf zur Verhinderung von weiteren Völkermorden und weiteren Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

> »Wir sehen das Genozid-Problem nicht nur als ein Problem allein zwischen der Türkei und Armenien«



Vergleicht den Völkermord an den Armeniern mit dem an den Juden: Tigran Balayan *Bild: armenpress*

Während Deutschland und Österreich als ehemalige Verbündete des Osmanischen Reiches heute ihren Teil der Verantwortung am armenischen Völkermord anerkennen, lehnen die Behörden der Türkei als Rechtsnachfolgerin des Osmanischen Reiches weiterhin stur die unbestreitbare Tatsache des Völkermords, welcher durch das Osmanische Reich begangen wurde, ab.

PAZ: *Kanzlerin Angela Merkel und viele ihrer Minister zogen es vor, nicht an der Abstimmung im Bundestag teilzunehmen. Wie sehen Sie diese Abwesenheit in Bezug auf die Bedeutung der Abstimmung, die mit Völkermord, dem größten Verbrechen unseres Rechtssystems, zu tun hatte?*

Balayan: In Bezug auf Kanzlerin Merkels Position war sie mehr als klar am Vorabend der Abstimmung und bekräftigte dies durch ihre Unterstützung für den Resolutionsentwurf. Wir schätzen ihre prinzipielle Haltung zu dem fast einstimmigen Votum des Bundestages.

PAZ: *Sollten seitens direkt betroffener armenischer Familien Kompensationsforderungen gegen Deutschland erhoben werden, wird die armenische Regierung diese unterstützen?*

Balayan: Diese Frage sollte gesondert diskutiert werden.

PAZ: *Es gab nur eine Stimme gegen die Resolution, sie kam von der CDU. Während und vor der Abstimmung gab es einen großen Druck von türkischen offiziellen politischen Vertretern auf Deutschland, sich nicht in die türkisch-armenischen Beziehungen einzumischen. Wie sehen Sie das?*

Balayan: Wir sehen das Genozid-Problem nicht nur als ein Problem allein zwischen der Türkei und Armenien. Wenn wir dieser Logik folgten, könnte man auch den Holocaust als eine innere Angelegenheit zwischen Deutschland und Israel sehen, was natürlich nicht korrekt ist. Der Holocaust-Überlebende und Nobelpreisträger Elie Wiesel hat dies einmal mit folgenden Worten ausgedrückt: „Die Toten zu vergessen wäre ähnlich, wie sie ein zweites Mal zu töten.“ Wir sehen Erinnerung und Anerkennung als die beste Möglichkeit zur Wiederherstellung von Gerechtigkeit und um neue Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern, was eine wichtige Mission unserer außenpolitischen Agenda darstellt.

PAZ: *Alle elf Bundestagsabgeordneten verschiedener Parteien mit türkischem Hintergrund stimmten zugunsten der Völkermord-Resolution. Wie interpretieren Sie dies?*

Balayan: Es zeigt, dass diese Parlamentarier viel reifer sind als die türkischen Behörden. Wieder einmal bewies die türkische Führung ihre unrealistische und gefährliche Haltung durch ihre absolut irrelevanten, hasserfüllten und rassistischen Kommentare in Bezug auf das sogenannte unreine Blut von deutschen Gesetzgebern türkischer Herkunft. Diese Bemerkungen wurden vom Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz als „völliger Bruch eines Tabus“ bezeichnet, und diese Tatsache spricht für sich.

Durchbruch für erste reine Immigrantenpartei

»Denk« in den Niederlanden: Integration wird abgelehnt, Akzeptanz gefordert, Islamismus heruntergespielt

In den Niederlanden haben die zwei türkischstämmige abtrünnige Sozialdemokraten Tunahan Kuzu und Selçuk Öztürk mit „Denk“ die erste reine Immigrantenpartei im Parlament etabliert. Die Partei für Einwanderer und Menschen mit Immigrationshintergrund gibt sich antirassistisch, verweigert jedoch den Dialog mit Juden und mit Ex-Muslimen. Auch Kritik am türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan ist tabu. Der Parteiname „Denk“ weckt Erinnerungen an die salafistische Bewegung Europas, die mit dem Logo „Lies“ erstmals mit der Verteilung von Koranen in Erscheinung getreten ist. Ob diese Assoziation bewusst gewählt wurde, ist unbekannt.

Nachdem Kuzu und Öztürk im Streit über die Ausländerpolitik der Regierung die Fraktion der sozialdemokratischen Partei der Arbeit (PvdA) verlassen hatten, gründeten sie Ende 2014 die „Denk-Bewegung“. Obwohl die Partei im Milieu der türkischen Parallelgesellschaft entstanden ist und sie den Eindruck erweckt, als verstehe sie sich als Fünfte Kolonne Erdogans in den Niederlanden, versteht sie sich als Sammelbecken für alle enttäuschten und frustrierten Menschen in den Niederlanden darzustellen, denn der Ausländeranteil in den Niederlanden liegt bei unter fünf Prozent, unter dem EU-Durchschnitt. Allerdings leben in Holland auch viele Menschen aus anderen Ländern der EU und den ehemaligen Kolonien Surinam und Indonesien mit niederländischen Pässen, die sich zu kurz gekommen fühlen.

> Die Partei agiert wie eine Fünfte Kolonne Erdogans in Holland

Aufsehen erregte die Partei vor allem, als es ihr gelang, mit der ehemaligen Miss Niederlande Tatjana Maul, deren Familie aus Osteuropa stammt, eine Prominente als Parteisprecherin zu gewinnen. Als die Splittergruppe vor einigen Wochen zusätzlich noch die bekannte Fernsehmoderatorin Sylvana Simons – ihre Familie stammt aus der früheren Kolonie Surinam – als ihre Kandidatin für die nationalen Parlamentswahlen im kommenden Jahr präsentieren konnte, schien ihr der Durchbruch gelungen.

Entsprechend dem Image der beiden weiblichen Zugpferde gibt sich die Partei vordergründig ein progressives und innovatives Image. Sie präsentiert sich als Gegenpart vor allem zur erfolgreichen islamkritischen Partei für die Freiheit (PVV) von Geert Wilders, der momentan nach Umfragen die stärkste Fraktion im Parlament stellen würde. Wilders wurde deshalb von „Denk“-Anhängern bereits mit Adolf Hitler verglichen.

Die Radikalisierung, die in den letzten zehn Jahren nach dem Mord am Filmemacher Theo van Gogh stattgefunden hat, nutzt „Denk“ souverän. Öztürk und Kuzu wenden sich unter dem Motto „Stimme der Ungehörten“ gegen eine vermeintlich wachsende Diskriminierung durch die niederländische Gesellschaft. Während man der niederländischen Gesellschaft Rassismus vorwirft, huldigt Parteichef Öztürk dem neuen Führer aller Türken Erdogan in höchsten Tönen. So lehnt die Bewegung es wie Erdogan strikt ab, von einem türkischen Genozid an den Armeniern im Jahr 1915 zu sprechen. Als vor einigen Wochen die niederländisch-türkische Bloggerin Ebru Umar in der Türkei nach kritischen Tweets (Meldungen auf der Internetplattform Twitter) über Erdogan verhaftet wurde, stand das gesamte holländische Parlament hinter einer Resolution für Umars sofortige Freilassung, mit Ausnahme von „Denk“. Deswegen fragen sich einige Kritiker, ob es „Denk“ wirklich nur um die Anliegen der vermeintlich zu kurz gekommenen Ausländer geht, oder eher darum, bei muslimischen Immigranten für türkische Positionen zu werben. Folgen andere türkischstämmige Abgeordnete ihrer Erdogan-unterwürfigen Linie nicht, wie der Sozialdemokrat Ahmed Marcouch, werden sie schon einmal von Denk als „Abtrünnige“ beschimpft und mit Namen und Bild im Internet angeprangert.

> Durchbruch mit zwei prominenten Frauen

Den Begriff „Integration“ lehnt die Bewegung rundheraus ab, jetzt sei die Zeit der Akzeptanz für die Einwanderer gekommen. Viele Niederländer interpretieren das als Integrationsverweigerung. Die Gefahr des islamistischen Extremismus wird von der Bewegung heruntergespielt mit der Relativierung, dass es Extremisten in allen Religionen gebe. „Denk“-Vertreter wollen auch keine staatliche Einmischung in die Imamausbildung. Offiziell ist die Partei gegen Rassismus, wenn es gegen die eigene Klientel geht. Lieblingsfeindbild von Denk jedoch ist Israel und das Judentum. Gerade der jüdischstämmige Minister Lodewijk Asscher, der als Sozialminister auch für Integration zuständig ist, ist Zielscheibe der Hasskritik von Denk. Unter „Meinungsfreiheit“ versteht die Partei auch etwas anderes als die Durchschnittsgesellschaft, „Charlie Hebdo“ mit seinen antireligiösen Tiraden gehört nicht dazu.

Für die prominenteste Politikerin mit Immigrationshintergrund in den Niederlanden ist freilich kein Platz bei Denk: Ayaan Hirsi Ali, Ex-Muslimin und befreite Sklavin aus Somalia, die mit harscher Islamkritik weltweit berühmt und nach dem Mord an ihrem Mitstreiter Theo van Gogh durch einen Islamisten wegen versagtem Personenschutz die Niederlande gen USA verlassen hat. Man öffnet sich lieber dem deutlich unkritischeren, aber deswegen umso gewalterfahrenem Klientel aus den sozialen Brennpunkten. *B.B.*

Führungskämpfe in der AfD

Staats- und Konzernmedien sprechen von einem dauerhaften Rechtsruck, doch die Stimmung ist gespalten

Es ist fast genau ein Jahr her, dass sich von der Alternative für Deutschland (AfD) auf deren turbulentem Essener Parteitag die heutige Allianz für Fortschritt und Aufbruch (Alfa) de facto abspaltete. Nach spektakulären Wahlerfolgen steckt die AfD nun erneut in einer schweren Krise.

Um inhaltliche Dinge geht es dabei eher weniger. Vor einigen Tagen trafen sich der Co-Vorsitzende Jörg Meuthen sowie die Fraktionsvorsitzenden von Brandenburg und Thüringen, Alexander Gauland und Björn Höcke, in Berlin mit ausgewählten Hauptstadtjournalisten. Ziel des Hintergrundgesprächs war es, die Spitzenkandidatur der Parteichefin Frauke Petry zur Bundestagswahl zu verhindern. Das Problem solcher Gespräche ist traditionell, dass immer etwas durchsickert. So auch diesmal.

Frauke Petry konterte umgehend und kühl und schaltete sich in die Belange der Stuttgarter Landtagsfraktion ein, der Meuthen vorsteht. Dort forderte der zum wirtschaftsliberalen Flügel gehörende Hochschullehrer den Ausschluss des umstrittenen Abgeordneten Wolfgang Gedeon, der sich in verschiedenen Schriften antisemitisch geäußert haben soll. Die Sache wurde mit einem Kompromiss geregelt, der auch parteiintern als „faul“ gilt. Drei unabhängige Gutachter sollen die Ausführungen Gedeons prüfen; im September soll dann noch einmal abgestimmt werden.

Die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, legte dem Vorsitzenden daraufhin den Rücktritt nahe. Wenn Meuthen die Gesinnung Gedeons, die innerhalb seiner Fraktion offenbar unterstützt werde, nicht teile, „ist er entweder in der falschen Partei oder als Fraktionschef erbärmlich machtlos“, sagte Knobloch dem „Handelsblatt“. „In beiden Fällen sollte er in sich gehen und über Konsequenzen nachdenken.“ Meuthen, der sein politisches Schicksal zuvor mit der Person Gedeons verknüpft hatte, sieht derzeit für einen solchen Schritt allerdings keinen Grund. Unterstützt wird er darin von Björn Höcke, dem einflussreichen Frontmann der Parteirechten.

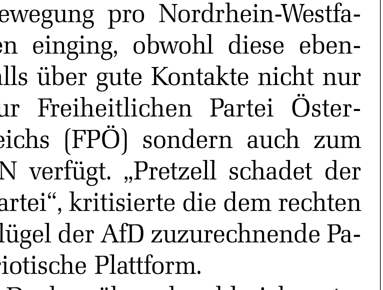
Vor diesem Hintergrund sagte der Soziologe Alexander Häusler im Deutschlandfunk, der Antisemitismus-Streit in der AfD sei kein wirklicher Antisemitismus-Streit gewesen. Und weiter: „Es wurde weder ein klares Zeichen gegen Antisemitismus gesetzt, noch hat man sich inhaltlich damit auseinandergesetzt.“ Vielmehr sei es ein Ausdruck eines internen Machtkampfes in dieser „rechtspopulistischen“ Partei. Der Konflikt um den Antisemitismus sei

> An Frauke Petrys Stuhl wird von vielen kräftig gesägt

aufgeschoben worden, aber nicht aufgehoben, so Häusler. Parteichefin Petry hatte zuvor spitz erklärt, sie persönlich dulde keinen Antisemitismus, und Meuthen vorgeworfen, er habe die Sache nicht zeitnah klären können.

Innerhalb des Bundesvorstands gilt das Klima seit Wochen als ausgesprochen eisig. Das Tischtuch zwischen Petry und Meuthen scheint zerschnitten, auch Gauland und Beatrix von Storch sollen erhebliche Probleme mit der Sächsin haben. Dabei waren sie vor einem Jahr noch Seit' an Seit' marschiert, als es darum ging, den Machtkampf mit Parteigründer Bernd Lucke zu gewinnen. Doch dieses Zweckbündnis ist zerbrochen.

Petry wird vor allem ihre Liebesbeziehung zum nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden Marcus Pretzell vorgeworfen. Der, so heißt es, sei quasi Mitglied des Parteivorstands ohne Mandat, Petry sei lediglich sein verlängerter Arm. Die Wandlungsfähigkeit des Bielefelder Juristen verblüfft selbst hartgesottene Berufspolitiker. Im Europaparlament gehört er mittlerweile der Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF) um den französischen Front National (FN) an, während er in seinem Heimatverband ein Mitglied ausschloss, weil es im Aachener Stadtrat eine Koalition mit einem ehemaligen Mitglied der Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen einging, obwohl diese ebenfalls über gute Kontakte nicht nur zur Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) sondern auch zum FN verfügt. „Pretzell schadet der Partei“, kritisierte die dem rechten Flügel der AfD zuzurechnende Patriotische Plattform.



Doch während zahlreiche etablierte Medien von einem dauerhaften Rechtsruck sprechen, ist die Stimmung tatsächlich gespalten. André Poggenburg, Fraktionschef in Sachsen-Anhalt und Wortführer des rechten Flügels, sah sich in der vergangenen Woche plötzlich einem Putsch aus den eigenen Reihen ausgesetzt. Mehr als zwei Drittel seiner Fraktion stellten sich gegen ihn. Zudem forderten fast alle Kreisvorsitzenden eine „Ende der politischen Provokationen“ und eine „Rückkehr zur Sachpolitik“. Dass die Patriotische Plattform eine Zusammenarbeit mit der vom Verfassungsschutz beobachteten Identitären Bewegung angestrebt hatte, brachte das Fass zum Überlaufen. Poggenburg soll nun von seiner Fraktion als Vizepräsident des Landtags nominiert werden. Als solcher wäre er zur Neutralität verpflichtet. „Die AfD stellt Poggenburg kalt“, stichelte der „Spiegel“. Auch in Sachsen-Anhalt geht es weniger um Inhalte als um materielle Ziele. Poggenburg, dem seine Mitstreiter Faulheit und Führungsschwäche vorwerfen, hatte unlängst im internen Kreis davon gesprochen, im kommenden Jahr für den Bundestag kandidieren zu wollen. Auch Frauke Petry und Björn Höcke sollen solche Ambitionen hegen. Jörg Meuthen sieht dies kritisch: „Wir sind in den Ländern auch wegen der personellen Konstellationen gewählt worden. Wir sollten nicht die Köpfe permanent austauschen.“ *Peter Entinger*



Versuchten in einem Hintergrundgespräch mit ausgewählten Hauptstadtjournalisten Frauke Petrys Spitzenkandidatur zur Bundestagswahl zu verhindern: Jörg Meuthen, Björn Höcke und Alexander Gauland (v.l.) Bild: pa

MELDUNGEN

WDR verkauft Kunstwerke

London – Der durch Zwangsabgaben finanzierte öffentlich-rechtliche Westdeutsche Rundfunk (WDR) besitzt einen millionenschweren Kunstschatz. Das britische Auktionshaus Sotheby's in London versteigert derzeit Kunstwerke aus dem Besitz des WDR. Die beiden wertvollsten Werke waren „Möwen im Sturm“ (1942) von Max Beckmann und „Alpweg“ (1921) von Ernst Ludwig Kirchner, für die gleich am ersten Auktionstag am Dienstag vergangener Woche Zuschläge von 1,07 beziehungsweise 1,1 Millionen Euro erzielt wurden. Insgesamt will WDR-Intendant Tom Buhrow auf diese Weise 46 seiner 600 Werke zu Geld machen, die zur „Ausstattung des Senders“ und der „Dekoration der Studios“ angeschafft worden waren. *J.H.*

Imam verweigert sich der Kultur

Berlin – Ein aus der Türkei stammender Imam hat die Berliner Platanus-Schule angezeigt – wegen „religiöser Respektlosigkeit und Fremdenfeindlichkeit“. Nach mehreren Gewalttätigkeiten eines Sohnes des Imams auf dem Gelände der Privatschule waren beide Eltern von der Schule zu einem Gespräch eingeladen worden, wobei der Imam einer Lehrerin den Handschlag verweigerte. Die Lehrerin brach nach mehrfacher Bemühung um diese hierzulande übliche Begrüßung das Gespräch jedoch ab. Gegenüber dem Sender RBB äußerte der Imam: „Integration heißt für uns, dass wir die Gesetze des Gastlandes befolgen. Die Kultur allerdings müssen wir nicht bedingungslos übernehmen.“ Während seines 15-jährigen Aufenthalts in Deutschland hatte der Kläger keine Zeit gefunden, die deutsche Sprache zu lernen. Für ihn kommuniziert daher seine in Deutschland geborene Frau, die dem anderen Geschlecht ebenfalls den üblichen Handschlag verweigert. *T.W.W.*

Buhlen um die Grünen

SPD und CDU suchen nach Alternativen zur Großen Koalition

Alarmiert durch desaströse Umfragewerte hat SPD-Chef Sigmar Gabriel eine atemberaubende Wende vollzogen. Nachdem er noch vor wenigen Wochen von einer „neuen Mitte“ gesprochen hatte, hat er nun erstmals ein Bündnis mit den Grünen und der Linkspartei nach der kommenden Bundestagswahl nicht ausgeschlossen. „Deutschland braucht jetzt ein Bündnis aller progressiven Kräfte“, schrieb er im „Spiegel“. Zugleich gab er Angela Merkel eine Mitschuld am Erstarken der rechten Kräfte in Deutschland. Der SPD-Chef bezeichnete es als eine der großen historischen Leistungen der Union, vielen alten Nationalsozialisten und Deutschnationalen in der jungen Bundesrepublik eine politische Heimat gegeben zu haben. „Mit Angela Merkels politischer Entkernung der CDU haben die Unionsparteien ihre Bindekraft für dieses Milieu verloren. Leider.“

Der Koalitionspartner reagierte entsprechend sauer. „Ich glaube, das ist der verzweifelte Versuch, irgendwie auf die Beine zu kommen“, sagte CDU-Vize Volker Bouffier, der eine schwarz-grüne Koalition in Hessen anführt und als Befürworter eines solchen Bündnisses auch auf Bundesebene gilt. „Jede Partei muss für sich entscheiden, wohin sie will“, sagte er vielsagend.

Der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke) erklärte auf NDR Info, er halte eine rot-rot-grüne Koalition im Bund für möglich. Die Signale des SPD-Chefs deute er als realistische Perspektive für die politische Zukunft des Landes. Bei der Großen Koalition würden die Bürger nicht mehr erkennen, wer konservativ und wer linksliberal sei. Die Forderung von Sigmar Gabriel nach einer engeren Kooperation mit den „Linken“ begrüßte Ramelow.

> Gabriel kritisiert Merkels »politische Entkernung der CDU«

„Ich finde es problematisch, wenn die Große Koalition insgesamt nur noch etwa 50 Prozent der Bevölkerung abbildet“, signalisiert Ramelow Offenheit für ein Links-Bündnis.

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) sieht ein mögliches rot-rot-grünes Bündnis im Bund dagegen äußerst kritisch. Die Linke habe sich 2010 in Sondierungsgesprächen weder als regierungswillig noch als -fähig erwiesen, sagte Kraft gegenüber den „Ruhr Nachrichten“ („RN“).

Der Sprecher des konservativen Seeheimer Kreises, Johannes Kahrs, verteidigte in einem Interview mit der „Rheinischen Post“ seinen Parteivorsitzenden. Diesen Aufruf zur Zusammenarbeit links der Mitte gegen die AfD als Koalitionsansage für Rot-Rot-Grün zu interpretieren, sei „ziemlich abenteuerlich“.

Für Aufsehen gesorgt hat auch die Kritik des sozialdemokratischen Außenministers Frank-Walter Steinmeier am Nato-Manöver „Anakonda“, die CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn seinerseits kritisierte: „Die SPD ist offenkundig sehr verzweifelt und versucht sich Gehör zu verschaffen.“

Die Stimmung in der Großen Koalition gilt seit Monaten als angespannt, auch weil führende Sozialdemokraten den Eindruck haben, Angela Merkel könne ein schwarz-grünes Bündnis präferieren. Doch die aktuellen Umfragewerte geben dies nicht her.

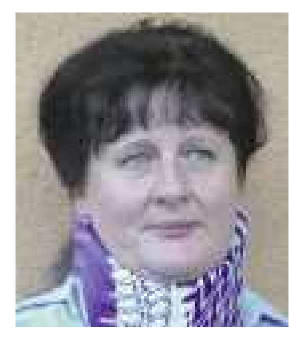
Die aus den Reihen beider Koalitionspartner umworbenen Grünen zieren sich derzeit. Parteichef Cem Özdemir spottete gegenüber der Wochenzeitung „Die Zeit“: Seine Partei habe bereits eine „Exegese-Abteilung“ eingerichtet, um Gabriels unterschiedliche Äußerungen einordnen zu können. *P.E.*

Zeitzeugen



Peter Frühwald – Auf der Grundlage der UN-Resolution A/RES/56/83 entwickelte der ehemalige Handelsvertreter 2010 das Konzept der „Staatlichen Selbstverwaltung“. Zwei Jahre später proklamierte er die „Republik Freies Deutschland“ und bot der Bundesrepublik sowie der Uno und Russland die Aufnahme diplomatischer Beziehungen an. Frühwald hat besonders in den neuen Bundesländern eine beachtliche Anhängerschar.

Wolfgang Ebel – Der Eisenbahner aus West-Berlin legte 1985 den Grundstein für die Reichsbürgerbewegung, als er am Gartenzaun seines Hauses in Zehlendorf ein Schild anbrachte, das die Immobilie zum Sitz der „Kommissarischen Reichsregierung“ erklärte. Danach fungierte Ebel bis zu seinem Tode im Jahre 2014 als „Staats-“ beziehungsweise „Reichskanzler“ des „Reichsverfassungsrechtlichen Staates Deutsches Reich“.



Cornelia Reichhelm – Mit 13 Jahren wurde die junge Nachwuchssportlerin von DDR-Dopingexperten als Versuchskaninchen missbraucht, was ihr eine bleibende Behinderung eintrug. Nach der „Wende“ erklärte sie im Rathaus ihrer Heimatgemeinde Luckau den „Austritt“ aus der Bundesrepublik und engagiert sich seitdem für die Reorganisation des „Freistaats Preußen“, der momentan noch durch die „BRD-Verwaltung überlagert“ werde.

Michael Hüllen – Beim Landesamt für Verfassungsschutz in Brandenburg ist Hüllen unter anderem für die Beobachtung der Reichsbürgerszene verantwortlich. Gegenüber dem ARD-Politikmagazin „Kontraste“ sagte er am 9. Juni 2016: „Wir können nicht ausschließen, dass Reichsbürger Waffen einsetzen, um die Gesellschaft in die Richtung zu drängen, die sie aus ihren Theorien ableiten.“



Erhard Lorenz – Nach der Gründung des „Volks-Bundesrathes“ begann der gelernte Werkstoffprüfer 2007 in seiner „Deutschen Reichsdruckerei“ mit der Herstellung von Dokumenten für Reichsbürger. Im Angebot sind unter anderem „Reichs-Personenausweise“ für 30 Euro sowie eine „Reichs-Fahrerlaubnis“, ein „Reichs-Dienstausweis“ und der „Reichs-Presse-Ausweis“. Hierfür erwarb Lorenz Lizenzen beim „Reichsgewerbeamt“, dem er selbst vorsteht.

Die »Papierterroristen«

Bundesdeutsche Verfassungsschützer warnen vor den Reichsbürgern

Bundesdeutsche Verfassungsschützer haben jetzt neue „Gefährder“ entdeckt, welche die öffentliche Sicherheit bedrohen. Die gehören aber nicht etwa zu den Terroristen, die als „Flüchtlinge“ getarnt in unser Land einsickern, sondern zu einer ganz anderen Klientel, nämlich den Reichsbürgern.

Davon gibt es inzwischen wohl schon mehrere tausend. Sie vertreten die Ansicht, dass das Deutsche Reich nach wie vor bestehe – wahlweise in den Grenzen von 1871 oder 1937 – und die Bundesrepublik überhaupt kein wirkliches Staatsgebilde sei. Immerhin befinde sich Deutschland ja de jure noch immer im Kriegszustand. Deswegen fehle der „BRD GmbH“ die verfassungs- und völkerrechtliche Legitimation.

Als Argumentationsgrundlage dient den Reichsbürgern dabei unter anderem eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes von 1973, in der es tatsächlich heißt: „Das Deutsche Reich existiert fort, besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe, selbst nicht handlungsfähig.“ Deshalb versuchen die Reichsbürger genau solche Organe zu schaffen. Damit geraten sie natürlich in Konflikt mit dem Staat, der auf solcherart Amtsanmaßung durch Privatpersonen und die Infragestellung seiner Autorität allergisch reagiert. Ebenso konflikträchtig ist die strikte Weigerung vieler Reichsbürger, Steuern und Abgaben zu zahlen oder Gerichtsurteile zu akzeptieren.

Regelrechte Panik in den Behörden wegen Eingaben

Die größten Aktivitäten entwickelt die Szene derzeit in Brandenburg. Dort sind drei Gruppierungen bemüht, die momentan noch arg zersplitterte Bewegung zu einen und den „illegitimen“ Staat stärker unter Druck zu setzen. Hierbei handelt es sich um die „Europäische Aktion“, die „Exilregierung Deutsches Reich“ und eine Vereinigung, die den „Freistaat Preußen“ wieder auferstehen lassen möchte. Das verursacht bei den Behörden in dem östlichen Bundesland wachsende Nervosität, obwohl angeblich nur 200 Personen involviert sind. Sichtbarster Ausdruck der Verunsicherung von Verfassungsschutz und Verwaltung ist das Bemühen, die Reichsbürger samt und sonders in die rechtsradikale Ecke zu drängen, um auf diese Weise Verbotsmaßnahmen vorzubereiten. So behauptete unlängst ein Verfassungsschützer: „Die realitätsfernen Verlautbarungen der ‚Exilregierung‘ dürfen ... nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier mit pseudojuristischer Akribie versucht wird, einen gesellschaftlichen Resonanzboden für rechtsextremistisches Gedankengut zu schaffen.“

Darüber hinaus verweist man auf die Gefahr, die von radikalisierten Einzelpersonen drohe. Immerhin habe bereits jemand unter Vorlage von Dokumenten des „Freistaats Preußen“ versucht, in Luxemburg ein Ak-47-Sturmgewehr zu erwerben. Deshalb bestehe die Möglichkeit, dass aus den Reihen der Reichsbürger irgendwann ein Massenmörder vom Schlage des Norwegers Anders Breivik hervorgehe. Allerdings warnen andere Experten im Gegenzug vor Pauschalverurteilungen und Panikmache.

Auf jeden Fall aber halten die Reichsbürger die staatlichen Institutionen mit endlosen Eingaben und Forderungskatalogen in Atem, was manche Behördenmitarbeiter an ihre Grenzen bringt: Mittlerweile gibt es Bedienstete, die regelrecht in Panik verfallen, wenn sie wieder ein Schreiben von „Selbstverwaltern“ oder Vertretern der „Reichsregierung“ erhalten. Deshalb macht nun das neue Schlagwort vom „Papierterrorismus“ die Runde. *Wolfgang Kaufmann*



Bild: Dirk Ingo Franke

Auf der Wiese vor dem Reichstagsgebäude: Mahnwache von „Reichsbürgern“, die sich auf den Grundgesetzartikel 146 berufen

»Freistaat Preußen« statt dem Reich

Während die meisten Reichsbürger das Ziel verfolgen, das Deutsche Reich wiederherzustellen, wollen einige lieber in einem „Freistaat Preußen“ leben. In diesem Zusammenhang pochen sie auf die preußische Verfassung vom 30. November 1920 in Verbindung mit der Reichsverfassung vom 16. April 1871. Hiervon kündet unter anderem die „offizielle Weltnetzseite“ derer, die sich als Rechtsnachfolger des ehemaligen Königreiches sehen. Dort heißt es: „Der Freistaat Preußen existiert und wird reorganisiert!“ Das bekam auch Bundespräsident Joachim Gauck am 1. Juli 2015 per offizieller „diplomatischer Post“ mitgeteilt, worauf der Hinweis folgte: „Sie, Herr Gauck und der Bund sind deswegen völkerrechtlich dazu verpflichtet, die Staatsangehörigkeit des Freistaats Preußen ... zu respektieren.“

Das brandenburgische Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet den „Freistaat“ seit drei Jahren und warnt nun vor ihm. Zur Begründung wird darauf verwiesen, dass einige Führungsmitglieder rechtem Gedankengut nahe stünden. Dahingegen verweisen Exponenten des „Freistaats Preußen“ auf die Entmachtung der preußischen Regierung durch die Reichsregierung im Jahre 1932, die später den Nationalsozialisten zugutegekommen sei – deshalb distanziere sich der „Freistaat“ entschieden von Neonazis jeder Couleur.

Statt einer Million kamen 200

Dabei herrschen freilich recht unklare Machtverhältnisse in „Preußen“: Seit das Mitglied der „Notregierung“ Bärbel Redlhammer-Raback vom „Außenamtschef“ und „Botschafter“ Thomas Mann ihrer „Ämter“ enthoben wurde, weil sie für die „systemnahe“ NPD kandidiert hatte, gibt es zwei „Regierungen“ im „Freistaat“: den „Kontrollrat der Einzelsouveräne“ von Redlhammer-Raback in Luckenwalde und Manns „administrative Regierung“ in Lauchhammer-Ost. Letztere versuchte am 3. Oktober 2014 einen „Sturm“ auf den Reichstag zu initiieren, der aber ausfiel, weil statt der erhofften 100000 bis eine Million Sympathisanten nur 200 anreisten. *W.K.*

Vielfältige, bunte Szene

Die Reichsbürgerbewegung ist stark differenziert

Die Reichsbürgerbewegung bietet derzeit ein extrem heterogenes Bild: Insgesamt gibt es über 30 unterschiedliche Gruppierungen, darunter solch exotische wie die, welche das „Königreich Atlantis“ in Wiesbaden und den „Welt-Netzwerk-Staat Terrania“ in Roßwein etablierten.

Besondere Bedeutsamkeit hat dabei die „Kommissarische Regierung des Deutschen Reiches“ erlangt. Diese bildete die erste Reichsbürgervereinigung überhaupt. Von ihr existieren inzwischen zahlreiche Ableger. Ebenso machten die „Herrscher“ über „Germanitien“ in Heilbronn sowie den „basisdemokratischen Kirchenstaat Fürstentum Germania“ im brandenburgischen Krampfer schon wiederholt von sich reden.

Gleichfalls eine gewisse Prominenz erlangte das „Königreich Deutschland“, obwohl es nur über neun Hektar Land in Wittenberg verfügt, aber immerhin residiert dort die „Königliche Reichsbank“. Und dann geisterte in der Vergangenheit auch noch die „Republik Freies Deutschland“ durch die Medien, die ihre „Souveränität“ besonders vehement zu verteidigen pflegt.

Außerdem wären da noch die »Selbstverwalter«

„Organe“ des „Deutschen Reiches“ sind unter anderem der „Volks-Bundesrath“ und der „Volks-Reichstag“ mit Sitz in Kaarst am Niederrhein sowie das 2012 gegründete „Deutsche Polizei Hilfswerk“ des ehemaligen sächsischen Polizeigewerkschafters Volker Schöne, der nun wegen Freiheitsberaubung und Nötigung einsitzt.

Außerdem wären da noch die sogenannten Selbstverwalter. Diese berufen sich auf den Artikel 9 der UN-Resolution A/RES/56/83 vom 12. Dezember 2001, der besagt, dass Einzelpersonen oder Personengruppen berechtigt seien, „im Falle der Abwesenheit oder des Ausfalls der staatlichen Stellen ... hoheitliche Befugnisse“ auszuüben – und ein legitimer deutscher Staat existiert ja nach Auffassung der Reichsbürger nicht. Auf selbiger Grundlage kreieren sie dann ihre eigenen Personaldokumente, Kraftfahrzeugnummernschilder und ähnliche Zeugnisse „politischer Eigenständigkeit“. Als koordinierendes Organ wirkt hier die „Arbeitsgemeinschaft Staatliche Selbstverwaltung“ von Peter Frühwald. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Koalitionskrach um Kameras

Spitzenkandidaten der Berliner Regierungsparteien beschädigt



Der von Frank Henkel verantwortete Gesetzentwurf ging der SPD-Fraktion zu weit, obwohl ihr Parteifreund Michael Müller dafür war: Kameraüberwachung im öffentlichen Raum

Bild: Caro

Kurz vor der politischen Sommerpause und wenige Monate vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus ist es in Berlin noch einmal zu einem handfesten Koalitionskrach gekommen. Profiteur des Streits zwischen SPD und CDU sind die „Piraten“.

In die Haare geraten sind sich beide Regierungsparteien über die Pläne von Innensenator Frank Henkel (CDU) zur Videoüberwachung bestimmter Orte in Berlin. Die SPD-Fraktion verweigerte die Zustimmung. Den Genossen gingen die Möglichkeiten der Polizei, künftig Kameras an kriminalitätsbelasteten Plätzen Berlins aufzustellen, zu weit. An sich kann der Vorgang kurz vor dem Ende der Koalitionszeit kaum überraschen, denn Umfragen lassen eine Neuauflage von Rot-Schwarz sehr unwahrscheinlich erscheinen. Es ist kaum noch zu verbergen, dass die Gemeinsamkeiten in der SPD-CDU-Koalition aufgebraucht sind. Bereits seit Monaten ähnelt der Umgang unter den beiden Koalitionspartnern dem, was man sonst als Streiterei zwischen Regierung und Opposition gewohnt ist.

Das Vorgehen der SPD-Fraktion bei den Plänen zur Videoüberwachung hat allerdings noch eine neue Dimension. Vorgeführt wurde nämlich nicht nur der Koalitionspartner, sondern auch der eigene Spitzenkandidat, der Regierende Bürgermeister Michael Müller. Der hatte den Gesetzentwurf im Senat und in der Öffentlichkeit unterstützt und wurde nun im entscheidenden Moment von den Genossen der eigenen Fraktion ausgebremst.

Politisch beschädigt ist ebenso der Spitzenkandidat der CDU, Frank Henkel. Erneut sind nämlich Zweifel aufgekommen, ob der Innensenator überhaupt sein politisches Handwerk beherrscht. Erst kurz vor der Sommerpause vorgelegt, kommt das Gesetz nämlich reichlich spät für diese Wahlperiode. Für eine ordnungsgemäße Verabschiedung ist vorgesehen, dass ein vom Senat vorgelegter Gesetzentwurf erst in der übernächsten Sitzung im Parlament behandelt wird. Für eine notwendige zweite Lesung der Gesetzesänderung bleibt allerdings nur noch ein minimales Zeitfenster. Spielraum könnte eine außerordentliche Sitzung des Parlaments bringen. Hier waren es die „Piraten“, die den CDU-Innensenator auflaufen ließen. Sie verweigerten im Ältestenrat des Abgeordnetenhauses ihre Zustimmung, für eine weitere, außerordentliche Sitzung. Die Folge ist eine Zitterpartie für den CDU-Innensenator. Verweigert die SPD-Fraktion Frank Henkel am 8. September, dem letzten regulären Sitzungstag des Landesparlaments, nochmals die Rückendekkung, kann das Gesetz nicht mehr in dieser Legislaturperiode beschlossen werden.

Tatsächlich ist der Gedanke nicht abwegig, dass kurz vor den Wahlen einige SPD-Hinterbänkler die Chance nutzen werden, den CDU-Senator noch einmal spektakulär scheitern zu lassen. Schon jetzt ist der Imageschaden für den Innensenator beträchtlich. Voller Ironie hat etwa Christopher Lauer von der „Piraten“-Fraktion Henkel inzwischen den Rücktritt nahegelegt. Es wundere ihn nicht, „dass Frank Henkel nach fünf Jahren im Senat nicht in der Lage ist, ein Gesetz ordnungsgemäß ins Parlament einzubringen“, so Lauer. Für die Berliner „Piraten“ dürfte dies eines der letzten Erfolgserlebnisse im Berliner Abgeordnetenhaus sein. Umfragen lassen es fraglich erscheinen, dass die inzwischen ins ultralinke Spektrum abgedriftete Partei den Wiedereinzug ins Abgeordnetenhaus schafft.

> Die »Piraten« ließen den Innensenator auflaufen

Nicht sonderlich günstig sehen die Prognosen auch für CDU und SPD in der Hauptstadt aus. Eine Neuauflage von Rot-Schwarz nach dem 18. September scheint momentan unwahrscheinlich. Jüngste Umfrage sprechen dafür, dass die derzeitigen Koalitionspartner SPD und CDU zusammen keine parlamentarische Mehrheit mehr zusammenbekommen. Bereits im Mai kam eine Umfrage von infratest dimap auf ein fast vernichtendes Ergebnis: Eine breite Mehrheit von 59 Prozent der Befragten hatte angegeben, mit der Arbeit des Berliner Senats unzufrieden zu sein. Mit diesem Wert landete der Berliner Senat bundesweit auf dem letzten Platz – keine andere Landesregierung hat so wenig Zustimmung in der eigenen Bevölkerung.

Mit dazu beigetragen haben das Missmanagement bei der Registrierung von Asylbewerbern am Lageso, Filzvorwürfe gegen die Berliner Sozialdemokraten, aber auch die Ausbreitung von rechtsfreien Räumen und Alltagskriminalität über das gesamte Stadtgebiet. Angetreten war die rotschwarze Koalition im Herbst 2011 immerhin mit dem Versprechen, Berlin kraftvoll voranzubringen.

Inzwischen wird davon ausgegangen, dass die Bildung einer Landesregierung im Herbst noch schwieriger wird als sonst. Am ehesten eine Mehrheit bilden könnte wahrscheinlich eine rot-grüne Koalition. Hält die Schwäche der SPD an, könnte es sogar den Grünen gelingen, in Berlin stärkste Partei zu werden. Möglich ist ebenso, dass in der deutschen Hauptstadt eine rot-rot-grüne Dreierkoalition zustande kommt. Wie unter solchen Vorzeichen die politische Agenda für Berlin aussieht, lässt sich im Detail nur vermuten. Mit Sicherheit würden aber Projekte wie eine forcierte „Integrationspolitik“, „Gender-Mainstreaming“ oder eine „ökologische Stadtentwicklung“ zu den Schwerpunkten des neuen Senats zählen. *Norman Hanert*

Inszeniertes Selbstmordattentat

Von Vera Lengsfeld

Das berüchtigte „Zentrum für politische Schönheit“, das treffender mit „fanatischer Blödheit“ bezeichnet wäre, ist wieder in Aktion. Hat es in der Vergangenheit schon bewiesen, dass es über Leichen geht, wofür es von einer willigen Presse auch noch gefeiert worden ist, wollen die „Künstler“ nun den Beweis antreten, dass sie kein Menschenopfer scheuen, um mediale Aufmerksamkeit zu erregen.

Ging es bei der letzten „Kunstaktion“ noch darum, die Leiche einer Asylsucherin in Italien zu exhumieren, durch halb Europa zu karren, um sie in Deutschland zu verbuddeln, soll jetzt mitten in Berlin vor den Augen aller möglichen Schaulustigen und vor nichts mehr zurückschreckenden Medienleuten eine Leiche produziert werden. Die Tiger, die am Dienstag eine syrische Schauspielerin, die angeblich nichts mehr zu verlieren hat, zerreißen sollen, werden schon vor dem Maxim-Gorki-Theater zur Schau gestellt. Das soll ein Protest gegen die „unmenschliche“ Asylpolitik in Deutschland sein, die Asylsucher ohne Papiere nicht einreisen lassen will.

Wie ist es möglich, dass ein geplantes Selbstmordattentat auf unseren Rechtsstaat so viele willige Helfer unter Politikern und Beamten findet? Allen voran Kulturstaatsminister Tim Renner, der sich in „Kunstaktionen“ nicht einmischen möchte?

Es wiederholt sich das unwürdige Schauspiel, das die Berliner bereits aus der Kreuzberger Hauptmann-Schule kennen, als einige Flüchtlinge auf das Dach stiegen und ihre angebliche Absicht erklärten, sich herunterzustürzen, falls ihre Forderungen nicht erfüllt würden. Schon damals lag die widerliche Erwartung der um die Schule herum postierten Journalisten und „Aktivisten“ in der Luft, wenigstens einer der Asylsucher möge springen, damit die Bewegung endlich einen Märtyrer hat. Glücklicherweise dachte dann doch keiner der jungen Männer daran, sich zu opfern, und die Aktion geriet in Vergessenheit, weil niemand mehr nach den geistigen Vätern dieses mörderischen Vorhabens fragte.

Die Intendantin des Maxim-Gorki-Theaters, Shermin Langhoff, die sich schon finanziell an dem Diebstahl der Mauerkreuze, eine andere „Aktion“ der hemmungslosen Ideologen, beteiligt hat, ist auch diesmal mit von der Partie, indem sie die Räume ihres Hauses für deren Pressekonferenz zur Verfügung gestellt hat.

Das bevorstehende Spektakel ist an Perversität mit den Inszenierungen des IS zu vergleichen, mit dem einzigen Unterschied, dass die Opfer des IS nicht freiwillig mittun. Leute, die bereit sind, eine solche Inszenierung zu unterstützen, sind weder geistige noch kulturelle Elite, sondern eine, höflich ausgedrückt, Peinlichkeit.

In Bayern undenkbar

Auffallend leichte zentrale Prüfungsaufgaben für Zehntklässler

Nachdem bereits Berliner Lehrer die diesjährigen zentralen Mathematikprüfungen für Zehntklässler als auffallend leicht eingeschätzt hatten, ist inzwischen auch aus Brandenburger Schulen Kritik laut geworden. Die Prüfungsaufgaben von Berlin und Brandenburg sind identisch. „Wer eine Fünf hat, der hat einfach nicht gewollt“, so die Einschätzung einer Brandenburger Schulleiterin. Besonders aufgefallen ist eine Aufgabe, die sich nach Einschätzung von Lehrern auf dem Niveau der dritten Klasse befand. Vorgegeben waren die drei Ziffern zwei drei und sechs. Die Schüler sollten angeben, welches die „größte dreistellige Zahl ist, die aus diesen Ziffern gebildet werden kann“. Auch andere Aufgaben entsprachen aus Sicht von Fachlehrern keineswegs den Anforderungen an Zehntklässler.

Berlins Schulsenatorin Sandra Scheeres (SPD) hat die Kritik an den Prüfungsaufgaben inzwischen zurückgewiesen und dem Landesinstitut für Schule und Medien Rückendeckung gegeben. Auch Schüler aus anderen Bundesländern, die sie nicht nennen dürfe, würden ähnliche Aufgabenstellungen bekommen. Einfache Aufgaben würden bewusst gestellt, „damit die jungen Menschen motiviert sind und nicht Angst haben“.

> Soll so mehr Schülern zu einem Abschluss verholfen werden?

Ähnlich hatte bereits Beate Stoffers, die Sprecherin der Berliner Bildungsverwaltung, argumentiert: „In prüfungsdidaktischer Hinsicht“ könne es angezeigt sein, „durch eine einfache, einführende Fragestellung die Aufmerksamkeit der Schüler auf bestimmte Gesichtspunkte zu lenken, die für die Bearbeitung der folgenden Aufgaben wichtig sind“.

Selbst der Bayerische Realschullehrerverband hat das Bemühen um eine „neue Aufgabenkultur und eine Anwendbarkeit“ gelobt. Allerdings sei in der Realschule in Bayern eine derartige Abschlussprüfung wie in Berlin „undenkbar“. Viele Aufgaben lägen auf dem Niveau „maximal der siebten Klasse“, so die Einschätzung aus dem Freistaat.

Trotz der Argumentation der Berliner Schulsenatorin ist inzwischen der Verdacht aufgekommen, dass ein bewusst abgesenktes Prüfungsniveau helfen soll, mehr Schülern zu einem Abschluss zu verhelfen. So hat im Jahr 2015 immerhin jeder neunte Schüler in Berlin die Schule ohne einen Abschluss verlassen. Wie der Berliner „Tagesspiegel“ berichtet, sollen in diesem Jahr die ersten vorliegenden Prüfungsergebnisse an einzelnen Schulen tatsächlich deutlich besser als im Vorjahr ausgefallen sein. *N.H.*

Immer noch kein Termin

BER-Chef lässt sich nicht auf Fertigstellungsdatum festlegen

Berlins Flughafen BER werde fertig – wann, darauf will sich Flughafenchef Karsten Mühlenfeld jetzt nicht mehr festlegen. Es könne im Herbst 2017 oder im Frühjahr 2018 soweit sein. Die Politik reagiert mit Unverständnis: Der Mann, der Anfang des Jahres einen „Aufstand der Anständigen“ zur baldigen Fertigstellung forderte, stößt nun alle Beteiligten vor den Kopf. Brandenburgs Landtagsfraktionen halten ihm vor, es sei nicht egal, wann der erste Flieger abhebe, denn jeder Tag Nichteröffnung koste rund eine Million Euro.

Nachdem Mühlenfeld kurz vorher erst erneute Verzögerungen beim Brandschutz hatte einräumen müssen, gab er vorletzten Sonnabend bekannt, er werde sich erst im Oktober auf einen Termin festlegen. Mit Blick auf die Eröffnung wählte er die Worte „eigentlich egal“. Statt konstruktiver Vorschläge holte der Flughafenmacher zur Grundsatzkritik an Berlin aus, sprach Infrastruktur- und Ansiedlungspolitik der Hauptstadt an. So überschlagen sich beim BER aktuell die Ereignisse. Das erfolgreiche Ende der Großbaustelle war schon mehrfach vertagt worden. Nun läuft der Flughafenchef Gefahr, jeden Kredit bei den beteiligten Politikern zu verspielen. Die können es sich kaum leisten, ihn in die Schranken zu weisen. Berlins Bürgermeister hatte kürzlich noch verkündet, wenn der Termin 2017 nicht zu halten sei, werde eine spätere Fertigstellung auch entsprechend kommuniziert. Das widerlegt Mühlenfeld nun. Zur neuen Krise trägt auch dessen jüngste Einschätzung bei, es gehe beim Bau nicht um Steuergelder. Der Flughafen erhalte lediglich Darlehen von den öffentlichen Eignern, „die wir ab 2020/2021 auch zurückzahlen werden“.

> Fertigstellungstermin hält Mühlenfeld für »eigentlich egal«

Die Opposition im Potsdamer Landtag fürchtet, Mühlenfeld wolle aus falscher Rücksichtnahme auf die im September anstehende Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus das heiße Eisen Flughafen aus dem Feuer nehmen. Derweil zwingt der Chaos-Flughafen die Politik zur schnellen Schadenbegrenzung: Nur zwei Tage nach Mühlenfelds Verzögerung mit Ansage gab Berlins Senat weiteres Geld, vorerst 53 Millionen Euro, für den Bau frei. Die Koalition aus SPD und CDU widerspricht damit ihren eigenen Koalitionsbeschlüssen. Die Entscheidung fiel nach einem eilends einberufenen Treffen aller Beteiligten einschließlich des Bundes. Frisches Geld bringt den BER indes rechtlich in Bedrängnis, denn die EU hat die letzte Finanzspritze öffentlichen Geldes noch nicht geprüft. *SG*

MELDUNGEN

Schweden schafft es nicht mehr

Stockholm – Das in dieser Frage sonst so liberale Schweden verschärft sein Asylrecht. Mit großer Mehrheit hat das Parlament beschlossen, dass die schwedischen Behörden für die nächsten drei Jahre nur noch befristete Aufenthaltsgenehmigungen ausstellen dürfen. Außerdem wird das Recht auf Familiennachzug auf die sogenannte Kernfamilie begrenzt. Die neuen Regelungen gelten für alle, die nach dem 24. November 2015 ins Land gekommen sind. Davon ausgenommen sind lediglich Asylsuchende, die unter zugelassene Quoten des UN-Flüchtlingshilfswerks fallen. *U.M.*

Russen wollen Transparenz

Wien/Moskau – Viktor Meschkow, russischer Delegationsleiter bei der 59. Sitzung des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums der UN, hat gegenüber der Zeitung „Iswestija" gesagt, Russland beabsichtige, eine Liste von militärisch genutzten Satelliten der USA und ihrer Verbündeten (vor allem Frankreichs, Deutschlands, Israels und Japans) zu veröffentlichen. Laut Meschkow enthält die 45000 Objekte umfassende Liste des Nordamerikanischen Luft- und Weltraum-Verteidigungskommandos (Norad) einen öffentlichen und einen geheimen Teil. Norad ist eine Einrichtung der USA und Kanadas, die den Weltraum überwachen und vor Angriffen mit Interkontinentalraketen warnen soll. Die Überwachung schließt aber auch Weltraumschrott ein, der gefährlich werden könnte. Da die US-Liste bereits Angaben über russische militärisch genutzte Satelliten enthalten soll, wollen die Russen nun mit einer Veröffentlichung der westlichen Militärsatelliten antworten. Unterstützt werden sie von China. *MRK*

Ändert die EU ihre Ostpolitik?

Konträre Meinungen über Verlängerung der Russland-Sanktionen spalten die Union

Die Anti-Russland-Front wird sich nicht mehr lange aufrechterhalten lassen, schätzen Experten. Die Teilnahme europäischer Politiker am St. Petersburger Wirtschaftsforum, darunter EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, sehen viele als Zeichen für den „Einstieg in den Ausstieg" der Sanktionen gegen Russland.

Die Stigmatisierung Russlands auf das Böse scheint nicht mehr zu greifen. Dazu mag die Einsicht beitragen, dass die Sanktionen ihr Ziel weitgehend verfehlt haben, oder auch die, dass man die Ukraine zu vorzeitig auf einen einseitigen EU-Assoziierungskurs gedrängt hat. Unter den EU-Mitgliedern macht sich die Überzeugung breit, dass es Zeit für eine neue EU-Ostpolitik sei.

Große Hoffnung lag deshalb auf dem diesjährigen Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg. Die Anwesenheit von EU-Kommissionspräsident Juncker, EU-Kommissar Günther Oettinger, Italiens Premierminister Matteo Renzi und vieler anderer Politiker ließ zahlreiche europäische Firmen auf Entspannung hoffen. Dass auch wieder mehr europäische Unternehmer kamen, legt die Vermutung nahe, dass sie ausloten wollten, was heute schon wieder möglich ist und wohin die Reise in Zukunft gehen könnte. Allerdings munkelten die deutschen Wirtschaftsvertreter unter vorgehaltener Hand, sie seien von der Politik dazu angehalten worden, „den Ball flach zu halten".

Während des Forums überraschte der Gastgeber Wladimir Putin mit dem Angebot, die russischen Sanktionen gegen die EU aufzuheben, wenn die EU Druck auf Kiew ausüben würde, an der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen mitzuwirken. Die EU ging darauf allerdings nicht ein, sondern verlängerte die Sanktionen gegen Russland um ein weiteres halbes Jahr, eben weil das Minsker Abkommen von 2015 nicht vollständig umgesetzt worden ist. Zwar gebe es Fortschritte, doch die seien unzureichend, so die Begründung. Vieles deutet jedoch darauf hin, dass die jetzt verlängerten Sanktionen die letzten sein werden. Kritiker bemängeln seit Langem, dass Russland die Erfüllung des Minsker Abkommens gar nicht sicherstellen könne, solange die ukrainische Regierung sich keinen Schritt bewege.

Europa ist in der Frage der Sanktionspolitik tief gespalten. Während osteuropäische Partner, allen voran Polen und die Baltenstaaten, für einen harten Kurs gegenüber Moskau plädieren, würden Frankreich, Deutschland und Italien eine schrittweise Lockerung der Sanktionen, gerade wegen der Fortschritte im Minsk-Prozess, begrüßen.

Der französische Außenminister Jean-Marc Ayrault sagte jüngst bei einem Treffen mit seinen Amtskollegen in Luxemburg, ein Entgegenkommen könne an Bedingungen geknüpft werden und ein Zeichen der Ermutigung sein mit dem Ziel, Moskau zu Zugeständnissen zu bringen.

Uneinigkeit zwischen Ost-, West- und Süd-Europäern

Für Italien und Deutschland wirken die Sanktionen wie ein Bumerang, da sie am meisten unter dem Einbruch ihres Russlandgeschäfts leiden. Allein die deutsche Wirtschaft musste einen Rückgang des Handelsvolumens mit Russland um 40 Prozent in den vergangen zwei Jahren verbuchen. Betroffen sind vor allem Agrarbetriebe in Mitteldeutschland. Der Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft hat sich bei seiner diesjährigen Jahreskonferenz für einen Strategiewechsel gegenüber Russland ausgesprochen. Der Ausschuss unterstützte Außenminister Frank-Walter Steinmeier bei seinem Vorschlag, parallel zu den Umsetzungsschritten Moskau den Abbau der Sanktionen vorzuschlagen, und forderte die Ukraine auf, die verschleppten Reformen endlich umzusetzen.

Dass die Signale auf Veränderung stehen, wurde beim Wirtschaftsforum deutlich. Gerade deutsche Firmen investieren wieder mehr in Russland. Um die Sanktionen zu umgehen, gründen sie eigene Unternehmen vor Ort. Der sinkende Rubelkurs begünstigt solche Investitionen. Deutsche Direktinvestitionen stiegen im vergangenen Jahr um das Vierfache. Jenseits der Konflikte wollen die Unternehmen gemeinsame Projekte voranbringen wie eine zweite Gas-Pipeline durch die Ostsee von Russland nach Deutschland. Beteiligt daran wäre unter anderem die Firma Linde. Mercedes plant den Bau eines Werks bei Moskau, Siemens konkurriert derzeit mit den Chinesen um den Bau einer Eisenbahn-Hochgeschwindigkeits-Trasse zwischen Moskau und Kasan. Siemens-Chef Joe Kaeser, Uniper-Chef Klaus Schäfer und Wolfgang Büchele, Vorstandsvorsitzender von Linde und Chef des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, fordern deshalb eine baldige Lockerung der Sanktionen. „Es wäre gut, wenn dieser Vorschlag in Brüssel jetzt mehrheitsfähig wird und wir einen Einstieg in den Ausstieg aus den Sanktionen hinbekämen", meint Büchele. In dasselbe Horn stieß die Brüsseler Denkfabrik Bruegel. Sie sieht europäische Firmen in Russland gegenüber China ins Hintertreffen geraten. Die Einbußen europäischer Unternehmen dürften sich noch vergrößern.

Bei den Geschädigten wächst der Unmut gegenüber der Ukraine. Das Minsker Abkommen kommt auch deshalb nicht voran, weil die ukrainische Regierung die darin vereinbarten Wahlen in Lugansk und Donezk bislang verhindert hat. Die Waffenruhe wird täglich von beiden Seiten gebrochen.

Die EU ist und bleibt ein Schlüsselpartner Russlands. Dass er die Europäer gerne auf seiner Seite sehen würde, unterstrich Putin, indem er beim Wirtschaftsforum ein Ass aus dem Ärmel zog: Er warnte vor einer einseitigen Unterzeichnung des TTIP-Abkommens und bot der EU die Mitwirkung bei der „Eurasischen Wirtschaftsunion" unter Einbeziehung Chinas an. Doch auch wenn längst klar ist, dass ohne Russland die Probleme in der Welt nicht zu lösen sind, werden sich die Falken in der EU zunächst durchsetzen, bevor ein Umdenken einsetzt.

Manuela Rosenthal-Kappi



Signalisierten Einigkeit auf dem St. Petersburger Wirtschaftsforum: Italiens Premierminister Matteo Renzi und Wladimir Putin Bild: Getty

Blick in die Kristallkugel

Brexit birgt Chancen, wenn die Politik mehr als nur den Austritt plant

Die politischen Wortführer des Brexit haben es nicht eilig, die nötigen Verhandlungen nach Artikel 50 des EU-Vertrags zu starten. Es fehlt der Überblick, was in dem komplexen, auf mindestens zwei Jahre angelegten Verfahren zu beachten ist. Zeit für Verhandlungen mit Nicht-EU-Staaten zu gewinnen, wird für die Briten jetzt wichtig. Stimmen aus der Politik betonen aktuell die wirtschaftlichen Risiken – die Wirtschaft selbst sieht auch Chancen.

Dass es eine Fristverlängerung für den Austritt geben wird, ist absehbar. Der Vorgang ist ohne Beispiel, und beiderseits drohen Verluste. Premier David Cameron tritt erst mit Wirkung zum Oktober zurück. Vorher wird es keine konkreten Verhandlungen zwischen London und Brüssel geben. Der EU fehlt ein Adressat für ihren Ärger. Und die Briten müssen die kurzfristigen psychologischen Effekte in Wirtschaft und Gesellschaft von den langfristigen unterscheiden, eine schwere Aufgabe. EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker hätte den „Scheidungsbrief gern sofort". Doch die Briten scheinen anfangs Herren des Verfahrens zu sein, weil die EU den Austritt weder sofort erzwingen kann, noch den Verhandlungsbeginn.

Die britische Politik wird zuerst die anderen EU-Staaten formell über die Absicht informieren, die Gemeinschaft zu verlassen. Die anderen EU-Regierungschefs legen dann ohne die Briten Leitlinien für die späteren Verhandlungen fest. Welches EU-Organ verhandelt, ist offen. Am Ende müssen 72 Prozent der EU-Mitgliedsstaaten, die mindestens 65 Prozent der Bevölkerung repräsentieren, dem Ergebnis zustimmen. EU-Parlament und Kommission stimmen auch ab. Lässt sich keine Einigung oder Fristverlängerung erzielen, scheiden die Briten hart aus – ein unwahrscheinliches Szenario.

Viel Weissagung aber nur wenig Wahrheit

Was im Fall weiterer Volksabstimmungen in anderen EU-Staaten oder eines Verbleibs von Schotten und Nordiren passiert, lässt sich nur ahnen: ein Gesprächsmarathon auf Dauer. Der Schaden für die EU: Auf jedem Gebiet bisher Erreichtes ist im Grundsatz zur Debatte freigegeben. Übereilte Reaktionen bestimmen angesichts von Unwägbarkeiten überall die Lage. Irland verzeichnet eine verstärkte Nachfrage nach irischen Pässen. Die Zukunft des sogenannten Passporting, also der unkomplizierten Zulassung britischer Dienstleistungen auf dem Kontinent, entscheidet über einen wichtigen Wirtschaftszweig. Finanz- und Versicherungsfirmen könnten die Insel als Trittbrett zur EU aufgeben. Aus der britischen Schifffahrt kommt der Vorschlag an die Politik, eine Kommission zu berufen, um Verhandlungen zu trainieren. Tenor: Der Austritt müsse als Prozess gemanagt und nicht als Ereignis abgehakt werden.

Bundeskanzlerin Angela Merkel schließt indes Probegespräche zum Brexit aus. Der norwegische Großinvestor Kristian Siem sagt: „Ich kann nicht erkennen, dass ein Austritt irgend einen großen unmittelbaren Einfluss auf den Handel haben wird." Das EU-freundliche Institute of Directors (IoD) gab dagegen eine Umfrage bekannt, laut der die Mehrheit der britischen Wirtschaft Negatives sieht – jeder vierte Arbeitgeber hinterfrage neue Jobs. Professor Swati Dhingra von der London School of Economics rechnet jedem britischen Haushalt ein um 720 bis rund 2000 Pfund geringeres Jahreseinkommen aus. Doch alle Vorhersagen bleiben ungenau.

Sverre Gutschmidt

Neues Wettrüsten beginnt

Putin: US-Raketen gegen russisches Atomarsenal gerichtet

Ende vergangener Woche kritisierte Wladimir Putin abermals die Stationierung neuer Nato-Raketen in Europa. Besonders beunruhigt ihn die Entwicklung der Rakete SM-3 Block IIB, mit der die USA in der Lage seien, das russische Atomraketenarsenal zu bedrohen. „Wir wissen, wann die USA die neue Rakete einführen werden, die nicht 500 Kilometer Reichweite haben wird, sondern 1000 und noch mehr, und von diesem Moment an beginnen sie, unser atomares Potenzial zu bedrohen. Wir wissen seit Jahren, was kommen wird. Und sie wissen, dass wir es wissen", sagte Putin.

Obwohl die USA und die Nato seit 15 Jahren versuchen, Russland davon zu überzeugen, dass die Raketenabwehr nicht auf die Vernichtung des russischen Nuklearpotenzials abziele, sondern der Errichtung einer globalen Raketenabwehr diene, die sich vornehmlich gegen Angriffe aus dem Iran oder Nordkorea richte, fühlt sich Moskau mehr und mehr bedroht. Zur Skepsis der Russen haben nicht zuletzt Washingtons Austritt aus dem ABM-Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen und auch die Nato-Osterweiterung beigetragen.

Hintergrund für Putins aktuelle Verbalattacke ist die Inbetriebnahme einer Raketenanlage im südrumänischen Deveselu im Mai dieses Jahres, die im Juli in den Nato-Raketenschutzschild integriert wird. Der Stützpunkt Deveselu ist nur eine Komponente des Raketenabwehrsystems „Aegis", das laut Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg zu nah an der russischen Grenze stationiert sei, um russische Interkontinentalraketen abzufangen. Diese Sicht hat ein russischer Militärexperte zwar bestätigt, doch das nimmt Moskau nicht die Sorge, dass ein weiterer Stützpunkt, nämlich der im polnischen Redzikowo, bis 2018 errichtet wird, an dem eben diese neue SM-3-Variante stationiert werden soll. Experten zufolge könnte sie ab 2020 eingeführt werden. Damit hätte die Nato die Möglichkeit, Raketen, die von Russlands Westen oder Nordwesten aus in Richtung Nordamerika abgefeuert werden, zu stoppen.

Russland wirft USA Verstoß gegen INF-Verträge vor

Eine weitere Komponente des Systems „Aegis", die Russland Kopfschmerzen bereitet, sind die auf Militärschiffen stationierten Abfangraketen. Diese Schiffe könnten im Fall eines militärischen Konflikts an die skandinavische Küste verlegt werden.

Die russische Regierung sieht in dem rumänischen Stützpunkt einen Verstoß gegen die Bestimmungen der INF-Verträge. Die INF-Verträge (Intermediate Range Nuclear Forces, zu Deutsch: nukleare Mittelstreckensysteme) sind 1988 zwischen den USA und der Sowjetunion geschlossene Vereinbarungen über die Vernichtung aller Flugkörper mit mittlerer und kürzerer Reichweite (500 bis 5500 Kilometer) und deren Produktionsverbot. Neue Waffen dieser Kategorie wurden verboten. Bereits der Bau einer solchen Infrastruktur wie in Deveselu sei ein inakzeptabler Verstoß gegen den INF-Vertrag.

Das Abwehr-System in Deveselu gehört zur zweiten Phase beim Aufbau des Nato-Projekts. In der Türkei wurde in der Stadt Kürecik bereits ein Radar in Betrieb genommen, vier Schiffe mit dem „Aegis"-System an Bord sind im spanischen Rota stationiert, die Kommandozentrale ist im US-Luftstützpunkt Ramstein in Deutschland untergebracht. Putin kündigte bereits mehrfach an, alles zu unternehmen, um die neue Bedrohung zu „neutralisieren" und das strategische Gleichgewicht wieder herzustellen. Das neue Wettrüsten hat längst begonnen. *MRK*

Alles andere als Marktwirtschaft

Staat und Partei sind die bestimmenden Faktoren in der chinesischen Wirtschaft

Der Volksrepublik China wurde bei ihrem Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 2001 der Marktwirtschaftsstatus nach 15 Jahren in Aussicht gestellt. Peking will jetzt erreichen, weniger leicht für Dumpingpreise abgestraft zu werden. Doch besonders Chinas staatliche Förderung der Stahlproduktion und deren Überkapazitäten bedrohen die deutsche Stahlindustrie.

Bei den jüngsten deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen in Peking erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel auf einer Pressekonferenz zum umstrittenen Marktwirtschaftsstatus für China: „Im Kern geht es um die Frage, wie Zölle erhoben werden, wenn Dumping stattfindet". Dumping bedeutet den Export einer Ware unter den Herstellungskosten im Inland. Wenn einem Staat der Marktwirtschaftsstatus zugestanden wurde, ist es gemäß der WTO-Regularien wesentlich schwerer, noch Dumping-Zölle zu erheben.

Der Bundestag hatte im April in einer Entschließung erklärt: „Aufgrund von Überkapazitäten vor allem in der Volksrepublik China besteht ein Überangebot an Stahlprodukten, die zu Niedrigstpreisen angeboten werden." In der Stahlindustrie in Deutschland seien rund 90000 und in Europa über 300000 Menschen direkt beschäftigt. Hinzu kämen tausende von Arbeitsplätzen in Zuliefer- und Dienstleistungsbetrieben.

Stahlprodukte aus China würden durch staatliche Maßnahmen verbilligt und teilweise unter Herstellungskosten angeboten. In der EU dauere es oft viel länger als etwa in den USA, bis Gegenmaßnahmen für einen fairen Wettbewerb ergriffen würden. Am 11. Dezember 2016 laufe die in Artikel 15 des WTO-Beitrittsprotokolls für China festgelegte Klausel aus. Darin geht es um die Vergleichbarkeit von Preisen, Subventionen und Dumping. Der Bundestag forderte die EU-Kommission auf, sich in dieser Frage mit anderen Industriestaaten, vor allem den USA, abzustimmen.

Auch die „Industrie-Allianz", ein Zusammenschluss von 14 deutschen Branchenverbänden, warnte die EU vor einem Alleingang. Die Entscheidung über den Marktwirtschaftsstatus liege bei den einzelnen WTO-Mitgliedsstaaten. Eine vorschnelle Einstufung Chinas als Marktwirtschaft hätte „fatale Folgen". Die Kommunistische Partei Chinas lenke alle wirtschaftlichen Schlüsselsektoren. Der chinesische Markt sei gekennzeichnet durch massive staatliche Eingriffe. Rohstoffexporte sowie Importe von Produkten aus Drittländern würden stark beschränkt und gesteuert. Zudem begrenze China ausländische Direktinvestitionen in vielen Schlüsselindustrien und lasse nur Minderheitsbeteiligungen zu.

> Chinas Dumpingpreise gefährden die deutsche Stahlindustrie

Auch laut EU-Kommission gebe es in China direkte und indirekte Subventionen, Manipulationen in Bereichen wie Versorgung und Preisfindung bei Rohstoffen, Energie, Landnutzung oder der Gewährung von Krediten sowie versteckte staatlich kontrollierte Unternehmensnetzwerke in einzelnen Industriesektoren.

Auf der Pressekonferenz mit Merkel erklärte Ministerpräsident Li Keqiang: „Chinas Standpunkt lautet: Die EU ist verpflichtet, ihr Versprechen einzuhalten, das wir schon vor 15 Jahren vereinbart haben." Unabhängig von der Frage des Marktwirtschaftsstatus habe China jedenfalls seine Verpflichtungen aus Artikel 15 des Beitrittsprotokolls zur WTO erfüllt.

Merkel erklärte: „Mit Blick auf das, was jetzt im Zusammenhang mit Artikel 15 zu entscheiden ist, brauchen wir weitere Fachgespräche auf der Fachebene, um Ergebnisse zu finden, die dann WTO-konforme Lösungen hervorbringen und die auch den wirtschaftlichen Problemlagen gerecht werden." Noch vor der Sommerpause werde es ein Treffen Chinas mit der EU-Kommission geben. „Dann müssen die entsprechenden Entscheidungen noch in diesem Jahr getroffen werden", sagte sie.

> Unternehmen »auf frühlicher Shopping-Tour« im Ausland

Der Hauptgeschäftsführer des Maschinenbauverbands VDMA, Thilo Brodtmann, erklärte in einem Gastbeitrag („China ist noch keine Marktwirtschaft") im Juni in der „F.A.Z": „Derzeit prüft die EU, ob China automatisch der Status einer Marktwirtschaft zuerkannt werden muss, wenn Ende 2016 Artikel 15 a (ii) des WTO-Beitrittsprotokolls China entfällt." Bisher müssten beklagte chinesische Unternehmen in einem Anti-Dumping-Verfahren nachweisen, dass in ihrem Sektor in China marktwirtschaftliche Verhältnisse herrschen. Könne dieser Nachweis nicht geführt werden, sei es ohne weitere Prüfung zulässig, Preise beziehungsweise Kosten eines marktwirtschaftlichen Drittlandes zugrunde zu legen. Nach Wegfall dieses Artikels im Dezember 2016 könnte es aber die klagende Partei sein, die nachweisen müsse, dass die beklagten chinesischen Unternehmen nicht in einem marktwirtschaftlichen Umfeld tätig sind, um den Drittlandvergleich nutzen zu können.

Vor der Merkel-Reise nach Peking nahmen Experten des China-Forschungsinstituts „Merics" in Berlin auch zur Frage der Übernahme deutscher Unternehmen durch chinesische Stellung. Zwar gebe es finanzkräftige Unternehmen in China, doch ebenso chinesische Staatsunternehmen, die nur durch ständige Subventionen fortbestünden und auch „auf fröhliche Shopping-Tour" im Ausland gehen könnten. „Sich von solchen Unternehmen übernehmen zu lassen, ist sicherlich ein Spiel mit dem Feuer", erklärte der stellvertretende Merics-Forschungsdirektor, Björn Conrad. In Deutschland und Europa sei man „ganz schlecht vorbereitet", um chinesische Investitionen zu prüfen und zu kontrollieren. Auch der Leiter des Merics, Sebastian Heilmann, sprach von einem „erheblichen Rückschlagspotential" für deutsche Firmen, wenn man sich mit chinesischen Unternehmen einlasse, die nicht wirklich wettbewerbsfähig seien. In einer Wirtschaftskrise könnten diese ihre Beteiligungen im Ausland liquidieren. *Michael Leh*



Farbrikarbeiter in China: Billigproduktion bedroht deutsche Stahlindustrie Bild: pa



MELDUNGEN

USA blockieren Airbus-Geschäft

Hamburg – Das Geschäft über die Lieferung von Airbus-Passagierflugzeugen in den Iran steht auf der Kippe. Grund sind Finanzierungsprobleme. Denn trotz der Aufhebung der westlichen Wirtschaftssanktionen gegen den Iran vor einigen Monaten schrecken deutsche Großbanken vor Iran-Geschäften zurück. Weil einige US-Sanktionen gegen den Iran noch immer in Kraft sind, befürchten sie negative Konsequenzen für ihr USA-Geschäft. Deshalb kann Teheran das Geld nicht an Airbus überweisen und den Vertrag nicht endgültig unterschreiben. Der Auftrag zur Lieferung von 118 Mittelstreckenflugzeugen der Typen A320, A330, A340, A350 und A380 hat ein Volumen von 24 Milliarden Euro. *J.H.*

Hohe Strafen vom Kartellamt

Bonn – Das Bundeskartellamt hat im vergangenen Jahr in insgesamt elf Kartellverfahren rund 208 Millionen Euro Bußgelder wegen verbotener Absprachen verhängt. Die Bußgelder verteilen sich auf insgesamt 45 Unternehmen und 24 Privatpersonen. Die Verfahren betrafen die verschiedensten Branchen wie beispielsweise Automobilzulieferer, Matratzenhersteller, Anbieter von Containertransporten oder Hersteller von Fertiggaragen. *U.M.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.027.392.246.544 €
Vorwoche: 2.027.311.851.579 €

Verschuldung pro Kopf:
24.888 €
Vorwoche: 24.887 €

(Dienstag, 28. Juni 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Deutsche Luftfahrtindustrie im Trend

Erfolgreiche Leistungsschau der Branche in Berlin – Vielfach technischer Vorreiter

Die Internationale Luftfahrt-Ausstellung (ILA) in Berlin ist traditionell auch eine Leistungsschau von deutscher Industrie und Forschung. In diesem Jahr trafen sich rund 150000 Besucher auf dem ILA-Freigelände am unfertigen Flughafen Berlin Brandenburg International. Bestimmend waren nicht so sehr die großen Fluggeräte, sondern Bereiche wie der 3D-Druck und die Neuerungen durch die sogenannte Industrie 4.0 sowie die stark gewachsene Bedeutung unbemannter Luftfahrzeuge. Airbus brachte T.H.O.R. nach Berlin, das erste fast völlig aus im 3D-Druck hergestellten Teilen gebaute Flugzeug. T.H.O.R. steht für „Testing High-Tech Objectives in Reality", zu Deutsch etwa „Realitätstests für Hochtechnologie-Ziele". Das Flugzeug ist allerdings eine Drohne von rund vier Metern Spannweite. Mit ihm will Airbus in Zukunft neue Flugzeugkomponenten erproben. MTU stellte gedruckte Bauteile für seine neueste Triebwerksgeneration vor. Der Zulieferer Liebherr Aerospace-Lindenberg zeigte einen kompletten Stellmotor für Flügelklappen am A380 aus dem 3D-Drucker.

Die gestiegene Bedeutung unbemannter Fluggeräte ließ sich nicht nur an den zahlreichen Ausstellern ablesen, die kommerzielle Geräte etwa für Kartierung, Vermessung oder Umweltbeobachtung anboten. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) hatte seinen unbemannten Hubschrauber „superARTIS" nach Berlin geschickt. Dieser ist normalerweise in Braunschweig stationiert. Er kann autonom fliegen und dient als Versuchsträger für automatisierte Missionen und zur Entwicklung von Programmen für autonome Einsätze. Diese sollen in Zukunft entweder der Piloten bei Überwachungsflügen oder schlechtem Wetter entlasten oder sogar ersetzen. Neben „superArtis" waren auch zahlreiche Forschungsflugzeuge und Hubschrauber aus der DLR-Flotte in Berlin, so etwa ein Airbus für Experimente in Schwerelosigkeit und eine A320 zum Testen neuer Flugzeugsysteme. DLR-Entwickler zeigten neue, sparsamere und umweltfreundlichere Triebwerkskonzepte. Hinzu kamen synthetische Treibstoffe, die aus Erdgas oder Biomasse produziert werden und so den Luftverkehr weniger schädlich für die Umwelt machen.

> Bedeutung unbemannter Fluggeräte gewachsen

Neue Technologien zur Geräuschdämmung sollen den Flugverkehr leiser machen, wie etwa ein Projekt, das mit Gegenschall Triebwerksgeräusche und Vibrationen im Rumpf unterdrückt. Dabei erzeugen versteckt eingebaute Lautsprecher Geräusche auf einer Frequenz, die gegenüber dem Ursprungslärm verschoben ist und ihn so aufhebt. Als Ergebnis verschwindet das Störgeräusch.

Unter den Raumfahrtexponaten war das neue deutsch-russische Röntgenteleskop „eROSITA" zu bewundern. Es wird im kommenden Jahr als wichtigste Komponente einer gemeinsamen Satellitenmission starten, die nach bisher unbekannten Neutronensternen, fernen Galaxien und Radioquellen suchen soll.

Für die kommerzielle Forschung unter Weltraumbedingungen will die europäische Weltraumagentur ESA im Jahre 2018 die Nutzlastplattform „Bartolomeo" zur Internationalen Raumstation ISS schikken. Die ESA und Airbus Defence and Space gaben auf der ILA den Startschuss für die erste Projektphase. Das neue Modul soll Platz für kommerzielle Forschung in der Erdbeobachtung, den Materialwissenschaften und anderen Disziplinen bieten.

Auch zahlreiche andere Forschungsinstitute waren mit eigenen Ständen vertreten. Ein Schwerpunkt des Deutschen Forschungsinstituts für Künstliche Intelligenz (DFKI) ist die Roboterforschung. Zu den Projekten gehören Roboter, die im Verbund Regionen auf Mond und Mars erkunden sollen, etwa das marsianische Vallis Marineris, eine canyonartige Landschaft, unter deren Oberfläche Forscher Wasservorkommen vermuten. Ein Team aus zwei Robotern soll sich durch den Eispanzer des Jupitermondes Europa bohren, der nach Ansicht vieler Wissenschaftler einen Ozean verbirgt. Während ein Roboter dem „Europa Explorer"-Team den Weg durch das Eis bahnt, soll der zweite unter dem Eis auf Tauchfahrt gehen. Der Tauchroboter würde dann seinen bohrenden Kollegen als Relaisstation zur fernen Erde, als Navigationsmarke und zum Wiederaufladen seiner elektrischen Batterien nutzen.

Die innovativen deutschen Aussteller, allen voran die von zivilem Fluggerät, können mit dem Ergebnis der ILA zufrieden sein. Sie profitieren besonders vom wachsenden Flugverkehr und dem Trend zu leichteren, sparsameren und leiseren Maschinen. Ihre Auftragsbücher sind voll, allein Airbus liegen fast 7000 Bestellungen vor. *F.L.*

Unfaire Konkurrenz

Österreich leidet unter Billiglöhnen

Nachdem es für Österreichs Firmen zunehmend schwieriger geworden ist, sich gegen die Billigkonkurrenz aus Osteuropa zu behaupten, stößt das Lohn- und Sozialdumping durch osteuropäische Firmen auf starke Kritik. „Wir bekennen uns zu den offenen Grenzen und zum EU-Binnenmarkt", sagte Rolf Gleißner von der Wirtschaftskammer Österreich vor Pressevertretern. Als Problem sehen die Wirtschaftsvertreter jedoch, dass die Zahl osteuropäische Firmen, die in Österreich tätig werden, zum einen drastisch gestiegen ist, es gleichzeitig aber auch immer mehr Konkurrenten gibt, die sich nicht an die Spielregeln halten.

Als Schwerpunkte des Lohn- und Sozialdumpings gelten das Bau- und Baunebengewerbe sowie die Transportbranche. Einer Studie der Technischen Universität Graz zufolge liegen im Baugewerbe die Preise von ausländischen Firmen um 20 bis 30 Prozent unter jenen von österreichischen Firmen. Fallweise seien es sogar 50 Prozent. Das Minus sei nur durch Sozial- und Lohndumping erklärbar. Bei Einhaltung aller gesetzlichen Vorgaben würde der Unterschied bei den Personalkosten lediglich bei zehn Prozent liegen.

Die unfaire Konkurrenz hat inzwischen massive Folgen: So hat sich etwa in der Steiermark im Vorjahr die Zahl der Bauinsolvenzen um 24,2 Prozent erhöht. Bislang scheint es schwierig zu sein, gegen das Dumping der Osteuropäer vorzugehen. Es hat sich gezeigt, dass das bestehende EU-Recht ein „zahnloser Tiger" ist, gleichzeitig legen die Betrüger viel Phantasie und kriminelle Energie an den Tag, um österreichische Gesetze zu umgehen. Kontrollen der Finanzpolizei haben zum Beispiel aufgedeckt, dass ausländische Arbeitnehmer mitunter sogar die doppelte Arbeitszeit leisten müssen. Nach Angaben von Wilfried Lehner, dem Leiter der Finanzpolizei, sind auch Fälle bekannt geworden, in denen osteuropäische Arbeitnehmer zwar zunächst den österreichischen Lohn erhalten haben, im Heimatland dann aber später ein Teil des Geldes wieder zurückgefordert wurde. Zudem tauchen bei Kontrollen immer wieder gefälschte Unterlagen auf.

Nach den Erfahrungen der Ermittler stecken oft gut organisierte Banden hinter dem Betrug. Die Möglichkeiten, gegenzusteuern, sind unter den derzeit gegebenen Bedingungen allerdings sehr begrenzt. *N.H.*

Instrumentalisiert

Von Hermann Paul Winter

Das öffentliche Meinungsbild zur Verbindung zwischen Sport und Integration sei positiv. Dieser Prämisse folgend, hält der „Nationale Aktionsplan Integration der Bundesregierung“ von 2012 breit angelegte Strategien vor, auf deren Basis der Sport Integrationszwecken anheimgestellt werden soll. Der Plan beschreibt ausführlich die operativen Ziele, sämtliche Maßnahmen und Instrumente für dessen Umsetzung. An anderer Stelle fordert er eine Abkehr der Medien von Negativbildern in der Darstellung von in Deutschland lebenden Muslimen. Auch in den Unterhaltungsformaten möge man auf die Schulung und Sensibilisierung von Redaktionen hinwirken, um der bedeutenden Rolle der Medien in der positiven Darstellung der Einwanderungsgesellschaft gerecht zu werden.

Das Spektakel der Fußball-Europameisterschaft spiegelt die damals formulierten sportlich-medialen Pläne in einer Art wider, die alle Eigenschaften einer Karikatur aufweist. Grotesk genug, dass der Aktionsplan von 2012 noch „national“ genannt wurde, während sich die deutsche Mannschaft heute nicht einmal mehr Nationalmannschaft nennen darf. Die Penetranz, mit der Spieler mit „Migrationshintergrund“ in den Vordergrund der Berichterstattungen gestellt werden, grenzt teilweise ans Peinliche. Deutsche Mitspieler überschlagen sich in Interviews im Lob für die zugewanderten Kicker. Mehr Deutschsein als dieser oder jener gehe kaum, hören wir da. Multikulti sei eine Errungenschaft und ein Beitrag zur Identität der Mannschaft.

Dennoch ist das Schwingen der schwarz-rot-goldenen Fähnchen erlaubt – vorübergehend. Von ein paar pubertären Grünen abgesehen, regt sich kein Widerstand und über den bösen Patriotismus darf für vier Wochen hinweggesehen werden.

Darüber hinaus scheint das Friede-Freude-Eierkuchen-Sommermärchen nicht richtig in Fahrt zu kommen. Es liegt etwas von Missbrauch in der Luft, vom Gespür für den Zweck, den der Sport bereits zu unseligen Zeiten erfüllen musste. Die Identifikation „auf Knopfdruck“ scheint nicht ohne weiteres zu funktionieren. Wie hat sich unsere Welt seit dem Sommermärchen 2014 verändert! Eine Boulevard-Zeitung klagt: „Verglichen mit den Vorrunden-Spielen der WM 2014 sind die Besucher-Zahlen beim Public Viewing bisher so mau wie die Leistung auf dem Feld.“ Das müsse am Wetter liegen. Hunderte folgender Kommentare deuten den katastrophalen Einbruch der Besucherzahlen anders: „Wenn du eine Deutschlandfahne schwenkst, bist du in vielen Augen gleich ein Nazi, so sieht's doch aus heutzutage“, kommentiert beispielsweise „Toby“ vom HSV. Als hätte man die Redaktion des Blattes zurückgepfiffen, titelt dieses zwei Tage später: „Tausende Menschen pilgern auf die Fanmeilen“. Durch das „Rudelgucken“ würden die Gefühle des gemeinsamen Jubelns und Leidens verstärkt. In der Psychologie werde dieses Phänomen „Gefühlsansteckung“ genannt, wird ein Sportwissenschaftler zitiert. Der Zwang der Gemeinschaft sei beim Fußballgucken während der EM eben groß.

Der politische Plan greift: Die Mannschaft ist gut vermarktet. Zivilisiert, qualifiziert und angepasst funktioniert sie bis ins Detail. Wie vorbildlich für ein künftiges buntes Deutschland! Die Botschaft „Integration geht“ ist angekommen, der Sport erfolgreich instrumentalisiert.

Das richtige Gefühl

Von Hubertus Thoma

Manchmal lässt sich auch von linken Syriza-Politikern Wichtiges lernen. „Politik hat viel mit Gefühl zu tun“ erinnerte der griechische Außenminister Nikos Kotzias 2015 und ergänzte: „Das haben wir in der EU ein wenig vergessen“. Die Bürger dieser Union scheinen ein besseres Gedächtnis zu haben als ihre politischen Vertreter. Allen Unkenrufen des polit-medialen Mainstreams zum Trotz haben die Briten für den Brexit gestimmt.

Es war nicht das erste Mal, dass Wähler einzelner EU-Staaten der amtlich verordneten Europa-Begeisterung eine Absage erteilten: Anfang der 90er Jahre lehnten die Dänen den Maastricht-Vertrag (zunächst) ab, Anfang des Jahrtausends die Iren (zunächst) den Vertrag von Nizza, Mitte 2005 Franzosen und Niederländer den von sämtlichen Staats- und Regierungschef der EU bereits unterzeichneten Verfassungsvertrag.

Diese Referenden haben nichts mit der globalen Finanzmarktkrise zu tun, wohl aber mit „Erweiterungen“ und „Vertiefungen“ der Union, die von sehr vielen Bürgern als Überdehnung beziehungsweise als unzulässiger Souveränitätsverzicht empfunden werden. Seit dem Vertrag von Maastricht liegt der Verdacht nahe, grundsätzliche Gegner des Nationalstaates instrumentalisierten die EU zum Zwecke der Schaffung eines identitätsfreien Raumes und eines weitgehend gleichgeschalteten EU-Bürgers, für den Heimat allenfalls noch eine folkloristische Reminiszenz bedeutet. Und spätestens seit der Einführung des Euro und seiner „Rettungsschirme“ tritt die Absicht zutage, eine „Sozialunion“ zu schaffen, in der die reichen Staaten verpflichtet sind, für die armen solidarisch einzustehen. Für linke EU-Politiker werden die gleichmacherische Träume wahr, für die übrigen gilt das Gesetz vom Gruppenzwang: Wer sich vom proeuropäischen Konsens seiner Gruppe entfernt, verliert an Einfluss und riskiert Isolation.

> Die EU-Skepsis hat mit der »Überdehnung« der Union zu tun

Im Gegensatz zur beschränkten Anzahl ihrer politischer Vertreter besteht für die halbe Milliarde EU-Bürger diese Gefahr nicht, weswegen sie das Geschehen meist anders wahrnehmen und bewerten. Berufseuropäer und Ideologen fahren hiergegen schweres propagandistisches Geschütz auf: Ein Rechtspopulist, wer die Entwicklung Europas mit Skepsis betrachtet und ein besonders gefährlicher dazu, entscheide die Europa-Frage schließlich über Wohlstand oder Armut, Krieg oder Frieden, Sein oder Nichtsein!

Wenn die Engländer nun aus der EU austreten, und es passiert von alledem nichts, ja, was dann? Dann hätten sich all' die Warnungen und Drohungen des polit-medialen Establishments als Propaganda und Luftnummern erwiesen und das britische Beispiel könnte Schule machen. Vielleicht wäre ein Gesundschrumpfen der EU, geographisch ebenso wie inhaltlich, gar kein so schlechtes Konzept für die Zukunft der überfrachteten, gebeutelten Union.



Nur noch etwas für Unbelehrbare: Liebesbekundungen an die Europäische Union

Bild: ddp images/dapd

Gegenwind



Brückenschlag von Moskau nach Jerusalem

Von Florian Stumfall



Bei einer Beurteilung Russlands und seiner Befindlichkeit im internationalen Geflecht ist seitens der Nato und der EU ständig wiederkehrend von einer „Isolation“ die Rede. Gemessen an der Wirklichkeit erweist sich diese Kennzeichnung als reine Propaganda. Sie verkennt oder leugnet große Staatenverbünde wie die Shanghai-Organisation, in denen Russland mit fünf zentralasiatischen Staaten einschließlich Chinas als Mitgliedern sowie rund 20 weiteren Staaten zusammenarbeitet. Nicht anders verhält es sich mit der BRICS-Staaten-Gemeinschaft, der Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika angehören und die 40 Prozent der Weltbevölkerung vereint. Isolation kann man das beim bösesten Willen kaum nennen.

Von solchen multinationalen Verbindungen abgesehen pflegt Russland seine bilateralen Beziehungen mit zahlreichen Ländern der Welt, wobei diese naturgemäß ganz verschiedener Art sind. Eine der erstaunlichsten Verbindungen gewinnt seit etlichen Monaten stetig an Intensität, nämlich die Zusammenarbeit zwischen Russland und Israel. Eine innenpolitische Entscheidung des israelischen Premiers Benjamin Netanjahu rückte dieses überraschende Miteinander ins Licht der Öffentlichkeit.

Ende Mai schloss Netanjahu eine Koalition mit der Partei der russischen Einwanderer. Deren Vorsitzender Avigdor Lieberman wurde im Zuge dieses Revirements zum Verteidigungsminister ernannt. Lieberman, geboren in Kischiniow, der Hauptstadt der ehemaligen Sowjetrepublik Moldawien, die heute unabhängig ist, gilt als starker Mann, dem man zutraut, noch stärker werden zu wollen. Da sich ihm wie seinem Präsidenten im Zusammenhang mit der Rentenfrage bei russischen Immigranten einige schwierige Fragen stellen, haben beide beschlossen, hierfür die Zusammenarbeit mit Russland zu suchen. Mit Erfolg: Moskau garantiert künftig die Renten für die Russen in Israel.

Natürlich ist dieses Abkommen nicht das einzige zwischen den beiden Ländern und ebenso natürlich wäre es überhaupt nicht zustande gekommen, wenn nicht zuvor schon die Beziehungen sehr entspannt gewesen wären. Das zeigte sich niemals deutlicher als bei Netanjahus Moskaubesuch Anfang Juni, der schon der vierte während des vergangenen halben Jahres war. Der israelische Premier eröffnete seine Visite mit einer Geste von großer Höflichkeit. Er sagte zu seinem Gastgeber, aber vor der Welt als Zeugen: „Eine Annäherung mit Russland verstärkt die Sicherheit Israels.“ Damit haben die russisch-israelischen Gespräche, ausgehend vom Problem der Renten, einen umfassend-politischen Charakter angenommen.

Mehr noch: Netanjahu setzte hinzu, die guten Beziehungen zu Russland hätten Israel bereits vor unnötigen Konfrontationen an seiner nördlichen Grenze bewahrt. Schon bei einer früheren Gelegenheit hatte Netanjahu beteuert: „Russland ist eine international agierende Macht und unsere Beziehungen werden immer enger. Ich habe an dieser Annäherung gearbeitet, und heute dient sie uns, unserer nationalen Sicherheit, indem unnötige und gefährliche Zusammenstöße an unserer nördlichen Grenze vereitelt werden.“

Damit sprach Netanjahu den Syrien-Krieg an. Der israelische frühere Mossad-Mann Geheimdienstler Yossi Alpher sagte dazu der englischen Zeitung „Guardian“, die Koordinierung von Aktivitäten Russlands und Israels in Syrien sei erfolgreich gewesen und stelle eine „bedeutende strategische Wende im Nahen Osten“ dar. Der heikelste Moment seien die Flüge der russischen Luftwaffe über den von Israel kontrollierten Golanhöhen gewesen. Allerdings hätten die Parteien eine für alle akzeptable Einigung finden können.

Netanjahus deutliches Wort dazu ist mehr als erstaunlich. Israel ist ein Land, das existentiell von den sachlichen wie finanziellen Zuwendungen aus den USA abhängig ist. Diese USA ordnen Russland als eine grundlegende Bedrohung ein und sprechen gleichzeitig dem Land den Charakter einer Großmacht ab. Doch der israelische Premier attestiert Russland die Rolle als Großmacht ausdrücklich und billigt dem Land zudem zu, dass es im Pulverfass Nahost stabilisierend wirke, und das ganze geschieht ausgerechnet in Russland selbst. Netanjahu muss die Reaktionen Washingtons auf seinen Moskauer Auftritt außerordentlich knapp kalkuliert haben und scheint sich von den USA trotz seiner Abhängigkeit nicht beengt zu fühlen.

Dabei sind die USA gar nicht der einzige Stolperstein, den Russland und Israel bei ihrem gemeinsamen Weg zu noch mehr Gemeinsamkeit meiden müssen. Da ist zunächst als weiterer Faktor der Iran, der große Förderer der schiitischen Hisbollah. Er gilt als Todfeind Israels und pflegt gleichzeitig gute Beziehungen zu Russland. Diese äußern sich auf dem Gebiet der Energiepolitik ebenso wie auf dem der Rüstung. So verfügen die Iraner über russische S-300-Flugabwehr-Raketen, die alles fernhalten können, was Israel in einem Ernstfall gegen den Iran in die Luft bringen mag. Darüber hinaus ist Russland ein strategischer Verbündeter des Irans, wenn es darum geht, den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad zu stützen, den Israel wiederum gerne stürzen sähe.

Auch die israelische Presse zeigt Verständnis für die überraschende Annäherung. So schreibt „The Jerusalem Post“: „Obwohl Moskau mit der pro-iranischen Achse eng zusammenarbeitet, der auch Israels stärkster Erzfeind in der Region – und zwar Hisbollah – angehört, hat die russische Präsenz dennoch einen zurückhaltenden Einfluss auf die Handlungen von Hisbollah gegenüber Israel ausgeübt.“

Doch das Kräfte-Vieleck im Nahen Osten wäre nicht so verworren wie es ist, wenn da nicht Russland und Israel bei ihrer Annäherung noch eine weitere Schwierigkeit zu bewältigen hätten. Es geht um den Islamischen Staat (IS) und andere Terrormilizen, die in Syrien Ziel der russischen Luftwaffe sind, auf Bitten des Präsidenten Assad. Während Russland die Terrormilizen erfolgreich bekämpft und die USA deswegen genötigt sind, wenigstens denselben Schein zu erwecken, äußert sich Israel zu dem Komplex mit entwaffnender Offenheit. Der Chef des israelischen Militär-Geheimdienstes, Generalmajor Herzi Helavy, vertritt die Auffassung, dass sein Land den IS „in vielfacher Beziehung gegenüber der syrischen Regierung bevorzugt“; zudem erklärte er, dass Israel nicht wolle, dass der IS in dem Krieg besiegt werde.

Doch trotz aller Schwierigkeiten scheint der Brückenschlag von Moskau nach Jerusalem zu gelingen. Dabei geht man recht pragmatisch vor. So wurde eine Vereinbarung abgeschlossen, wonach Israel Russland Geheimdienstinformationen zur Verfügung stellt. Dafür liefert Moskau keine Waffen an die Hisbollah. Es ist ein Weg der kleinen Schritte, der weit zurückreicht. Im Jahr 1967 hatte nach dem Sechstagekrieg die Sowjetunion die diplomatischen Beziehungen zu Israel beendet. Erst nach dem Zusammenbruch des Kommunismus wurden 1992 wieder Gespräche aufgenommen.

„Die Beziehungen zu Israel liegen uns am Herzen“, sagte Russlands Präsident Wladimir Putin nach seinem jüngsten Treffen mit Netanjahu. Er verwies auf die über eine Million Menschen umfassende Gemeinschaft von Juden in Israel, deren Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion liegen und die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs Russland in Richtung Israel verlassen hatten.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Prozession der Christo-Jünger

Kunst oder Freizeitvergnügen? – »Die Floating Piers« des Verpackungskünstlers Christo als Touristengaudi

Für die Bundeswehr gehören Pontonbrücken zum Alltag. Aber wenn Christo kommt und solche baut, ist es plötzlich Kunst. Zu erleben am Iseosee in Norditalien, wo der kleine Ort Sulzano wegen des Kunsttourismus zu den „Floating Piers“ in ein Chaos versank.

Die Reise zu Christo beginnt im Frühstücksraum eines Hotels in Bergamo, wo Überlebens-Geschichten die Runde machen. „Bloß nicht mit dem Auto anreisen“, wird gewarnt: „Die Parkplätze sind überfüllt, die Weiterfahrt in vollgestopften Shuttle-Bussen ist eine Tortur!“ Und sonst? Wie ist es so, übers Wasser zu laufen? Also, einen Sonnenhut sollte man unbedingt mitnehmen. Und eine Wasserflasche. Und möglichst früh morgens solle man kommen oder am späteren Abend. Aber wiederum nicht zu spät, denn von 23 Uhr bis sechs Uhr morgens seien die „Floating Piers“ wegen Reparaturarbeiten gesperrt. Der goldene Steg – kurz nach der Eröffnung schon ein Trampelpfad?

Also Anreise mit dem Zug. Von Bergamo nach Brescia, von dort weiter nach Sulzano, dann noch ein paar Schritte hinunter zum Iseosee. Klingt einfach, erweist sich aber als Weg ins Chaos. Am Bahnhof Brescia stauen sich die Massen. Kunsttouristen mit Strohhut und Prada-Brille, Familien mit kleinen Kindern auf dem Arm, Menschen im Rollstuhl. Nichts geht mehr. Der angekündigte Zug hat eine Stunde Verspätung, die Menschen drängen sich hinter Absperrgittern, Verkäufer mit Snacks und kalten Getränken schieben sich durch die Menge.

Das erste Wunder: Es wird geschwitzt, aber nicht gemeckert. Dann endlich, der Zug läuft ein: Italienische Mitarbeiter versuchen, einige Waggons zu blockieren, warum, weiß keiner, interessiert auch keinen, denn jetzt beginnt der Andrang auf einen Sitzplatz. Geschafft, oh Wunder. Schön ist die Anfahrt durch die sanften Hügel der Lombardei, beschaulich. Bis sich der Christo-Express dem Örtchen Sulzano nähert. Der kostenlose Eingang zum See wird durch Sperrgitter gelenkt wie bei der Einlasskontrolle am Flughafen. Entlang des Weges nutzen fliegende Händler die Gunst der Stunde: Panini? Frisches Wasser! Gelati – Eis!



Pontonwanderung: Am Iseosee wandelten hunderttausende Menschen über dem Wasser Bild: Martin

Der Menschenzug schiebt sich unaufhaltsam durch die engen Gassen der kleinen Stadt, die früher im Dornröschenschlaf lag und jetzt unter Schock steht. Eine halbherzige Taschenkontrolle, durchgeführt von einer jungen Polizistin – wer soll diese Massen noch kontrollieren? Immer wieder die gellende Sirene von Rettungsfahrzeugen. Über 30 Grad waren es Mitte Juni, die Christo-Jünger erleiden reihenweise Schwächeanfälle und Kreislaufzusammenbrüche, in den kommenden Tagen wurden heftige Gewitter erwartet. Dann endlich: Der Steg. Sonnengelb, 16 Meter breit über das Wasser bis zur Insel Monte Isola und weiter.

Es ist Christos Einladung, übers Wasser zu gehen und sich dem Moment hinzugeben, dem magischen Moment. So wie vor elf Jahren in New York bei den „Gates“, als Christo-Fans unter goldenen Vorhängen durch den winterlichen Central Park pilgerten. Oder vor 21 Jahren, als Christo und Jeanne-Claude den Reichstag verhüllten und das Gelände in einen Platz des himmlischen Friedens verwandelten, in ein großes, friedliches Picknick, das mehr als fünf Millionen Besucher anzog.

Der Treck beginnt: Der erste Schritt auf den Steg sollte ein besonderer sein. Ein weihevoller, einer, wo man den Atem anhält und den Zauber in sich aufnimmt. Stattdessen ein profaner Gedanke: Man fühlt sich wie beim Schlussverkauf am Grabbeltisch.

Wer die Schuhe auszieht, und die meisten ziehen die Schuhe aus, spürt einen grobkörnigen Stoff unter den nackten Sohlen, an einigen Stellen schon verfleckt. Der riesige Prozessionszug bewegt sich langsam vorwärts, einmal im Leben nur wird man diesen Weg gehen dürfen, über diese 220 000 Schwimmwürfel, die im Boden des Sees verankert und mit 70 000 Quadratmeter gelbem Stoff überzogen wurden, hergestellt in Lübeck. 15 Millionen Euro hat alles gekostet, wie immer werden Christos Projekte durch Verkäufe seiner Skizzen refinanziert.

Arme mit Fotoapparaten werden hochgereckt. Eine Ente stakst über den Steg, Vorwitzige werden von freiwilligen Helfern im Schlauchboot in die Mitte der Gangway zurückgescheucht. Auf der Monte Isola empfängt den Pilgerzug eine große Wanne mit leeren Wasserflaschen, auf einer Fensterbank staut sich der Müll. In Deutschland, wird gemurmelt, würden hier schon Abfallcontainer stehen. Aber in Deutschland wäre ein Steg ohne Geländer wohl auch nie genehmigt worden.

Das Wunder dieser 16 Tage ist womöglich nicht die Magie eines See-Stegs, das Wunder ist Christo, dieser hagere Mann mit den wehenden weißen Haaren, der wie eine Mischung aus Traumtänzer und Sisyphos seine Projekte durchzieht. 25 Jahre arbeitete der gebürtige Bulgare mit seiner 2009 verstorbenen Frau Jeanne-Claude, bis er die Genehmigung für die Verhüllung des Reichstages erhielt. Sein großes Lebensprojekt, die Mastaba in der Wüste bei Abu Dhabi, ein riesiges Grabmal aus Ölfässern, stockt seit Jahren im Genehmigungsdschungel. Dagegen waren die „Floating Piers“ ein Kinderspiel. Im April 2014 begann das Genehmigungsverfahren, am 13. Juni starteten 600 Arbeiter mit dem Verankern der Pontons, am 18. Juni war Eröffnung – schon am ersten Tag kamen 55 000 Menschen.

Der Tross bewegt sich nach links, wo der Steg weiter auf die Insel San Paolo führt, die dem Waffenhändler Beretta gehört. Wir entscheiden uns anders, steigen auf die Fähre und fahren zurück nach Sulzano. Vom Wasser aus gesehen zieht sich ein gelbes Band mit Ameisen durch das tiefe Blau des Sees. Ameisen auf einem schwankenden Steg, darunter die Tiefe. Wer will, kann tiefer loten bei Christos Arbeiten. Alle seine Projekte beschwören die Flüchtigkeit des Moments und die Freude an der Verwandlung. Am 3. Juli ist alles vorbei. Solange wird der Kunstzug laufen. *Anne Martin*



Filmkritik

Passend zum Brexit-Ergebnis ist jetzt ein Film in den Kinos gestartet, der eine Ahnung davon vermittelt, was dem Vereinigten Königreich vielleicht einmal blühen könnte: Anarchie, Chaos und Rückfall in die Barbarei. Der Film **High Rise** vermittelt dabei so etwas wie einen düsteren Blick zurück in die Zukunft. Denn angesiedelt in den Vor-Thatcher-Zeiten, als England eine Sozialwüste war, wird in einer Hochhaussiedlung ein düsteres Zukunftsszenario entfacht, in dem der Klassenkampf zwischen den Bewohnern der oberen, mittleren und unteren Etagen in einer Orgie der Gewalt eskaliert.

Basierend auf einen Roman des britischen Autors James Graham Ballard, der für seine anti-utopischen (dystopischen) Romane bekannt war, schuf Regisseur Ben Wheatley einen Film, der stilistisch die 70er Jahre mit Hochsteckfrisur, Bartkoteletten und Plattenspieler in Szene setzt, aber unsere nahe Zukunft meint, die ins soziale Chaos stürzt, wenn eine Gemeinschaft auseinanderbricht. Das mag alles ein wenig an Stanley Kubricks Film „A Clockwork Orange“ von 1971 erinnern, wo sich eine zerstörungswütige Jugendbande gegenüber der saturierten „Upper Class“ austobt. „High Rise“ ist fast noch grausamer, weil es hier die Mittelschicht ist, die alle sozialen Regeln von sich abwirft. Dass Filmstar Jeremy Irons als Hochhaus-Architekt dieses am Ende blutige Spiel mitmacht, lässt einen noch mehr erschauern. *Harald Tews*



Einsamer Architekt: Jeremy Irons in „High Rise“ Bild: DCM

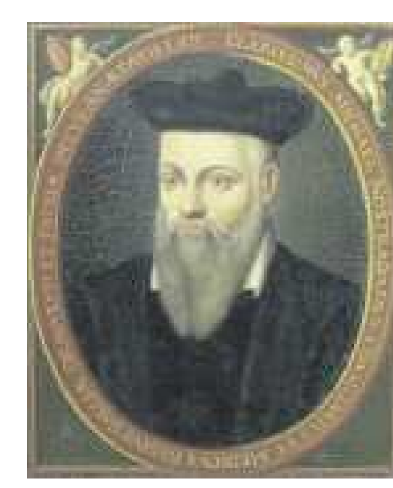
Weitsichtiges Genie?

Nur den eigenen Tod vor 400 Jahren sah Nostradamus nicht voraus

Nostradamus muss mit zwei besonderen Gaben gesegnet gewesen sein: Zum einen schien er die Fähigkeit zu haben, bis zum angeblichen Ende der Welt im vierten Jahrtausend in die Zukunft blicken zu können. Zum anderen konnte er die Menschen auch davon überzeugen, an diese „Prophezeiungen überhaupt zu glauben. Zumindest hält sich seit seinem Tod am 2. Juli 1556 hartnäckig die Meinung, dass er, Michel de Nostredame, genannt Nostradamus, geboren am 14. Dezember 1503 im französischen Saint-Remy de Provence als eines von mindestens acht Kindern eines Kornhändlers und Amtsvorstehers, ein großer Prophet gewesen sei.

Immer wieder werden seine Wahrsagungen zitiert. Vor allem wenn sich großes Unglück anbahnt, ein tragisches Erdbeben geschieht, oder ein Vorkommen mit apokalyptischem Potenzial droht. Seine Untergangsvisionen machten ihn berühmt. Dabei waren seine Vierzeiler derart kryptischen Inhalts, dass sie ebenso gut wahr wie unzutreffend sein konnten. Wie konnte es dazu kommen, dass leichtgläubige Menschen bis heute seine kurzen prophetischen Verse für bare Münze nehmen?

Im 16. Jahrhundert erlebte die Astrologie ihre Blüte. Kein Arzt konnte darauf verzichten, die Sterne zu deuten, wenn er eine heilsame Kur verordnen wollte. Der Stand der Sterne war Gesprächsthema bei Saat und Ernte. Die Astrologie spielte eine zunehmend wichtige Rolle nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch in der christlichen Lehre. Die Sterne und Planeten wurden mit der göttlichen Strafe verknüpft. Das Auftreten von Kometen und Finsternissen wurde als Mahnung Gottes an einen gesitteten Lebenswandel aufgefasst. Die Abhängigkeit von den Planeten und das Ausgeliefertsein des Menschen gegenüber Gott wurden akzeptiert. Aber es machte hilflos. Ein Seher, der weit in die Zukunft blicken konnte, galt als begnadeter Meister. Hatte er Zugang zu geheimnisvollem Wissen?



Zukunft im Blick: Nostradamus

Dass Nostradamus eine derart hohe Reputation erlangte, ist wohl daran geknüpft, dass Caterina de Medici offen für Okkultes war. Nach einem Treffen am Hofe im Jahr 1555 beauftragte die Königin ihn, Horoskope für sie zu erstellen. Zwei Jahre vor seinem Tod wurde er zum Leibarzt des Königs ernannt. Ohne diese Unterstützung wären seine Vierzeiler vermutlich nie zu derartigem Weltruhm gelangt.

Trotzdem stellen sich viele Fragen. Schaut man, welchen Beruf Nostradamus seinerzeit ausgeübt hat, ist oft Arzt, Apotheker und Astrologe zu lesen. Doch gibt es in seinen Briefen und in dem, was sein Sohn César über ihn zusammengetragen hat, etliche Stellen, in denen er selbst darauf hinweist, kein ausgebildeter Arzt und kein Astrologe zu sein. Wie kommt es dann, dass er für die Königin Horoskope anfertigte?

Heute beschäftigen sich besonders Esoteriker damit, die angeblich „perfekte“ Methode zur Entschlüsselung von Nostradamus' Texten zu finden. Doch eine glaubhafte Dechiffrierung seiner kryptischen Zeilen gelang niemandem. Sie sind bewusst vielund nie eindeutig auslegbar. Nostradamus hat meisterlich erkannt, dass es zum eigenen Vorteil gereicht, wenn man den Menschen das gibt, wonach sie verlangen: eine Bestätigung der eigenen Wünsche und Sehnsüchte. Das reicht, dass er seit 400 Jahren für den Star aller Astrologen gehalten wird. *Stephanie Sieckmann*

Mit der Kunst am Ende

Leverkusener Museum Morsbroich droht die Schließung

Das Leverkusener Kunstmuseum Morsbroich (gesprochen: Morsbrooch), gegründet 1951, gehört zu den kleineren Museen in Nordrhein-Westfalen. Mit seiner Sammlung Moderner Kunst von Joseph Beuys bis Gerhard Richter und wegweisenden Ausstellungen zeitgenössischer Künstler konnte es sich in den vergangenen 65 Jahren auch international einen guten Namen machen.

So gut, dass im Jahr 2009 der Internationale Kunstkritikerverband Morsbroich zum „Museum des Jahres in Deutschland“ wählte. Das ist immerhin die höchste Auszeichnung, die ein deutsches Museum erhalten kann. In der Begründung der Jury heißt es: „Am Beispiel zweier jüngst realisierter Ausstellungen, an dem der ‚Übermalten Fotografien‘ von Gerhard Richter und an ‚Projects: Done‘, einer umfangreichen Werkschau mit den Fotografien von Candida Höfer, lässt sich das bemerkenswert hohe Niveau der Ausstellungstätigkeit in Leverkusen ablesen.“

Jetzt steht das Überleben des so hoch ausgezeichneten Hauses auf der Kippe. Denn die früher superreiche Stadt Leverkusen, gesegnet mit einstmals hohen Steuereinnahmen des DAX-Unternehmens Bayer, ist nach der Umstrukturierung des Konzerns in meist andernorts angesiedelten Sparten-Unternehmen (zum Beispiel Lanxess in Köln) hoch verschuldet. Der städtische Haushalt steht unter der Aufsicht der Bezirksregierung in Köln. Die forderte Anfang des Jahres die Stadt auf, „Optimierungspotenziale zur Verbesserung der Stadtfinanzen“ ausfindig zu machen. Das Land NRW beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, ein Gutachten zu erstellen, das Einsparmöglichkeiten aufzeigt.



Prophetische Installation von Jonathan Monk: „Closed“ – „Geschlossen“ steht am Museum

Nach streng betriebswirtschaftlicher Betrachtung war es dann kein Wunder, dass die KPMG im Kulturetat Einsparmöglichkeiten sah. Kulturelle Einrichtungen werfen nun mal in den meisten Fällen keinen Gewinn ab. Auch gehören sie, anders als zum Beispiel die Sozialhilfe, nicht zu den Pflichtaufgaben einer Kommune. Die Empfehlung der Wirtschaftsprüfer lautete also: Schließung des Museums. Damit könnte die Stadt Leverkusen jährlich rund 780 000 Euro sparen.

Ein Aufschrei in der Stadt und auch in der Kunstszene war die Folge. Gerhard Richter, einer der weltweit berühmtesten lebenden Künstler, verfasste einen offenen Brief an den Leverkusener Oberbürgermeister mit der Bitte, das Museum Morsbroich nicht zu schließen. Richter: „Eine Gesellschaft wird Schaden nehmen, wenn sie den Sinn ihrer kulturellen Institutionen nur noch darin sieht, dass sie sich rechnen.“

Demonstrativ tagten kürzlich 25 Museumsdirektoren aus NRW, die sich gewöhnlich zweimal im Jahr in Wuppertal treffen, im Museum Morsbroich. Sie appellierten an die Landesregierung, „die Integrität der kommunalen Kultur in Leverkusen“ wiederherzustellen. Sie befürchten wegen der meist klammen finanziellen Situation der Kommunen, dass die Schließungs-Empfehlung Schule machen könnte. Eine Online-Petition fand innerhalb von fünf Wochen über 10 000 Unterstützer gegen die Schließung. Mittlerweile hat sich ein Förderverein etabliert, der das Museum retten will. *Siegfried Schmidtke*

Was ist ein Drittel von »lebenslänglich«?

Exklusiv in der *PAZ*: Die erstaunliche Lebensgeschichte einer Hamburger Hausfrau, die als BND-Agentin in der DDR spionierte.

Nein, ohne Weiteres war Ingrid Kaufmann* nicht bereit mit einem Journalisten zu reden. Man traf sich zunächst einmal ohne Diktiergerät und Notizblock. Ein längeres Vorgespräch schuf Vertrauen für die *PAZ* und ihren Redakteur. Streng blieb sie dann aber auch nach der Erstlektüre des Artikels. Städtenamen mussten ebenso gestrichen werden wie andere relevante Angaben. Rückschlüsse auf ihre echte Identität dürfe man nicht ziehen können. Man wisse ja nie. Aber auch ohne derlei Angaben bleibt es eine Geschichte von Tapferkeit, tödlicher Gefahr, Entbehrung und Unbeugsamkeit. Sie ist es wert, erzählt zu werden.

Es sind die Türklinken, die Ingrid Kaufmann in jener Nacht in der Suite eines Hotels in einer grenznahen westdeutschen Kleinstadt nicht schlafen lassen. Staunend muss sie immer wieder zu ihnen hinlaufen und sie ausprobieren. Die Türen lassen sich öffnen! Jederzeit und ganz nach ihrem Belieben.

Die Hamburgerin ist an diesem Tag im März 1981 etwa Mitte 40. Schrecklich dünn ist sie. Diverse Mangelerscheinungen zeichnen ihren Körper. Die Nieren sind dauerhaft geschädigt. Ingrid Kaufmann hat zwei Jahre im DDR-Zuchthaus Bautzen verbracht. Davor saß sie ein Jahr in Untersuchungshaft in Hohenschönhausen. Ein Agentenaustausch bringt ihr jetzt die Freiheit. Die Bundesrepublik gewährt einer hochrangigen DDR-Spionin die Ausreise. Der mitteldeutsche „Arbeiter- und Bauernstaat“ entlässt im Gegenzug mit Ingrid Kaufmann eine Person aus seinem Machtbereich, die er eigentlich lebenslang hinter Zuchthausmauern wissen wollte. Das Ostberliner Militärobergericht hat ihr eine „hohe Gesellschaftsgefährlichkeit“ und eine „besondere Tatschwere“ attestiert. „Sie hat durch die von ihr begangenen Spionageverbrechen die Verteidigungskraft der DDR in hohem Maße gefährdet“, heißt es in der Anklageschrift. In der Berliner Gauck-Behörde lässt sie sich heute noch nachlesen. Von „Menschenfeindlichkeit“ und „Skrupellosigkeit“ ist auf den eng beschriebenen 16 Seiten die Rede. Deswegen komme, heißt es dort, nur eine lebenslange Freiheitsstrafe infrage. Kenner der DDR-Justiz gehen davon aus, dass damals sogar ein Todesurteil im Raum gestanden habe.

Der sozialistische Zorn auf die zierliche Hausfrau ist groß. Sie gehört zu jenen tapferen und außerordentlichen Menschen, die in einer der heißesten Phasen des Kalten Krieges die Gegenseite auskundschaften und der freiheitlichen Welt des Westens wichtige Informationen liefern. Nach der Entspannungsphase Anfang der 70er Jahre hat sich das Verhältnis zwischen West und Ost wieder verschärft. Die Sowjets marschieren in Afghanistan ein, die Nato rüstet mit Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern auf, um Lücken in der atomaren Verteidigung zu schließen.

Alleine kämpft Ingrid Kaufmann im Land des Gegners allerdings nicht. Etwa 10 000 Agenten sollen damals allein für den Bundesnachrichtendienst (BND) das andere, das unfreie Deutschland ausspioniert haben. Ihre Verluste sind enorm. Mehrere tausend geraten ebenso wie Ingrid Kaufmann in Gefangenschaft. Der Feind ist wachsam und stets bereit, „konterrevolutionären“ Umtrieben nachzuspüren. Die kommunistischen Truppen stehen dichtgedrängt von Rostock bis Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) Gewehr bei Fuß. Darunter ist auch ein besonders hochgerüsteter sowjetischer Heeresverband. Im Kriegsfall soll diese Armee bis tief ins Herz der Bunderepublik vorstoßen. Stationiert ist die Truppe im Umfeld einer der größten Städte der DDR.

Bevor Ingrid Kaufmann Anfang der 50er Jahre die DDR verlässt und mit ihrem späteren Mann nach Hamburg zieht, wuchs sie in genau dieser Stadt auf. Die Geschwister und die Mutter leben noch dort. So oft es die Besuchsregelungen zulässt, besuchen die Kaufmanns ihre Verwandten jenseits des Eisernen Vorhangs. Besonders für Ingrid Kaufmann bedeutet es stets auch die Rückkehr in einen verhassten und verachteten Staat. Ihr Vater war Elektroingenieur. Als Akademikertochter verwehrt ihr die DDR das ersehnte Studium an der Ingenieursschule in Leipzig, zumal sie als „westlich angehaucht“ gilt. Ein einschneidendes Erlebnis ist auch der Volksaufstand am 17. Juni 1953. Noch nicht einmal volljährig ist sie damals, aber sie ist hautnah dabei und unterstützt die Aufbegehrenden.

Da hat „Herr Fränkel“ leichtes Spiel. In den 60er Jahren wirbt der BND-Mann, den Ingrid Kaufmann nur unter seinem Decknamen kennt, das Hamburger Ehepaar an. Sie sollen bei ihren DDR-Fahrten „die Augen offenhalten.“ Vor allem Informationen über den speziellen sowjetischen Truppenverband sind gefragt. Fahrzeugtypen, Fahrzeugkennzeichen, Symbole auf den Uniformen, Kasernenumbauten und andere Details liefern den westlichen Militärexperten wichtige Hinweise.



Möchte anonym bleiben: Die ehemalige BND-Agentin, die zwölf Jahre lang eine ganze sowjetische Armee ausspionierte Bild: Horns

Spricht man Ingrid Kaufmann heute auf ihre Beweggründe an, sich vom Nachrichtendienst anwerben zu lassen, erzählt sie nicht nur von ihrem Zorn auf das DDR-Unrechtsregime, sondern auch von ihrer Abenteuerlust: Das Ganze habe einfach Spaß gemacht.

In einer rundherum mit Stacheldraht umzäunten Villa beginnen die Verhöre

Später erfährt sie, dass sie und ihr Ehemann zu den wenigen Leuten gehörten, die sich nicht mit hohen Summen fürs Spionieren bezahlen lassen. Immerhin scheint auch das Risiko überschaubar. BND-Verbindungsmann Fränkel beruhigt, dass ihnen als Bürgern der Bundesrepublik bei einer Festnahme wenig passieren könne. Man werde sie laufen lassen.

Zwölf Jahre geht zudem alles gut. Drei- bis viermal im Jahr, meist im Frühjahr und Herbst, während der großen Manöver – hält sich Ingrid Kaufmann jenseits der Mauer auf. „In Beachtung erhaltener Instruktionen wie Zurechtlegung einer Legende und Verhalten bei der Aufklärung erkundet sie militärische Tatsachen“, heißt es später, formuliert im typischen DDR-Stacheldraht-Deutsch, in der Anklageschrift. Meist fahren Ingrid Kaufmann und ihr Mann für drei Tage gen Osten. Um im Zweifelsfalle kein Beweismaterial zu hinterlassen, wird bei den Spähtouren nichts aufgezeichnet. Kaum ist das Ehepaar wieder in Hamburg, erscheint Verbindungsoffizier Fränkel, um die noch frischen Erinnerungen zu notieren. Als die Kaufmanns 1975 in den Urlaub nach Ungarn fahren, wird auf Anregung von Fränkel auch dort spioniert. Ein Übungsgelände, eine Kaserne und ein Sperrgebiet gehören zu den „Sehenswürdigkeiten“ des Urlauberpaares.

Schon einige Jahre zuvor hat sich Ingrid Kaufmanns Bruder Klaus den Agenten angeschlossen. In einem präparierten Löffelständer aus Zinn schmuggeln sie ihm ein Empfangsgerät über die Grenze. Als es später kaputtgeht, beschaffen sie ihm ein zweites, das für den Transport in einem umgebauten Feuerlöscher verborgen wird.

Bis heute weiß Ingrid Kaufmann nicht, wer sie enttarnt hat. Darüber schweigen auch die 18 Aktenorder, die sie nach dem Ende der DDR in der Gauck-Behörde einsieht. Möglicherweise war es ein Doppelagent beim BND. Es gibt Hinweise darauf. Festgenommen wird sie, als sie zur Jugendweihe ihrer Nichte nach Magdeburg fährt. Mit dem nagelneuen Pkw des Ehepaares hat sie die Fahrt angetreten. Am Morgen nach der Feier findet sie ihn aufgebrochen und demoliert vor. Ein Autoeinbruch? Sie will den Schaden melden und fährt zur nächsten Wache. Dann stehen plötzlich Polizisten am Straßenrand. Eine Kelle wird hochgehalten. „Steigen sie bitte schnell aus“, heißt es. Ein fremdes Fahrzeug steht bereit. Es bringt sie zu einer mit Stacheldraht umzäunten Villa. Zum ersten Mal bekommt sie es da richtig mit der Angst zu tun, erzählt Ingrid Kaufmann. „Wo bringt ihr mich hin?“, will sie wissen. Die Männer im Wagen schweigen. Fragen stellen von nun an die anderen. Die Verhöre beginnen.

Zum Glück ist sie dieses eine Mal ohne ihren Mann angereist. Er wird in den folgenden Jahren von der Bundesrepublik aus für ihre Freilassung kämpfen. Ein kräftezehrendes, verzweifeltes Unternehmen, das ihn gesundheitlich schwer angeschlagen zurücklässt. Nein, ihr selbst wurden bei den Verhören keine körperlichen Schmerzen zugefügt, erklärt Ingrid Kaufmann. Sie ist eine starke Frau. Klagen liegt ihr nicht. Was hinter DDR-Gittern auf sie zukommt, lässt sich dennoch leicht aus ihrem Bericht erahnen. Die Vernehmungen dauern anfangs von 8 Uhr morgens bis 19 Uhr abends. Wird sie mal nicht abgeholt, muss sie tagsüber in ihrer Zelle stehen. Weder sitzen noch liegen ist erlaubt. Einmal wird sie zwei Wochen lang gar nicht beachtet. „Da passiert etwas mit dir, wenn du konsequent ignoriert wirst“, berichtet sie. „Die Augen werden vollkommen unwichtig, allein die Ohren liefern schwache Anhaltspunkte von dem, was außerhalb der Zelle geschieht.“ Sie erzählt auch von den alltäglichen Gemeinheiten der Wärterinnen. Mit einer Zellennachbarin treiben sie ein besonders böses Spiel. Die Frau ist eine starke Raucherin. Um ihre Sucht erst richtig anzufachen, blasen die Wärterinnen Rauch durch die Öffnung der Zellentür. Als die Gefangene einmal Zigaretten erhält, weigern sich die Aufseherinnen, ihr Streichhölzer zu geben, Am Ende kaut die Frau den Tabak der Zigaretten. Auch andere Boshaftigkeiten erschweren das Haftleben: Im Sommer werden gefütterte Trainingsanzüge ausgegeben, im Winter ungefütterte.

Es wird etwas besser, nachdem die einjährige Untersuchungshaft vorbei ist. In Bautzen steckt die „Strafgefangene“ Kaufmann mit ihren Mithäftlingen am Fließband elektrische Relais zusammen. Diplomatische Vertreter der Bundesrepublik helfen, als mitten im Winter über Wochen hinweg das Zellenfenster zerbricht und unrepariert bleibt. Die Solidarität unter den Mitgefangenen ist hoch. Von ihnen erfährt Ingrid Kaufmann auch, dass man oft freigelassen wird, wenn ein Drittel der Haftzeit abgesessen ist. Aber was ist ein Drittel von „lebenslänglich“? Als die Strapazen zu groß werden und sie bei einer Körpergröße von 1,64 Meter nur noch 31 Kilo wiegt, wird sie im Haftkrankenhaus Meusdorf aufgepäppelt. Ein Mix aus rohen Eiern, Butter und Joghurt soll ihr wieder auf die Beine helfen. Es gelingt nur teilweise, denn der geschwächte Körper kann die kalorienreiche Nahrung kaum mehr verarbeiten.

Dass ihr Austausch bevorsteht, weiß sie, als sie in die Abschiebehaft nach Karl-Marx-Stadt verlegt wird. „Du gehst, du gehst, du gehst“, raunen ihr die Mitgefangenen zu, als sie an ihnen vorbeigeführt wird.

35 Jahre ist das jetzt her. Vergessen kann es Ingrid Kaufmann nicht. Sie ist in einem Freundeskreis ehemaliger politische Gefangener aktiv. Eine kleine Entschädigung erhofft sie sich von der Bundesrepublik. Trotz gesundheitlicher Beschwerden, die durch die Haft verursacht wurden, steht die heute 80-Jährige mitten im Leben. Sie arbeitet für ein Labor. Im letzten Urlaub hat sie Ausgrabungsstätten in Spanien besucht. Sie ist eine von Zehntausend. Sie hat für die Freiheit von Millionen gekämpft. *Frank Horns*

**Name von der Redaktion geändert*



Kontrollen an der innerdeutschen Grenze: Ingrid Kaufmann schmuggelte zweimal ein Empfangsgerät für den Bruder am DDR-Wachpersonal vorbei Bild: pa



Spielzeugsoldaten? Hunderttausende Rotarmisten standen Gewehr bei Fuß mit dem Auftrag im Kriegsfall bis ins Herz der Bundesrepublik vorzustoßen Bild: pa

Schnelle Entscheidung bei Königgrätz

Bereits wenige Wochen nach Beginn des Deutschen Krieges bereitete Preußen Österreich in Böhmen eine schwere Niederlage

Nachdem mit seiner Unterstützung im Juni 1866 der Deutsche Krieg entfesselt worden war (siehe *PAZ* Nr. 22), hoffte der Kaiser der Franzosen auf eine lange blutige Selbstzerfleischung der Deutschen, an deren Ende er als lachender Dritter mitteln konnte. Es kam anders. Der Krieg war kurz, was sowohl militärische als auch politische Gründe hatte. Und der Krieg wurde zur Überraschung vieler von Preußen gewonnen. Vor 150 Jahren fiel in einer Schlacht bei Königgrätz und Sadowa in Nordostböhmen die militärische Entscheidung.

In der Frage der Gewichtung der Gründe für den Kriegsausgang gehen die Meinungen auseinander. Unbestreitbar sind ein paar beachtliche Vorteile für die Preußen – neben dem zu unterschätzenden Kriegsglück, das auf Borussias Seite stand. Die Österreicher befanden sich – im Gegensatz zu den Preußen – in einem Zweifrontenkrieg. Im Norden kämpften sie mit ihrer Nordarmee gegen Preußen und dessen deutsche Verbündete und im Süden mit ihrer Südarmee gegen die Italiener, die entsprechend der Offensiv- und Defensivallianz vom 8. April 1866 den Preußen beisprangen. Die Österreicher konnten also im Gegensatz zu den Preußen nicht ihre gesamte Kampfkraft auf dem deutschen Kriegsschauplatz zum Einsatz bringen.

Preußen hatte die allgemeine Wehrpflicht nicht erfunden, aber perfektionierte sie und setzte sie mit preußischer Gründlichkeit und preußischer Unbestechlichkeit durch. Davon, dass sich die gehobenen Schichten nicht drücken konnten, profitierte das Niveau der Armee. Zudem kannten die Preußen im Gegensatz zu den Österreichern die Wehrpflicht bereits aus der Friedenszeit und die Wehrpflichtigen gingen entsprechend gut ausgebildet in den Krieg.

Österreichs Wirtschaft war nicht wettbewerbsfähig. Der preußische Soldatenkönig hatte auch nur über beschränkte ökonomische Ressourcen verfügt. Er hatte sich aber durch einen sauberen, effizienten Staatsapparat, strikte Sparsamkeit und entsprechende Prioritätensetzung trotzdem eine schlagkräftige Armee leisten können. Das war bei Österreich etwas anders. Das Habsburgerreich litt chronisch unter Geldmangel. und das Militär besaß keine Priorität. Preußen hingegen besaß seit dem Wiener Kongress mit dem Ruhrgebiet das schwerindustrielle Herz Deutschlands.



Schlacht von Königgrätz: Gemälde von Georg Bleibtreu *Bild: Archiv*

Mit dem Rotstift, der bei den österreichischen Streitkräften das Sagen hatte, hängt auch zusammen, dass die Österreicher noch Vorderlader verwendeten, während die Preußen bereits mit dem Zündnadelgewehr und damit mit einem Hinterlader ausgestattet waren. Das preußische Gewehr hatte den Vorteil, dass man mit ihm schneller schießen und es auch im Liegen laden konnte. Letzteres war vor allem in der Verteidigung wertvoll, weil der Soldat dann im Kampf überhaupt nicht mehr aufstehen und ein entsprechend großes und erkennbares Ziel darstellen brauchte.

Schlussendlich sei der Unterschied in der Führung genannt. Im Gegensatz zu den Österreichern hatten die Preußen einen Helmuth von Moltke als Chef des Generalstabes der Armee. Moltkes Erfolge resultierten nicht zuletzt daher, dass er der Moderne Rechnung trug. Durch die allgemeine Wehrpflicht und das Bevölkerungswachstum infolge der industriellen Revolution waren die Heere enorm angewachsen. Geschlossen waren sie kaum noch bewegungsfähig. Derart große Menschenansammlungen verstopften die Straßen und waren kaum noch in der Lage, sich aus dem Gebiet, das sie durchquerten, zu versorgen. Abgesehen davon, dass Moltke auf das moderne Transportmittel der Eisenbahn zur Beförderung setzte, zog er daraus die Lehre: „Getrennt marschieren, vereint schlagen."

Das Problem beim getrennten Marschieren war die Koordinierung und dass der Oberkommandierende nicht überall gleichzeitig sein konnte. Hierzu setzte Molke auf die Telegrafie, die eine schnelle Befehlsübermittlung über weite Strecken ermöglichte, sowie die Auftragstaktik. Wenn die Unterführer gut motiviert und ausgebildet waren sowie zur Selbständigkeit erzogen, bedurfte es gar nicht ständiger Befehle, damit sie im Sinne des Oberkommandierenden agierten, es genügte ein Auftrag.

Helmuth von Moltkes »Getrennt marschieren, vereint schlagen« wäre fast schiefgegangen

In der Entscheidungsschlacht bei Königgrätz vom 3. Juli 1866 wäre dieses „Getrennt marschieren, vereint schlagen" fast schiefgegangen. Lange mussten die Elbarmee und die Erste Armee Preußens nämlich alleine gegen die von Sachsen unterstützte österreichische Nordarmee kämpfen, die Preußen im Westen, die Österreicher und Sachsen im Osten. Doch dann kam Kronprinz Friedrich Wilhelms Zweite Armee – ersehnt wie Blüchers Preußen von den Engländern bei der Schlacht von Belle Alliance (Waterloo) – aus dem Norden und fuhr den Österreichern in die rechte Flanke. Wollten die Österreicher nicht, dass ihre Front von der Zweiten Armee vom Norden bis zum Süden aufgerollt wurde, blieb ihnen nur der schnelle Rückzug.

Durch diesen noch rechtzeitigen Rückzug der Österreicher misslang Moltke zwar im zweiten Einigungskrieg die erstrebte Umfassung, Einkreisung und anschließende Vernichtung des Gegners, die ihm im dritten Einigungskrieg dann endlich gelang. Doch war der Ausgang der Schlacht eindeutig genug, dass sie als kriegsentscheidend eingestuft werden kann. Die Österreicher verloren 42 812 Soldaten. Davon waren 330 Offiziere und 5328 Mann gefallen, 431 Offiziere und 7143 Mann verwundet, 43 Offiziere und 7367 Mann vermisst sowie 509 Offiziere und 21 661 Mann gefangen. Hinzu kamen 1501 Sachsen. Von denen waren 15 Offiziere und 120 Mann tot, 40 Offiziere und 900 Mann verwundet sowie 426 Mann vermisst. Gegenüber diesen 44 313 Österreichern und Sachsen kann man die Verluste der Preußen mit 9153 Soldaten nur als auffallend gering bezeichnen. Von jenen waren 99 Offiziere und 1830 Mann gefallen, 260 Offiziere und 6688 Mann verwundet und 276 Mann vermisst. Am Tage nach der Schlacht kam es bei einer Verhandlung zwischen hochrangigen Parlamentären zu einem bemerkenswerten Dialog.

Auf die Frage eines Preußen an seinen österreichischen Gast „Braucht Ihre Armee einen Waffenstillstand?" antwortete der Gefragte: „Mein Kaiser hat keine Armee mehr, sie ist so gut wie vernichtet."

Neben diesem frühen preußischen Sieg wenige Wochen nach Kriegsbeginn trug Ministerpräsident Otto von Bismarcks Entgegenkommen gegenüber Österreich zum schnellen Ende des Krieges bei. Der preußische Regierungschef wollte Österreich nur so weit schwächen, dass es auf die Hegemonie in Deutschland verzichtete. Und Napoleons III. Wunsch einer deutschen Selbstzerfleischung mit dem Franzosen als mittelndem, lachendem Dritten wünschte er zu durchkreuzen. Das gelang ihm auch ziemlich gut.

Daraufhin wurde in Frankreich „Rache für Sadowa" gefordert, wobei Sadowa das französische Synonym für Königgrätz ist. Auch hier zeigt sich, wie unausgewogen und undifferenziert es ist, Bismarck vorzuwerfen, er habe mit der Annexion Elsass-Lothringens 1871 die Wurzel zur deutsch-französischen Erbfeindschaft und dem französischen Revanchismus gelegt. Wie die Forderung nach „Rache für Sadowa" zeigt, bedurfte es für französische Revanchegelüste gar nicht erst der Annexion einer Provinz, es genügte schon eine ausgebliebene deutsche Selbstzerfleischung. *Manuel Ruoff*

Die Umerziehung der Saarländer

Wie Johos Kultusminister Emil Straus den Saarländern »französisch-europäischen Geist« einimpfen wollte

Am 4. Juli 1985 starb in Nizza Emil Straus, der von 1947 bis 1951 Kultusminister im ersten Kabinett des saarländischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann war. Straus war jüdischer Herkunft und 1934 zum Katholizismus konvertiert. In seiner Amtszeit griff er auch zu üblen Methoden, um die Saarländer zu „französisieren". Von 1952 bis 1955 war er Gesandter der Saarregierung in Paris.

Emil Straus kam am 7. September 1899 in Göllheim in der Pfalz zur Welt. Nach dem Besuch eines Lehrerseminars arbeitete er als Volksschullehrer. Kurze Zeit wirkte er auch bei der Israelitischen Kultusgemeinde in Frankenthal als Kantor. Seine Zwillingssöhne aus der Ehe mit Hilde Nahm kamen 1929 in Saarbrücken zur Welt. Ein Hochschulstudium schloss er 1935 mit der Dissertation über „Die gesellschaftliche Gliederung des Saargebietes" ab.

Heinrich Schneider von der Demokratischen Partei Saar (DPS) wurden nach dem Zweiten Weltkrieg in einem Gerichtsverfahren angeblich belastende Stellen aus seinem Büchlein „Unsere Saar" aus dem Jahr 1934 vorgehalten. Daraufhin zitierte er vor Gericht aus der deutschnational gehaltenen Doktorarbeit des amtierenden Ministers Straus aus dem Jahr 1935 unter anderem: „Unter Vorspiegelung wirklicher und scheinbarer Gründe wurden Gebietsteile dem Mutterland entrissen und fremder Hoheit unterstellt … Gerade das widernatürliche Staatsgebilde ‚Saargebiet' gibt Aufschluss über die Willkür, die Grenzländer aus dem Nichts geschaffen hat … Die Sehnsucht der Saar ist die Treue zur deutschen Heimat."

In seinem Werk „Das Wunder an der Saar" aus dem Jahr 1974 schreibt Schneider über die Reaktion des Gerichts: „Einige der Beisitzer konnten ein Lächeln nicht verbergen, denn Dr. Straus war inzwischen französischer Staatsangehöriger und neben Johannes Hoffmann, Erwin Müller und Edgar Hector einer der eifrigsten Verfechter französischer Interessen an der Saar geworden."

Sportverbände des Saarlandes für politische Zwecke missbraucht

Nach dem Anschluss des Saargebietes an das Deutsche Reich war Straus vor der Rassenpolitik der Nationalsozialisten nach Frankreich geflohen. In Nizza erwarb er ein Diplom im Fach „Civilisation francaise". Nach der Ausbürgerung aus Deutschland stellte er einen Antrag auf Erwerb der französischen Staatsbürgerschaft, die er erst 1947 erhielt. In der Résistance hatte er einen Offiziersrang bekleidet. Nach dem Krieg kehrte er an die Saar zurück und trat in die Christliche Volkspartei (CVP) ein. Von 1946 bis 1947 war er Direktor für Unterrichtswesen in der Verwaltungskommission des Saarlandes, von 1947 bis 1951 Kultusminister. Dem Landtag gehörte er von 1947 bis 1952 an.

Als Straus 1952 zum Saar-Botschafter in Paris ernannt wurde, wies das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" auf seine 1947 erworbene französische Staatsbürgerschaft hin. „So sehr französisch", schrieb „Der Spiegel", „fühlte er sich nun auch wieder nicht, denn als er nach dem Kriege an die Saar zurückkam, und – inzwischen zum Katholizismus übergetreten – der dortigen Christlichen Volkspartei (CVP) beitrat und für sie in den Saarlandtag ging, leugnete er in Fraktionssitzungen ab, dass er auch Franzose sei." Als Straus am 14. Juli 1948 eine Festrede halten sollte, habe sein Fraktionskollege Heinrich Danzebrink im Landtag erklärt: „Es ist bedauerlich, dass die Saarregierung zum französischen Nationalfeiertag einen Festredner vorschlägt, der seine französische Staatsangehörigkeit verleugnet."

Maliziös schrieb der „Spiegel" weiter: „Eine Erklärung für diese Wandlungen seiner Seele gab Emil Straus dem Dr. Richard Gerber, Polizeiverwaltungsdirektor des Saarlandes von 1947 bis 1948, als er ihn überreden wollte, gleich ihm in die CVP einzutreten: ‚Treten Sie bei. Sie ist die stärkste Partei und bietet die größten Chancen. Werden Sie Mitglied. Verstehen Sie doch: Politik ist ein Geschäft.'"

Wie der Saarhistoriker Albert H.V. Kraus berichtete, hatten die Gegner des Kultusministers dessen Namen „gern à la francaise", ausgesprochen, nämlich „Stroos". Das kam nicht von ungefähr, denn Straus setzte alles daran, die Saar im Sinne einer „penetration culturelle" zu französisieren.

Schneider dokumentiert in seinem Buch ein Schreiben von Straus vom 1. Juli 1948 an Ministerpräsident Hoffmann über „Geplante Verwaltungskurse in Grenoble für saarländische Studenten." Darin heißt es: „Der saarländische Beamtenkörper ist in seinen unteren und besonders in seinen mittleren Stufen noch stark von einem kleinbürgerlich-nationalistischen Geiste durchsetzt, der im gegebenen Augenblick schnell wieder in die ‚Heim-ins-Reich'-Stimmung umschlagen könnte. Die Umschulung dieser Schichten in einen französisch-europäischen Geist ist daher eine vordringliche Aufgabe."

Emil Straus trat für das Verbot von deutschfreundlichen Zeitungen ein

Als Kultusminister war Straus auch für den Sport zuständig, dem an der Saar eine hochpolitische Bedeutung zukam. Denn Frankreich und die ihm hörige Saarregierung missbrauchten den Sport und die Sportverbände, um eine „saarländische Nation" zu kreieren. Am 15. Juni 1949 hatte die Regierung des Saarlandes schon in einem offiziellen Schreiben an den Landessportbund „angeregt", alle saarländischen Verbände sollten sich „den entsprechenden französischen Verbänden" angliedern. „Die Regierung der Französischen Republik", heißt es in dem Dokument auch, „hat ihrerseits die nötigen Schritte unternommen, damit dem Ersuchen der saarländischen Verbände von Seiten der französischen Verbände entsprochen werde." Das Schreiben hatten neben Ministerpräsident Hoffmann sämtliche Minister unterzeichnet.

Eine saarländische Fußball-Nationalmannschaft – als eigenständiges Mitglied des Weltfußballverbandes FIFA – wurde ebenso gebildet wie ein saarländisches Nationales Olympisches Komitee (NOK). Der Sporthistoriker Wolfgang Harres berichtet darüber: „Durch einen diplomatischen Coup, der quellenmäßig minutiös nachgewiesen werden kann, wird die Saar in Kopenhagen am Vormittag des 15. Mai 1950 – zehn Minuten vor der Mittagspause – durch Überraschungseffekt und Verfahrenstrick Vollmitglied des Internationalen Olympischen Komitees."

Wie Schneider berichtet, hatte Straus um die Jahreswende 1950/51 versucht, den Eintritt des erfolgreichen 1. FC Saarbrücken in die deutsche Oberliga zu verhindern. Dazu hatte er das folgende Schreiben an Hoffmann gerichtet: „Die beiden saarländischen Sportzeitungen ‚Sportecho' und ‚Sport-Express' plädieren in der jüngsten Zeit allzu offen für den Eintritt des 1. FC in die Südwestdeutsche Oberliga. Ich schlage daher vor, die genannten Zeitungen zu verbieten und deren Chefredakteure bei einer neu zu gründenden Sportzeitung an untergeordneter Stelle zu verwenden. An die Spitze dieser Zeitung wäre ein zuverlässiger Sportredakteur der ‚SVZ' zu stellen." Die „Saarländische Volkszeitung" (SVZ) war das CVP-Parteiorgan. Straus schrieb weiter: „Der Bevölkerung ist die Angelegenheit so hinzustellen, als seien die beiden Zeitungen aus finanziellen Gründen eingegangen." *Michael Leh*

Liebe »Nachbarin«

Zu: Unsere Nachbarin sagt ... (Nr. 23)

Eva Herman hat in ihrer Kolumne vortrefflich ihre „Nachbarin“ beschrieben, und ich kann mir vorstellen, dass es mit einer Person, die diese Ansichten vertritt, außergewöhnlich schwierig ist, gute Beziehungen zu pflegen. Aber ich möchte Sie trösten: Nachbarn von dieser Güte gibt es sehr viele in Deutschland.

Dabei müssen sie gar nicht unbedingt in der Nähe leben. Sie sind gleichmäßig verteilt. Überproportional im Verhältnis zur Einwohnerzahl kann man sie in allen Parlamenten des Landes vorfinden. Sie sitzen in Redaktionsräumen von Fernsehen, Rundfunk, bestimmten Zeitungen und Zeitschriften. Da nämlich sind sie in ihrem Element. Persönlich kommt unsereiner mit ihnen kaum in Kontakt. Dennoch können sie einen mit ihrem Geschwätz nerven. Von dort aus verbreiten sie ihr Unwesen.

Etwas Positives habe ich dennoch entdecken können. Hermans Nachbarin lernt unsere Nationalhymne auswendig. Das stimmt hoffnungsvoll, wird aber auch höchste Zeit. Es ist spät, aber immerhin! Ich dachte stets, das Lied der Deutschen lernt man schon in der Grundschule beim Musikunterricht. Wohl ein Irrtum! Wahrscheinlich wird es auch nur die dritte Strophe sein, denn sie ist kurz und tat niemandem weh.

Vielleicht weiß die Nachbarin nicht, dass es auch eine erste und zweite Strophe gibt. Diese zu lernen, wäre ihr aber mal zu empfehlen. In der erste Strophe steht nämlich, wo Deutschlands Außengrenzen sich einst befanden, und in der zweiten Strophe wird beschrieben, worauf es im Leben wirklich ankommt.

Leider haben unsere ausländischen Nachbarn die erste Strophe mit Absicht missverstanden, sodass die junge Bundesrepublik sich seitdem nur auf die dritte Strophe beschränkt. Aber verboten sind die ersten beiden Strophen deshalb nicht. Sie dürfen in der Öffentlichkeit nur nicht gespielt und gesungen werden. Wegen der vielen großen und kleinen Nachbarn werden wir noch immer von allen Seiten, auch 70 Jahre nach Kriegsende, mit Argusaugen beobachtet.

Dies nur als Beitrag zur politischen Bildung für die „Nachbarin“.

Wilhelm Jäckel, Damme

Rote Karte für Islamisierung

Zu: Wir waren’s, wer sonst? (Nr. 24)

Die abendländisch-christlichen Gesellschaften befinden sich vor der größten Bedrohung seit Ende des Kalten Krieges. Deutsche und europäische Politiker sehen dieser Entwicklung tatenlos zu, sie behaupten sogar, der Islam gehöre zu Europa. Historisch gesehen hat der Islam niemals zu Europa gehört. Wer das behauptet, verkauft die Bürger, die ja auch Wähler sind, für dumm. Teile der Muslime wollen, da wir ja Ungläubige sind, eine bedingungslose Anpassung an die ideologische Auslegung als Weltreligion mit Anspruch auf Weltherrschaft. Die Politik verharmlost dieses Thema, und die Presse schweigt.

Bereits in vielen europäischen Staaten wie Frankreich und Großbritannien ist die Islamisierung so weit fortgeschritten, dass staatliches Recht in einigen Parallelgesellschaften nicht mehr gilt und ganze Gebiete zu Brutstätten der Anarchie geworden sind. Auch der Einfluss des Islam auf die Wirtschaft wächst immer mehr, das gleiche gilt für die Justiz. Die Vielehe, auch Bigamie genannt, wird kritiklos anerkannt und auch noch durch ein Mehr an Sozialleistungen gefördert. Müssen Jungen und Mädchen bald getrennt unterrichtet werden, weil die das so wollen? Was ist mit der Stellung der Frauen in unserer Gesellschaft, für die wir mehr als ein Jahrhundert gekämpft haben? Soll das alles aufs Spiel gesetzt werden? Deutschland und die EU sollten diesen Entwicklungen die rote Karte zeigen.

Uwe Geest, Wattenbek



Ankunft deutscher Vertriebener im „Flüchtlingsrevier“: Unbeheizte Blechhütten dienten auch im Winter als Massenunterkünfte für die Menschen aus den Ostgebieten

Bild: Archiv

Eiskalter Empfang für deutsche Vetriebene

Zu: Willkommenskultur? Fehlanzeige (Nr. 22)

Der Autor nennt die Situation der damaligen Vertriebenen und den heutigen Asylsuchern beim richtigen Namen. Dieser Artikel brachte mich um mein mühsam verdrängtes Seelenleben über diese schlimmsten Erlebnisse mit vielen Anfeindungen, Ausgrenzungen und bis heute noch immer bestehenden Demütigungen. Er ist so wahr und beschreibt auch meine Ansicht und Erfahrungen in jeglicher Hinsicht.

Was ich besonders anklage, ist das Unvermögen der Kirche, den damals Hilfesuchenden die Hand zu reichen und ihnen in diesen ausweglosen Situationen zu helfen. Wir brauchten damals Rat, um uns in einer neuen Umgebung zurecht zu finden, um eine Unterkunft zu finden und wo wir uns hinwenden konnten. Nichts war von Christlichkeit zu spüren – wortlos wurden wir einfach vor der Tür stehen gelassen. Und das in Orten, die wie ein Wunder von Kriegsgeschehnissen wenig mitbekommen hatten. Unseren Glauben an den Staat hatten wir auf dem langen Fluchtweg irgendwo verloren. Aber die Kirche hatte in dieser Zeit kläglich versagt.

Mit großer Trauer denke ich an meine Eltern, die ohne Anerkennung als Mitmenschen in großem Elend gestorben und in einer Ecke des Friedhofes beerdigt worden sind. Schlimm war es auch in Thüringen, wo wir als Flüchtlinge zuerst eintrafen. Hier war es ruhig, keine Trümmer, keine Russen – hier wollten wir neu anfangen und die bösen Geschehnisse erst einmal vergessen. Die Hoffnung hatten wir. Aber die „Befreier“, ob die Amerikaner oder danach die Russen, befreiten uns nur von dem letzten Hab und Gut und der Ehre. Wir wurden denunziert und eingesperrt. Danach kamen die vielen Verhöre, die unsäglich waren, und niemand wusste warum – vielleicht weil wir Fremde waren? Aber wir sprachen doch die gleiche Sprache – oder doch nicht? Und im Westen Deutschlands? Niemand wollte uns!

Jedenfalls war es sehr schwer, uns als Menschen zu behaupten. Arbeitsmäßig war es ganz schlimm: Erst kamen die Einheimischen dran und dann ganz zum Schluss die Flüchtlinge, wenn überhaupt. Es gab höchstens eine Arbeit mit ganz geringer Bezahlung, meistens wurde gar kein Lohn ausgezahlt. Oft, viel zu oft, stieg die Verzweiflung ins Unermessliche. Aber angekommen bin ich bis heute nicht. Der Makel, Flüchtling zu sein, haftet immer noch an mir. Ich stelle keine großen Ansprüche an das Leben, aber etwas Mitmenschlichkeit sollte ich schon verlangen. Der Mensch im Allgemeinen ist so fehlerhaft gestrickt, es kommen nur die Allerschlimmsten gut durch das Leben, anscheinend will es die Evolution so.

Und jetzt wird mir von den neuen „Flüchtlingen“ sogar das Recht zum Leben abgesprochen, weil ich eine Ungläubige bin, und es wird verachtend vor mir ausgespuckt. In welcher Zeit leben wir, wo ein Mensch den anderen so missachtet? Ich dachte, das hätten wir überwunden. Aber vielleicht bin ich schon zu alt, um dies alles zu verstehen.

Christa Jedamski, Eschborn

Doch eigennützig?

Zu: Der Danziger Anarchist (Nr. 23)

Sie schreiben relativ wohlwollend über Rupert Neudeck und seine Rettung von Bootsflüchtlingen mit der Cap Anamur in den 70er Jahren. Es gibt jedoch auch Stimmen, die ihm vorwerfen, sich durch diese Aktionen ein beträchtliches Vermögen erworben zu haben, mit anderen Worten, sich bereichert zu haben. Wenn dies zutrifft, wären seine Rettungsaktionen durchaus nicht aus reiner Menschenliebe geschehen.

So wird heute in großem Stil durch gutmenschliche Aktionen in der Asylindustrie viel Geld verdient – durch Betreuung, Alimentierung, Unterbringung, Sprachkurse, juristische und psychologische Beratung und so weiter. Für diese Rundumversorgung werden Milliarden an Steuergeldern aufgebracht, die für dringend erforderliche Investitionen fehlen – Straßenbau, Sanierung oder Bau von Schulen und Kindergärten, innere Sicherheit und vieles mehr.

Brigitte Bean-Keiffenheim, Frankfurt am Main

Strafe für »Pack«?

Zu: Geldstrafe für Pegida-Chef (Nr. 19)

Pegida-Gründer Lutz Bachmann muss nach einem Gerichtsurteil wegen Volksverhetzung eine Geldstrafe von 9600 Euro zahlen, weil er Asylsucher im Internet unter anderem als „Gelumpe“ beschimpft hat. Im Duden steht unter „Gelumpe“ als Erklärung das Wort „Pack“. Muss nun folgerichtig der SPD-Häuptling Sigmar Gabriel nicht auch wegen Volksverhetzung eine gleichhohe Geldstrafe erhalten, weil er Anhänger der Pegida-Bewegung als Pack bezeichnet hat?

Michael Klemz, Bad Malente

Leserbriefe bitte an: *Preußische Allgemeine Zeitung*, Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt



Nr. 26 – 1. Juli 2016

Die Ostpreußen kamen von nah und fern

Veranstaltet von der Landsmannschaft feierte die deutsche Bevölkerungsgruppe in Allenstein ein kunterbuntes Sommerfest



Oben: Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, und der Landesgruppenvorsitzende Manfred Schukat. Unten: Ewa Huss-Nowosielska vom Chor Ermland





Gottfried Hufenbach, stellvertretender Sprecher, im Gespräch mit Reinhard Giesen vom deutschen Generalkonsulat



Quicklebendiges deutsches Brauchtum: Die Volkstanzgruppe Saga aus Bartenstein

Bilder (6): Horns

„Ein große Familienfeier“ – so beschrieb Heinrich Hoch das diesjährige Sommerfest in Allenstein (siehe *PAZ* 25, Seite 13) in seinem Begrüßungswort. Von nah und fern seien die Ostpreußen gekommen, um hier im Amphitheater vor historischer Kulisse, neben der Ordensburg, ihre Sprache, Kultur und die eigene Identität zu pflegen, erklärte der Vorsitzender des Dachverbandes Deutscher Gesellschaften in Ermland und Masuren. Kurz beschrieb er, welchen Werdegang die deutsche Bevölkerungsgruppe in den letzten 26 Jahren genommen hat. „Die erste Gesellschaft entstand 1990 in Bischofsburg, heute sind wir eine Familie mit 22 Vereinen.“ – Und mit festem Rückhalt in der Gesellschaft. „Sie haben als deutsche Bevölkerungsgruppe das Recht hier zu sein“, erklärte denn auch Viktor Leyk, der Beauftragte des Wojewodschaftsmarschalls für Minderheiten, in seinem Grußwort. So banal der Satz klingt, so bedeutsam ist er, wenn er von offizieller polnischer Seite geäußert wird. Die mehr als 1000 Zuschauer der Veranstaltung, die von der Ostpreußischen Landsmannschaft organisiert und durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, gefördert wurde, nahmen ihn mit Freude zur Kenntnis.

Mindestens ebenso viel Freude verbreiteten natürlich die Tanzgruppen und Chöre der 22 Vereine aus dem Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM). In den kommenden sonnigen Stunden eroberten sie die Bühne und zeigten, wie lebendig deutsches Brauchtum in Ostpreußen auch im Jahre 2016 ist. So ergab sich ein vielfältiges Programm. Tanzgruppen und Chöre traten im bunten Wechsel auf. Tolle Solosänger zeigten zwischendurch, dass deutsche Schlagerhits in Allenstein mindestens genauso schmissig klingen wie jenseits der Oder.

Einer der das aus jahrelanger Erfahrung bestätigen kann, ist Manfred Schukat. Der Vorsitzende der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern, besucht das Sommerfest schon seit 25 Jahren mit seinem „Ostpreußenchor“.

Sein Fazit für 2016: „Ein gelungenes Fest, gute Gespräche, ein schöner Tag.“ *FH*



Ansteckendes Lachen: Domherr André Schmeier (oben). Unten: Sänger Mateusz Matlas. Seine Version von Bata Illic' „Michaela“ kam gut an beim Publikum



Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing [Elbląg] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Milomlyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Rontzken [Raczki] – Zalusken [Załuski], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle. Straße Nr. 22: Elbing [Elbląg] – Fichthorst [Jegłownik], Baustelle. Straße Nr. 51: Heilsberg [Lidzbark Warminski], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 54: Braunsberg [Braniewo], Baustelle. Straße Nr. 58: Bialla [Biala Piska], Baustelle; Hohenstein [Olsztynek] – Gedwangen [Jedwabno], Baustelle. Straße Nr. 59: Moythienen [Mojtyny], Brükkenumbau. Straße Nr. 63: Angerburg [Wegorzewo], Baustelle; Milken [Miłki], Baustelle; Arys [Orzysz] – Johannisburg [Pisz], Brückenbau. Straße Nr. 65: Goldap [Gołdap] – Treuburg [Olecko], Brückenbau. Straße Nr. 65a: Lyck [Ełk], Baustelle. *E.G.*

Was verbirgt sich im Mauerwald?

Radarmessungen zeigen unterirdischen Raum: Spekulationen um Bernsteinzimmer

In einer Bunkeranlage im Mauerwald in der Nähe von Angerburg in Masuren ist mittels Georadar ein Raum wiederentdeckt worden. Die Auswertung zeigte, dass sich in einem der Objekte ein ummauerter Raum von drei mal zwei Metern befindet. Wenn die Zustimmung vorliegt, wollen Forscher eine Kamera ins Innere führen, um zu klären, was in dem Raum zu sehen ist.

Der Verwalter des Bunkers vermutet, dass sich dort etwas Wertvolles verbirgt, vielleicht sogar das vermisste Bernsteinzimmer oder andere geraubte Kunstwerke. Er stützt sich bei seiner Annahme auf frühere Versuche, einen Raum zu finden. In den 50er und 60er Jahren wurde zweimal versucht, durch Sprengladungen zu dem angeblich vorhandenen Raum durchzudringen. Beide Versuche misslangen.

In den 50er Jahren hatte sich ein Mann beim Kommandierenden der Pioniereinheit der polnischen Armee, die in der Nähe von Angerburg stationiert war, gemeldet. Er behauptete, im Winter 1944/45 Zeuge der Einfahrt von deutschen Militärlastern in den Bunker gewesen zu sein, deren Ladung ins Innere des Gebäudes gebracht wurde. Der Transport sei von besonderer Aufsicht begleitet gewesen, aber der Zeuge hatte zu weit entfernt gestanden, um genau zu sehen, was entladen wurde. Unmittelbar nach dem Abladen sei der Raum zugemauert worden, so der Zeuge.

> Georadar und Kameras sollen Aufklärung bringen

Gerüchte, dass das Bernsteinzimmer im Mauerwald liegen könnte, wird durch die Tatsache genährt, dass der damalige Gauleiter von Ostpreußen, Erich Koch, Berichten von Anwohnern zufolge während seines Prozesses aus dem Gefängnis in Wartenburg in Ostpreußen nach Mauerwald transportiert worden sei, um den Ort zu offenbaren, an dem der Schatz versteckt wurde.

Die Suche nach dem Bernsteinzimmer dauert bis heute an. Es gibt viele Gerüchte über das Versteck des Schatzes. Einer von ihnen führt in das Gewölbe des Schlosses in Fürstenstein, eine andere – in die Bunker im Mauerwald. Es war das Hauptquartier der deutschen Landstreitkräfte, die 30 riesige Bunker umfasst. Sie können heute besichtigt werden.

Das erwähnte Objekt (Nummer 31) ist jedoch völlig anders als die anderen Bunker. Aus Zeugenberichten und den Hinterlassenschaften im Boden folgt, dass der Bau der monströsen Betonkonstruktion von 70 Metern Länge und 50 Metern Breite sowie 15 Metern Tiefe nicht vollendet wurde. Das Betonrechteck sieht aus wie ein großes Betonfundament, ein heimliches Labyrinth eines unvollendeten Baus.

Weil genaue Informationen und auch dir richtige Ausrüstung fehlte, wurde nach den ineffektiven Suchen diese Sache in den nachfolgenden Jahrzehnten nicht weiter verfolgt. Erst im September 2015 hat das Museum im Mauerwald die Forschungen mit dem Georadar in Auftrag gegeben. Diese neue Untersuchungsmethode sollte Aufschluss über das Inventar des unterirdischen Tunnels geben. Die Analyse der Ergebnisse und Interviews mit Spezialisten bestätigen die Existenz eines vermauerten Raumes.

Wegen dieser Entdeckung wurde nun das Gemeindeamt in Wartenburg und die Oberförsterei in Borken ersucht, die entsprechenden Genehmigungen zur Durchführung weiterer Explorationsarbeiten zu erteilen sowie Anweisungen zur künftigen Verwendung des Fundes. Der Konservator von Denkmälern in Lyck wurde um Empfehlungen für Erhaltungsmaßnahmen gebeten.

Erst wenn die bisherigen Unterlagen ausgewertet sind, soll eine Spezialkamera durch ein Loch in den geheimnisvollen Raum geführt werden. Sollten die Aufnahmen bestätigen, dass tatsächlich ein historischer Inhalt im Inneren liegt, soll die Entscheidung über eine Förderung des Fundes getroffen werden.

Leszek Chaburski

Landrat bleibt im Amt

Lötzen – Der Lötzener Landrat wurde nicht abberufen, was eine Gruppe von sechs Abgeordneten beantragt hatte. Die Kommunalpolitiker warfen Waclaw Strazewicz vor, die Aufsicht über das Kreiskrankenhaus Lötzen nur nachlässig zu führen. Ausschlaggebend für den Antrag war die Schließung der Säuglingsabteilung Ende Juni. Der ermländisch-masurische Woidwode hatte dem Antrag des Krankenhauses auf Schließung der Abteilung im Einvernehmen mit dem Staatlichen Gesundheitsfonds (Krankenkasse) zugestimmt. Als Grund dafür wurde fehlendes Personal angegeben. Die sechs antragstellenden Abgeordneten bekräftigten, dass der Landrat die Verantwortung für das Funktionieren des Krankenhauses trage. Der Antrag auf Abberufung wurde an den Rechnungsprüfungsausschuss des Kreistages verwiesen. Für die Amtsenthebung des Landrates wären elf Stimmen erforderlich gewesen, dafür stimmten allerdings nur sechs Abgeordnete, neun waren dagegen und zwei enthielten sich der Stimme. Der Kreistag des Kreises Lötzen hat 17 Abgeordnete. *PAZ*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

Ostpreußen – das ist ein weites Feld! So möchte ich ein Fontanewort auf unsere Heimat ummünzen, und wenn ich die Anfragen und Antworten durchgehe, die wir in der letzten Zeit erhalten haben, finde ich das bestätigt. Denn die Palette der Zuschriften ist breit aufgefächert und zeigt, welche unterschiedlichen Fragen – ob in territorialer, ethnologischer oder historischer Hinsicht – uns erreichen. Beginnen wir gleich mit einem wissenschaftlichen Thema, das uns Herr **Ralph Bukowski** übermittelte. Dem Apotheker aus Ebensfeld wurde ein geschichtswissenschaftliches Dissertationsthema angeboten, bei der es in erster Linie darum geht, Daten verstorbener Absolventen der Universität Erlangen und anderer Universitäten zusammenzutragen. Dass sich Herr Bukowski an uns wendet, hat zweierlei Gründe. Zum einen stammt seine Familie ursprünglich aus der Mohrunger Gegend, wenn sie auch schon seit 150 Jahren im Westen ansässig ist – zum andern handelt es sich um einen in Königsberg geborenen Mediziner, dessen persönlicher Werdegang von größter Bedeutung für die Arbeit von Ralph Bukowski ist. Während er bereits bei den gefundenen Ärzten teilweise komplette Personalbögen erhalten hat, klafft in der bisher erstellten Vita von Dr. med. **Leo Stegenwallner** eine große Lücke. Wir hoffen mit Herrn Bukowski, dass sich diese aufgrund von informativen Zuschriften aus unserem Leserkreis schließen lässt.

Folgende Angaben über den ostpreußischen Mediziner sind bekannt: Leo Stegenwallner wurde als Sohn des Provinzialsekretärs M. Stegenwallner am 20. März 1884 in Königsberg geboren. Er besuchte das königliche Friedrichskollegium und begann nach dem Abitur im Jahr 1903 mit dem Studium der Medizin, das er 1908 mit bestandenem Examen abschloss. Seine im selben Jahr abgeschlossene Dissertation „Es sollen auf Grund meiner Beobachtungen die Vorteile und Nachteile der Matreuryse erwogen werden" blieb anscheinend auch seine einzige Publikation. Sein weiterer Werdegang ist unbekannt, es ist aber anzunehmen, dass Dr. med. Stegenwallner in Ostpreußen blieb, denn 1934 hat er eine Adresse in Preußisch Holland.

Herr Bukowski wäre für jede Information dankbar, die das Leben und Wirken des Dr. Stegenwallner erhellen würde. Die Familie war evangelischer Konfession – der Name weist auf Salzburger Herkunft hin – die Daten der Eltern sind nicht bekannt, auch nicht der Mädchenname seiner Mutter. Es fehlen auch sämtliche Angaben über sein Leben, und sogar das Todesdatum ist unbekannt. Als Arzt dürfte er einen hohen Bekanntheitsgrad gehabt haben. Deshalb könnte es durchaus noch Leserinnen und Leser geben, die mit ihm oder seiner Familie in Verbindung standen. Herr Bukowski hat sich bemüht, eventuelle Nachfahren ausfindig zu machen, hat auch Namensträger gefunden; diese haben aber zu der ostpreußischen Familie keinen Bezug. Hoffen wir also auf unseren Leserkreis. (Apotheker Ralph Bukowski, Rosenstraße 19 in 96250 Ebensfeld, Telefon 09573/950260, Fax 09573/31553, E-Mail: info@swg-apo.com)

Und an den richten sich auch die nächsten Wünsche wie der von Frau **Angelika Pasenau** aus Gransee, der uns von Frau **Anita Motzkus** übermittelt wurde, die von der geborenen Memelländerin angesprochen wurde. Das hatte schon seine Berechtigung, denn Frau Motzkus war ja eines der Kinder aus dem nördlichen Ostpreußen, das in den Hungerjahren nach der russischen Okkupation bettelnd in Litauen herumirrte. Und um diese geht es Frau Pasenau, denn sie ist dabei, Bildmaterial über die sich selbst überlassenen Kinder zusammenzutragen, das für eine im kommenden Herbst in Memel stattfindende Veranstaltung bestimmt ist, die auch in der Bundesrepublik Deutschland gezeigt werden soll. Litauische und deutsche Initiatoren und ihre Helfer sind zurzeit bemüht, geeignetes Material zusammenzutragen, und zu ihnen gehört auch Frau Pasenau, die sich gemeinsam mit ihrem ebenfalls aus Ostpreußen stammenden Mann um dieses Projekt kümmert. Gesucht werden Aufnahmen aus den Nachkriegsjahren von ostpreußischen Kindern, die heimatlos waren und entweder in Heimen lebten oder von irgendwelchen Familien aufgenommen wurden. Hier nehmen natürlich die in Litauen untergekommenen sogenannten Wolfskinder eine Sonderstellung ein, aber es gab auch Kinder, die bei den in den besetzten Gebieten verbliebenen deutschen Familien Unterschlupf fanden, die in Heimen oder in Lagern lebten. Das sind nur einige Angaben, die ich einem Telefongespräch mit Frau Pasenau entnahm, aus dem ich vorerst das Wesentlichste erfahren wollte, um unsere Leserinnen und Leser in Kenntnis zu setzen. Weitere Informationen werden wir bringen, wenn wir Unterlagen über die geplante Ausstellung erhalten haben. Die heute 70-Jährige, aus einer alten Memeler Familie stammende Architektin und ihr Mann sind telefonisch unter der Nummer (03306) 2027461 erreichbar.

Ob auch sein Schulfreund nach der russischen Besetzung in seiner Heimatstadt Memel verblieb, ist unserem nächsten Fragesteller, Herrn **Reinhard Preuß**, unbekannt – er hofft aber, dass dieser mit seiner Familie die Flucht überstanden hat. Denn durch die Fluchtereignisse verloren sich beide Schulkameraden aus den Augen, und Herr Preuß hat nie etwas über den Verbleib seines Freundes erfahren können. Vielleicht gelingt es jetzt durch unsere Leserschaft, denn erfreulicherweise kann der Fragesteller mit konkreten Daten und Adressen aufwarten. Das erleichtert die Suche doch erheblich. Wahrscheinlich haben die beiden Memeler Jungen schon gemeinsam im Sandkasten gespielt, denn Reinhard Preuß schreibt, dass es sich bei **Bodo Krause** um den besten Freund aus seiner Kinder- und Schulzeit handelt, zumal sie in unmittelbarer Nähe wohnten. Bodo Krause wohnte mit seiner Familie in der Flieger-Wolff-Straße 3, er war der Sohn des Reichsbankoberinspektors **Bruno** Krause. Als die beiden Jungen im Jahr 1941 eingeschult wurden, wohnte die Familie Preuß in der Hugo-Scheu-Straße 14. Da die Jungen etwa gleichaltrig waren, müsste der gesuchte Bodo Krause – wie sein sich nun auch im Seniorenalter befindlicher Schulfreund - heute über 80 Jahre alt sein. Herr Preuß wartet auf einen Telefonanruf! (Reinhard Preuß, Telefon 06021/4391356.)



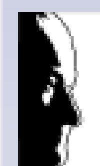
Verfallend und ohne Gedenktafel: Agnes Miegels Wohnhaus Bild: Tennigkeit

Und wir erwarten dann eine baldige Rückmeldung, die hoffentlich eine erfreuliche Nachricht beinhaltet – was leider nicht immer der Fall ist, selbst wenn die Suche erfolgversprechend war und die Freude groß sein sollte. So jetzt wieder geschehen in einer Suchsache, die ich schon als „gelöst" verkünden wollte – aber das mit dem Orakeln sollte ich lieber lassen, ich eigne mich nun einmal nicht zur Pythia. Zum Glück hatte ich auf die endgültige Bestätigung gewartet, ehe ich die Erfolgsgeschichte veröffentlichte. Es handelte sich um das in einer April-Ausgabe erschienene Anliegen eines Lesers, der eine ehemalige Studienkameradin sucht, die in den 50er Jahren mit ihm zusammen auf der Ingenieurschule für Bekleidungsindustrie in Ost-Berlin war. Seine Angaben enthielten zwar einige Fragezeichen, aber immerhin stand so viel fest, dass die etwas Ältere aus einer Königsberger Familie stammte. Dass sie später geheiratet hatte und dann einen anderen Namen trug, erschwerte natürlich die Suche. Ich hoffte auf ein paar brauchbare Hinweise, was aber dann als Kurzinfo von Leserseite kam, war schon die halbe Lösung: Fast alle von dem Suchenden gemachten Angaben trafen auf eine Berlinerin zu, deren Anschrift angegeben war. Also habe ich hoch erfreut den Suchenden benachrichtigt, der auch zwei Zuschriften aus unserem Leserkreis erhalten hatte, die ihn aber nicht weiter brachten. Nun diese informative E-Mail, die einen vollen Erfolg versprach – der Überraschte wollte es kaum glauben. Sofort schrieb er an die angegebene Adresse und – wartete vergeblich auf eine Antwort. Bis heute! Da keine Telefonnummer angegeben war, ist anzunehmen, dass die alte Dame in einer Gemeinschaft lebt, die sie betreut. Wenn der Brief sie überhaupt erreicht hat, ist es auch möglich, dass sie die unerwartete Nachricht misstrauisch macht, oder dass sie – aus welchen Gründen auch immer – nicht an jene Zeit zurückdenken will oder es auch nicht vermag. Soviel über diesen Fall, wie er im Augenblick steht.

Er ist nun zurück von der großen Ostpreußenreise mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der Schauspieler **Herbert Tennigkeit**. Wir haben bereits ein erstes Kontaktgespräch geführt, in dem er über eindrucksvolle Gedenkfeiern berichtete, dem ich aber leider auch Unerfreuliches entnehmen musste. Auf der Rundfahrt durch Königsberg hielt der Bus auch an der Hornstraße auf den Hufen, in der **Agnes Miegel** bis zur Flucht gewohnt hatte. Als Tennigkeit vor drei Jahren dort war, hat er das Haus noch in relativ gutem Zustand vorgefunden, neben der Eingangstür war eine Gedenktafel für die Dichterin angebracht. Sie zeigte ihr Porträt mit der Inschrift: „In diesem Haus lebte bis Januar 1945 die deutsche Dichterin Agnes Miegel". Und nun stand er vor einem Gebäude, das sichtbar dem Verfall preisgegeben ist – von der Gedenktafel keine Spur. Auch im Königsberger Dom fehlt die Tafel mit den Namen großer Ostpreußen, unter denen ja der von Agnes Miegel verzeichnet war. Aber damit nicht genug an Negativem: Der Schauspieler hatte Miegels großes Fluchtgedicht: „Wagen an Wagen" in sein Vortragsprogramm eingebaut und es mit spürbarer Anteilnahme der Zuhörer auf der Feier in Tilsit vorgetragen. Später hörte er, dass einige Gäste nicht an der großen Gedenkzeremonie in Insterburg teilgenommen hatten, weil sie vermuteten, dass er auch auf dieser Veranstaltung das Miegel-Gedicht lesen würde. Es ist kaum glaubhaft: offener Boykott der Dichterin dieser großartigen Vertriebenenballade auf einer Veranstaltung, die angesichts der Gräber aus beiden Weltkriegen der Versöhnung dienen sollte. Das muss man erst einmal schlucken. Zum Glück überwiegen die vielen positiven Eindrücke dieser Reise trotz mancher Schwierigkeiten, hauptsächlich verursacht durch die mehrfachen Grenzpassagen, durch die erhebliche Zeitverzögerungen entstanden. Aber das steht dann auf einem anderen Blatt, das noch beschrieben werden muss.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie" nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter" der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Ein Schlesier sinniert in Schottland über den Brexit

Tomasz Kamusella aus Czissowa und von der Universität Saint Andrews plädiert für die weitere Regionalisierung Europas

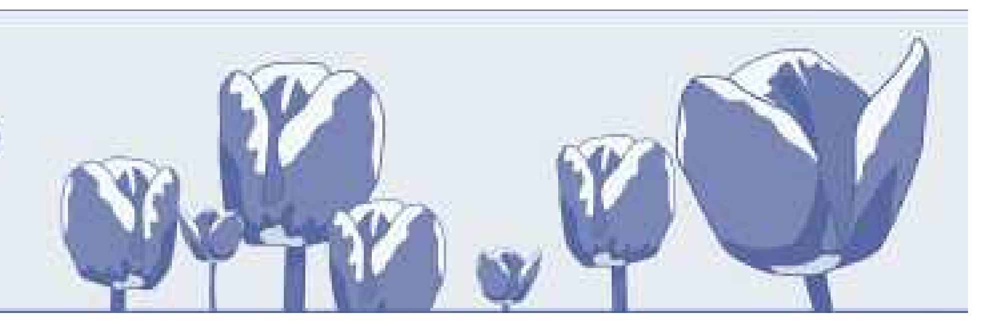
Tomasz Kamusella erweist sich einmal wieder als Querdenker. „Wieso soll Schottland oder Nordirland eigentlich mit England und Wales aus der EU ausscheiden, um möglicherweise dann als eigenständiger Staat wieder Mitglied der EU zu werden?", fragt der aus Polen stammende und an der Universität Saint Andrews lehrende Wissenschaftler, der interdisziplinäre Forschungen über die Sprache der Politik, Nationalismus und ethnische Probleme betreibt. Das könne man doch auch mit dem Verbleib in der EU bei gleichzeitiger weiterer Zugehörigkeit zum Vereinigten Königreich lösen. Auf den britischen Inseln sei letztlich vieles möglich und ohnehin sei die große Antwort des 21. Jahrhunderts die Regionalisierung von Politik. Die Isle of Man oder die Kanalinseln gehörten schließlich nach unsauberer kontinentaleuropäischer Sicht bislang auch zu Großbritannien, obwohl sie als Besitz der Krone bislang schon nicht Teil der EU waren.

Während Kamusellas polnische Wissenschaftskollegen bei Tagungen sich stets erhaben und wie selbstverständlich fragen, ob sie denn aus Warschau oder Krakau stammten, polterte Kamusella stets mit Genuss: „Ich komme aus Czissowa." Den 1800-Seelen-Ort muss man auch in Polen nicht kennen. Er ist einer der vielen kleinen Ortschaften Oberschlesiens, deren Einwohner meist selbst nicht genau wissen, ob sie denn eher Polen, Deutsche oder nach dem Beinahe-Aussterben der deutschen Sprache „Nationaloberschlesier" sind. Letztere Frage ist so auch das wissenschaftliche Lebensthema Kamusellas geworden, der damit im gegenüber London widerspenstigen Schottland Gehör findet und so das Thema in die anglophone Welt trägt. Ein Gehör, das er in Polen seit zwölf Jahren nicht mehr finden darf. Kamusella hatte damals ein Glossar über die Woiwodschaft Oppeln verfasst, das von dieser mitfinanziert wurde. In der historischen Übersicht hatte er damals die Jahre 1945 bis 1991 mit dem Satz charakterisiert: „Schlesien als Teil der unter polnischer und sowjetischer Verwaltung stehenden Ostgebiete Deutschlands". Ein Schrei der Empörung ging durch die Region. Das Buch wurde den Honoratioren nicht ausgehändigt und Kamusella ging zunächst ins wissenschaftliche Exil nach Kasachstan.

Mit seinem Umzug nach Großbritannien wurde der ungewöhnliche Wissenschaftler dann eher zum Trendsetter, denn in den folgenden Jahren zog es 850 000 noch heute dort lebende Polen auf die Insel. Polens Außenminister Witold Waszczykowski bekundete nach dem Votum der Briten gegen die EU-Mitgliedschaft nun, dass man angesichts des Brexits ernsthaft diskutieren müsse, ob eine EU unter deutsch-französischer Führung das sei, was Europa wolle. Und PiS-Chef Jaroslaw Kaczynski ließ schon vor einer Weile in einem Werbespot verkünden: „Wir Polen sind schon immer in Europa. Seit 1050 Jahren beteiligen wir uns daran, eine christliche Zivilisation auf unserem Kontinent aufzubauen." Doch der Versuch, das Ergebnis im Lichte der alten Feindschaft zu den Deutschen zu bewerten oder Polen zum Bollwerk Europas zu stilisieren, kommt bei der Mehrheit der Polen nicht mehr an. Zu offensichtlich sind den Bürgern die ganz pragmatischen Vorteile, die Polen aus der EU-Mitgliedschaft gezogen hat. Den 40-prozentigen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts seit dem Beitritt 2004 kann niemand ernsthaft leugnen. Jeder vierte Pole im Vereinigten Königreich soll Umfragen zufolge nun über eine Rückkehr nach Polen nachdenken. Besonders besorgt sind diejenigen, die noch nicht lange in Großbritannien leben und dementsprechend ohne dauerhaften Aufenthaltstitel sind. In der Internetzeitung „Polen heute" prophezeite Lukas Plewnia am Tage nach der Volksabstimmung über die Brexit-Auswirkungen für Polen: „Erst wenn die Wirtschaft so sehr leidet, dass die Arbeitslosigkeit steigt, werden die Migranten wieder nach Hause geschickt. Unfair, aber halt einfach Ökonomie."

Für Tomasz Kamusella ist ein solches Szenario persönlich keine Bedrohung, eher ein neues wissenschaftliches Untersuchungsfeld, das seinen Lehrauftrag erweitern könnte. Doch seine Botschaft der Regionalisierung der Politik war auch eine echte Botschaft für die polnischen Studierenden in Schottland, die nun ausbleiben könnten. Zumindest ein ungewöhnlicher Meinungstransfer zurück an Weichsel und Oder könnte verloren gehen. *Edmund Pander*

Wir gratulieren ...



ZUM 99. GEBURTSTAG

Saager, Lore, geb. **Drengwitz**, aus Lyck, Bismarckstraße 16, am 1. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Dittmar, Heinz, früher **Dibowski**, aus Neidenburg, am 2. Juli
Plettner, Felicitas, geb. **Wiesemann**, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 3. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Fetkenheuer, Wolfgang, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 7. Juli
Sonder, Marie, geb. **Blask**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 7. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Anger, Else, geb. **Lyssewski**, aus Sieden, Kreis Lyck, am 2. Juli
Bartsch, Dora, geb. **May**, aus Rudau, Kreis Samland, am 2. Juli
Clausen, Elise, geb. **Joswig**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 3. Juli
Derichs, Ida, geb. **Sczesny**, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 4. Juli
Fricke, Hildegard, geb. **Röder**, aus Treuburg, am 5. Juli
Hensel, Elfriede, geb. **Domieniuk**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 6. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Beyer, Edith, geb. **Gampert**, aus Lötzen, am 1. Juli
Gardner, Lydia, geb. **Thielert**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 7. Juli
Genoch, Waltraut, geb. **Kompa**, aus Maldanen, Kreis Ortelsburg, am 1. Juli
Karnahl, Margarethe, geb. **Apsel**, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, am 3. Juli
Kruppa, Ilse, aus Birkemwalde, Kreis Lyck, am 5. Juli
Meyrath, Alfred, geb. **Meyrat**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 7. Juli
Pohl, Elfriede, geb. **Grommas**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 6. Juli
Richter, Dr. Brigitte, geb. **Loertzer**, aus Lyck, Hindenburgstraße 3/4, am 3. Juli
Sander, Hildegard, geb. **Jeromin**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 1. Juli
Seidel, Elli, geb. **Krause**, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, am 5. Juli
Skalla, Hilde, geb. **Prostka**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 5. Juli
Suchodolski, Luise, geb. **Serra**, aus Alt Werder, Kreis Ortelsburg, am 2. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bandilla, Otto, aus Milussen, Kreis Lyck, am 2. Juli
Gebhardt, Alice, geb. **von Raven**, Kreis Neidenburg, am 5. Juli
Hahn, Rotraud, geb. **Holstein**, aus Königsberg, am 5. Juli
Hölger, Hildegard, aus Katrinhöfen, Kreis Samland, am 4. Juli
Hoff, Helmut, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 5. Juli
Hoffmann, Gerda, geb. **Retat**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Krüger, Anneliese, aus Lyck, am 3. Juli
Mangold, Emmi, geb. **Kowalski**, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 1. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Biskupek, Ingeborg, geb. **Till**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juli
Christukat, Hubert, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 7. Juli
Hahn, Erna, geb. **Nehmke**, aus Strobjehnen, Kreis Samland, am 4. Juli
Lenzky, Gerhard, aus Pillau, Kreis Samland, am 5. Juli
Lettau, Erika, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 6. Juli
Luxa, Norbert, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 5. Juli
Truffner, Ursula, geb. **Eckert**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 3. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bondzio, Kurt, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 5. Juli
Fibiger, Anton, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Gröneveld, Renate, aus Lyck, am 1. Juli
Hagel, Walter, aus Sieden, Kreis Lyck, am 7. Juli
Hoffmann, Werner, aus Eichmedien, Kreis Sensburg, am 2. Juli
Jaschinski, Heinz, aus Ortelsburg, am 3. Juli
Krause, Grete, geb. **Kulessa**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 2. Juli
Molch, Hildegard, geb. **Link**, aus Frauendorf, Kreis Heilsberg, am 7. Juli
Neumann, Gertrud, geb. **Liedtke**, aus Pillau, Kreis Samland, am 2. Juli
Pingel, Olga, aus Graiwen, Kreis Lötzen, am 4. Juli
Pollrich, Edith, geb. **Massat**, aus Langfriede, Kreis Ebenrode, am 2. Juli
Scheel, Hedwig, geb. **Niedzwetzki**, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 3. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Behr, Gerhard, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 7. Juli
Böttcher, Irma, aus Königsberg, Unterhaberberg 10, am 5. Juli
Brunokowski, Waltraut, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 3. Juli
Felgendreher, Heinz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 7. Juli
Fisahn, Josef, aus Moßberg, Kreis Heilsberg, am 2. Juli
Fleischer, Ursula, geb. **Suhr**, aus Bludau, Kreis Samland, am 3. Juli
Gerlach, Grete, geb. **Noetzel**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 6. Juli
Klemps, Christel, geb. **Neumann**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 2. Juli
Kositzki, Jürgen, aus Ortelsburg, am 5. Juli
Krzykowski, Artur, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 2. Juli
Mertinkat, Kurt, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 3. Juli
Olbricht, Ursul, geb. **Kriwit**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 5. Juli
Posingies, Siegfried, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 3. Juli
Purwin, Günter, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 2. Juli
Rattay, Manfred, aus Treuburg, am 3. Juli
Rogowski, Else, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 3. Juli
Visser, Edith, geb. **Margenfeld**, aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, am 7. Juli
Waschk, Erich, aus Groß Jauer, Kreis Lötzen, am 3. Juli
Wisotzki, Günther, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 5. Juli
Ziwitza, Herta, geb. **Jeromin**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 2. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Arndt, Ilse, geb. **Kaminsky**, aus Wehlau, am 3. Juli
Beyer, Gustav, aus Sodargen, Kreis Ebenrode, am 7. Juli
Böhnke, Emil, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 7. Juli
Bronnert, Horst, aus Herrendorf, Kreis Elchniederung, am 7. Juli
Bruckert, Siegfried, aus Barnen, Kreis Treuburg, am 1. Juli
Frenzel, Helga, geb. **Besteck**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 6. Juli
Gehrmann, Edith, geb. **Stegat**, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 4. Juli
Glinka, Hildegard, aus Friedrichshof-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 4. Juli
Keller, Irmgard, geb. **Schmeling**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 1. Juli
Markwitz, Helga, geb. **Lach**, aus Lindenheim, Kreis Lötzen, am 5. Juli
Mis', Irmgard, geb. Willimzik (Wellemczyk), aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 3. Juli
Mortsiefer, Ursula, geb. **Nickel**, aus Lyck, am 3. Juli
Nicolovius, Dietrich-Walter, aus Treuburg, am 4. Juli
Onisseit, Helga, geb. **Jetzkowitz**, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, am 4. Juli
Osygus, Elfriede, geb. **Jekubyk**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 3. Juli
Preuk, Wally, geb. **Lengwenus**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 1. Juli
Regutzky, Oskar, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 4. Juli
Rothaupt, Dora, geb. **Mäding**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 3. Juli

Schultze, Werner, aus Lyck, am 1. Juli
Sreball, Gerhard, aus Warten, Kreis Elchniederung, am 2. Juli
Subel, Dieter, aus Ortelsburg, am 1. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bodehüser, Irmgard, geb. **Gulatz**, aus Rhein, am 2. Juli
Häring, Hartmut, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 1. Juli
Heske, Heinz, aus Windkeim/Klein Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 4. Juli
Heuchele, Helga, geb. **Deutschmann**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Kalaschewski, Klaus-Willy, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 7. Juli
Karlberg, Horst, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 6. Juli
Kubillus, Siegfried, aus Ackeln, Kreis Elchniederung, am 6. Juli
Meyer, Gerd, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 2. Juli
Parra, Heike, geb. **Kruse**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Reiß, Horst, aus Ebenrode, am 7. Juli
Rogait, Sybille, geb. **Stadie**, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 2. Juli
Scheffler, Friedjof, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Steiner, Christa, geb. **Fischer**, aus Watzum, Kreis Samland, am 6. Juli
Thies, Rosemarie, geb. **Till**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 2. Juli

TERMINE DER LO

2016
2. bis 4. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. Oktober: Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis)
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
5. bis 6. November: OLV in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
11. bis 14. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt

2017
1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen!

Wir benötigen eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten für die Ostpreußische Landesvertretung (Mitgliederversammlung) zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60 Euro. Der Aufnahmeantrag lässt sich auf www.ostpreussen.de (Unterbereich „Mitgliedschaft“) ganz einfach herunterladen, oder Sie können ihn schriftlich anfordern bei:

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Dr. Sebastian Husen,
Bundesgeschäftsführer
Buchstraße 4
22087 Hamburg
husen@ostpreussen.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 2. Juli, 10.45 Uhr, Phoenix: Auf der Flucht – Die afrikanische Völkerwanderung.
SONNABEND, 2. Juli, 11.30 Uhr, NDR: Was wurde aus der Stasi?
SONNABEND, 2. Juli, 17.30 Uhr, Tagesschau24: Die Deutschen aus Russland. Dokumentation, D 2016.
SONNABEND, 2. Juli, 21 Uhr, ARD-alpha: Die Ostfront (3/3): „Sieg oder Sibirien“.
SONNABEND, 2. Juli, 22 Uhr, ARD-alpha: Marie Curie (2/4): Polonium, Polen und die Welt.
SONNABEND, 2. Juli, 22.30 Uhr, ARD-alpha: So werden Konflikte geschürt: 100 Jahre Sykes-Picot-Abkommen.
SONNTAG, 3. Juli, 12.35 Uhr, RBB: Unsere Geschichte – Was den Norden bewegte (61): Meine Kindheit im Harz.
SONNTAG, 3. Juli, 13.50 Uhr, Arte: Vauban – Baumeister und Feldherr. Dokumentation, L/F 2011.
SONNTAG, 3. Juli, 14 Uhr, Phoenix: Vor 90 Jahren: Gründung der „Hitlerjugend“ durch die Nationalsozialisten (4. Juli 1926).
SONNTAG, 3. Juli, 14.45 Uhr, ZDFneo: Freibeuter der Meere (3/3): Piraten des Kaisers. Dokumentation, D 2015.
SONNTAG, 3. Juli, 16.15 Uhr, Phoenix: Unsere Geschichte – Was den Norden bewegte (55): Mein 1945. Norddeutsche erinnern sich an das Kriegsende.
SONNTAG, 3. Juli, 22.15 Uhr, Tagesschau 24: Beutezüge in Wohngebieten – Teufelskreis Beschaffungskriminalität.
SONNTAG, 3. Juli, 23 Uhr, ARD-alpha: Königgrätz 1866 – „Die Fernsehtruhe extra“. Dokumentation, D 1966.
SONNTAG, 3. Juli, 2.50 Uhr, Arte: Liebesgrüße aus den Kolonien. Dokumentation, B/F 2010.
MONTAG, 4. Juli, 17.45 Uhr, 3sat: Die Büchse der Pandora – Krieg und Erfindung. Dokumentation, D 2016.
MONTAG, 4. Juli, 21 Uhr, ARD-alpha: Der Erste Weltkrieg (1/4): Mythos Tannenberg.
MONTAG, 4. Juli, 23.45 Uhr, Das Erste: Die Flakhelfer – Zwischen Luftkampf und Lateinklausur. Dokumentation, D 2016.
MONTAG, 4. Juli, 0.05 Uhr, HR: The Way Back – Der lange Weg. Verfilmung des Romans „Der lange Weg. Meine Flucht aus dem Gulag“ von Slawomir Rawicz, USA 2010.
DIENSTAG, 5. Juli, 20.15 Uhr, Arte: Aufrüstung, Abschreckung, Angst – Wie gefährlich ist der neue Ost-West-Konflikt? Dokumentation, D 2016.
DIENSTAG, 5. Juli, 22.10 Uhr, Servus TV: Napoleon (2/4): Kaiser der Franzosen (1800–1807). Dokumentation, F/D/A/I 2002.
MITTWOCH, 6. Juli, 21.17 Uhr, Tagesschau24: Der große Klau – Die Mafia der Taschendiebe.
MITTWOCH, 6. Juli, 22 Uhr, Tagesschau24: Vorsicht Trickbetrüger – Was tun gegen Langfinger & Co.?
MITTWOCH, 6. Juli, 23.30 Uhr, SWR/SR: Der Deutsche als Hunne – Hollywoods Feindbild.
MITTWOCH, 6. Juli, 1 Uhr, SWR/SR: Verbotene Filme – Das Erbe des Nazikinos. Dokumentation, D 2013.
DONNERSTAG, 7. Juli, 20.15 Uhr, Phoenix: Im Land der Lügen– Wie uns Politik und Wirtschaft mit Zahlen manipulieren.
DONNERSTAG, 7. Juli, 21.02 Uhr, Tagesschau24: Der Herzog von Ratibor hofft auf das Welterbe.
FREITAG, 8. Juli, 17.30 Uhr, Arte: Frauen, die Geschichte machten (2/6): Königin Luise. Dokumentation, D 2013.
FREITAG, 8. Juli, 17.30 Uhr, Phoenix: Nato-Gipfel in Warschau.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Montag, 8., bis Sonntag, 21. August: BJO-Sommerfahrt ins Memelland. Weitere Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Freitag, 30. September, bis Montag, 3. Oktober, Bad Honnef: BJO-Herbstseminar und BJO-Bundestreffen. Thema des Seminars: „150 Jahre Deutscher Krieg – Preußen und Österreich in Geschichte und Gegenwart“. Weitere Informationen finden Sie unter: www.facebook.com/events/1032910313418878/ 2

Donnerstag, 24., bis Sonntag, 27. November: Adventstreffen im ostpreußischen Osterode. Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Donnerstag, 29. Dezember, bis Dienstag, 3. Januar: Silvesterfahrt nach Ostpreußen: Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

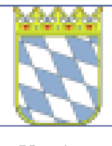


BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Frauengruppe – Dienstag, 12. Juli, 14.30 Uhr, Kleiner Saal, Haus der Heimat, Stuttgart: Die Frauengruppe trifft sich zu einem interessanten Nachmittag. Thema „Reiseberichte“. Alle Mitglieder der Frauengruppe und Kreisgruppe sind eingeladen, den Nachmittag mit eigenen Beiträgen zu bereichern. Die Landsmannschaft Westpreußen und Gäste sind herzlich eingeladen.

Ulm/Neu Ulm – Sonnabend, 9. Juli, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Monatliches Treffen. – Sonntag, 10. Juli, 18 Uhr, Donauschwäbisches Zentralmuseum: Südostdeutscher Volkstumsabend mit Musik- und Tanzvorführungen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 29. Juli, 19 Uhr, Kastaniengarten, Gastwirtschaft Röschelskeller, Gunzenhausen: Sommerabend der Landsmannschaften.

Ansbach – Sonntag, 10. Juli: Heimatfestumzug. – Sonnabend, 16. Juli, 15 Uhr, Orangerie: Gemütlicher Sommernachmittag.

Kitzingen – Freitag, 15. Juli, 15 Uhr, Hotel „Würzburger Hof“, Sommerfest bei schönem Wetter im Garten.

Landshut – Dienstag, 19. Juli, 14 Uhr, Gasthof „Zur Insel“. Badstraße 16, 84028 Landshut: Zusammenkunft.

München – Freitag, 8. Juli, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Treffen der Frauengruppe.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



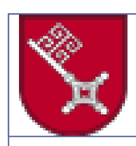
Bartenstein – Treffen der Gruppe. Anfragen bitte an Elfi Fortange, Telefon 4944404, richten.



Rastenburg – Sonntag, 3. Juli, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Königsberg – Freitag, 15. Juli, 14 Uhr, Johann–Georg–Stuben, Johann-Georg-Straße-Straße 10, 0709 Berlin-Halensee. Gemeinsames Treffen. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon 4944404.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Landesgruppe – Zur Jahreshauptversammlung 2016 der Ostpreußen in Bremen trafen sich Vorstandsmitglieder und Delegierte sowie ein Gast in der Geschäftsstelle des Bundes der Vertriebenen. Leider waren krankheits- und altersbedingt sowie aufgrund des Pfingstfestes etliche Landesvorstandsmitglieder und Delegierte nicht erschienen. Der Landesvorsitzende Helmut Gutzeit bedauerte bei seiner Begrüßung insbesondere das Fehlen sämtlicher Vertreter der Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Bremen e. V.

Der Landesvorsitzende Helmut Gutzeit berichtete ausführlich über die wirtschaftliche Lage im nördlichen Ostpreußen, die nach Aussage einer jungen russischen Familie ausgezeichnet sei. Man könne – sofern das entsprechende Geld vorhanden ist – alles kaufen. Sogar das deutsche Fernsehprogramm könne man empfangen! Der südliche Teil Ostpreußens werde leider von relativ wenigen Touristen besucht. Trotzdem ist sich Gutzeit sicher: „Ostpreußen lebt!“.

Die Vertreterin der verhinderten Frauenreferentin bedauert ebenso wie alle anderen Sitzungsteilnehmer die steigende Zahl an alters- oder krankheitsbedingten Abgängen. Auf jeden Fall werde man sich auch weiterhin regelmäßig treffen – „so lange, wie es eben geht“ –, jedoch sollen zukünftig keine Fahrten mehr unternommen werden.

Die Jahreshauptversammlung entlastet einstimmig den Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Bremen e. V.. Jörg Schulz, der Vorsitzende der Nordbremer Gruppe, lud zur 60-Jahr-Feier am 28. Mai 2016 ein. Das Durchschnittsalter seiner 42 Mitglieder sei 87 Jahre! Sein Vorstand habe einstimmig beschlossen, die Ortsgruppe aufzulösen, wenn die Mitgliederzahl auf unter 20 Personen sinkt. Danach werde man nur noch als lose Gruppe weiterarbeiten. Auch die Vorsitzende Marita Jachens-Paul von der Bremerhavener Gruppe beklagt das schwindende Interesse aufgrund des hohen Alters der Mitglieder.

Eine mündliche Einladung ergeht zum Stiftungsfest der Bremerhavener Ostpreußen am Donnerstag, dem 13. Oktober, dem Gründungstag vor 90 Jahren. Wenn auch die Anzahl der Vorstandsmitglieder aus Krankheitsgründen geschrumpft ist, so werde man alles daran setzen, die 90. Wiederkehr der Gründung 1926 in einem stimmungsvollen und würdigen Rahmen zu feiern. Die Bremerhavener Gruppe umfasst 49 Mitglieder.

Der Landesvorsitzende Helmut Gutzeit gab in einer persönlichen Erklärung bekannt, dass er sich ab sofort aus gesundheitlichen Gründen von der aktiven Arbeit zurückziehe und auf der Jahreshauptversammlung 2017 nicht wieder für das Amt des Bremer Landesvorsitzenden kandidieren werde.

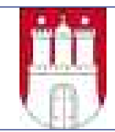
Der Landes-Kulturwart der Ostpreußen und neu gewählte Landesvorsitzende des Bremer „Bundes der Vertriebenen“, Jens Ulrich Fischer, stehe Gutzeit schon seit einiger Zeit zur Seite. Gutzeit würde ihn gern als seinen Nachfolger im Amt des Landesvorsitzenden sehen. Gutzeit wird Fischer im Laufe des Jahres 2016 in alle Amtsgeschäfte einweisen, so dass 2017 ein nahtloser Übergang erfolgen könnte.

Jens Ulrich Fischer informierte, dass er vor Kurzem eine Facebook-Seite eingerichtet habe, in dem die Bremer Ostpreußen gut dargestellt sind. Die Jahreshauptversammlung schloss mit dem Dank des Landesvorsitzender Helmut Gutzeit an alle Beteiligten für die zügige Abwicklung der Tagesordnungspunkte. Danach wurde noch einmal das Ostpreußenlied angestimmt.

Barbara Sandmann

– Ankündigung –

Der „Tag der Heimat“ des Bremer BdV findet am 24. September im Flughafenhotel statt.

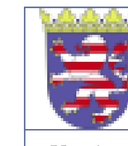


HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Sonnabend, 16. Juli, 14 bis 17 Uhr (Einlass ab 13 Uhr), Traditionshaus Lackemann, Litzowstieg 8, 22041 Hamburg-Wandsbek: Sommerfest. Im Programm: Der LAB-Chor unter Leitung von Dieter Dziobaka, Lesungen und Geschichten zum Schmunzeln sowie kleine Film-Einlagen. Das Lokal ist mit der U1 und den Bussen sehr gut zu erreichen. Vom Bahnhof Wandsbek-Markt sind es nur wenige Gehminuten. Wer von der Wandsbeker Marktstraße aus den Durchgang „Hinterm Stern“ zwischen Quarree und Hotel Tiefenthal nimmt, sieht bereits das Traditionshaus Lackemann. Parkmöglichkeiten bestehen im Quarree-Parkhaus P2. Weitere Informationen: Siegfried Grawitter, Telefon: (040) 205784.

KREISGRUPPEN



Osterode – Sonnabend, 16. Juli, 14 Uhr, Magnolien-Zimmer, Restaurant Ribling, Fuhlsbütteler Straße 755, Hamburg-Ohlsdorf: Gemütlicher Sommernachmittag mit einer gemeinsamen Kaffeetafel. Das Restaurant liegt direkt am U- und S-Bahnhof Ohlsdorf.

Heimatgottesdienst

Hamburg-Harburg – Sonntag, 17. Juli, 11 Uhr, St. Johanneskirche, Bremer Str. 9: Ostpreußischer Heimatgottesdienst. Die St. Johanneskirche ist erreichbar mit der S-Bahn, Linien S3 und S31, Station Harburg Rathaus, zehn Minuten Fußweg. Die Predigt hält Pastorin Kaiser-Reich. Im Anschluss laden wir zum Gespräch im Gemeindesaal bei Kaffee, Tee und Gebäck ein.

HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Wetzlar – Sonnabend, 2. Juli, 13 Uhr, Schützenhaus am Bobenhöllerwald, Nauborn: Grillfest. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

– Bericht –

Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Wetzlar, hält mit ihren monatlichen Treffen die Erinnerung an die ehemalige Heimat wach. Einmal mehr haben sich die Mitglieder im Restaurant Grillstuben in Wetzlar mit der Geschichte der einstigen deutschen Region beschäftigt. Roland Virnich berichtete über die Besiedlung des südlichen Ostseeraums. Dabei ging er rund 15 000 Jahre in der Historie zurück. Sein Vortrag stammt aus der Feder seines am Jahresanfang verstorbenen Vaters Rudolf Virnich. Mit dem Rückzug der Eiszeit seien einst die klimatischen Bedingungen geschaffen worden, dass das Gebiet an der Ostseeküste von Landlebewesen besiedelt werden konnte. Anhand von Bodenfunden sei nachweisbar, dass bereits in der Steinzeit Menschen dort gelebt haben. Um etwa 4000 vor Christus wanderten demnach von Osten her finno-ugrische Stämme in den Nordosten des Ostseeraumes ein und wurden im heutigen Estland und Finnland sesshaft.

Um etwa 2000 vor Christus zogen von Südosten kommend indo-europäische Baltenstämme in den Küstenbereich ein, vom heutigen Lettland im Norden bis zur Weichselmündung im Westen. Im ersten Jahrhundert nach Christi Geburt drangen Goten ins das Hinterland der an der Küste wohnenden Balten bis zur Elbe-Saale-Linie vor. Die von den Germanen verlassenen Räume besiedelten westslawische Stämme bis an die Grenzen des Sachsenreiches und des Frankenreiches. Der slawische Stamm der Wenden wagte sich sogar auf Gebiete westlich der Elbe vor und siedelte im heuti-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17



Wetzlar: Anfang des Jahres war Rudolf Virnich (Foto) verstorben. Einen Vortrag aus seiner Feder hielt nun Sohn Roland Bild: Rühl

Die schönsten deutschen Volkslieder



Der Kant-Chor aus Gumbinnen (Gusev) bittet zum musikalischen Ohrenschmaus ins niedersächsische Münster: Die schönsten Volkslieder in deutscher Sprache werden am Sonntag, 11. September, beim Auftritt in der Christuskirche in Münster-Wohlbeck erklingen. Das Konzert beginnt um 18 Uhr. Neben deutschen Volksliedern werden auch geistlichen Gesänge, lyrischen Lieder sowie russische Volksmusik vorgetragen. Der Chor besteht aus 18 Sängern und Sängerinnen. Er gehört der Kaliningrader Philharmonie an. Soli und Duette werden von einer Pianistin begleitet.

In Deutschland werden seine Auftritte stets besonders begeistert aufgenommen. Weitere Informationen: Sigrid Bernitz, Telefon (02506) 7575

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

gen Wendland, das ist die Gegend östlich von Lüneburg, aber südwestlich der Elbe.

Zeugen dieser Besiedelung sind die heute noch genutzten Dörfer mit nur einem einzigen Zugang ins Dorf, die sogenannten Rundlinge. Das Land am Meer zwischen Elbe und Oder wurde von den slawischen Stämmen besiedelt, deren Gebiete so nach und nach in die südlich benachbarten deutschen Fürstentümer der Sachsen unter Heinrich dem Löwen und von Brandenburg einbezogen wurden und damit zum Heiligen Römischen Reich gehörten.

Virnich wusste auch zu berichten, dass einst die Haupthandelsware der Bernstein war, ein klarer bis undurchsichtiger gelber Schmuckstein aus fossilem Harz.

Christliche Missionare versuchten die Balten zum Christentum zu bekehren und erlitten dabei oft Missliches. So wurde beispielsweise der Prager Bischof Adalbert im Jahr 997 von den Pruzzen auf einer Missionsreise an einem unbekannten Ort an der Ostsee erschlagen. Zwölf Jahre später wurde ein weiterer Missionar, Brun von Querfurt, ebenfalls von den Pruzzen getötet. Danach fand für fast 200 Jahre kein weiterer Missionar seinen Weg ins Pruzzenland. Ab 1231 zogen Truppen des Deutschen Ordens zunächst in das Kulmer Land und eroberten, von dort aus im Nordwesten das außerhalb der Grenzen des Heiligen Römischen Reiches gelegene Herzogtum Pommerellen und dann an der Küste entlang immer weiter nach Nordosten vorrückend, das heutige Ostpreußen mit Ausnahme des Ermlandes. Das Großherzogtum Litauen wehrte sich mit aller Macht gegen die Angriffe des Deutschen Ordens und seine Missionierungsversuche. Der litauische Großherzog Jagiello heiratete 1386 die polnische Königin Hedwig. Er trat daher mit seinem Volk zum Christentum über.

Da der Deutsche Orden diesen Übertritt nicht anerkannte, vereinigte der Großherzog das polnische mit dem litauischen Heer und trat mit ihnen gegen ein großes Heeresaufgebot des Deutschen Ordens zum Kampf an, den sie 1410 bei Tannenberg/Grunwald vernichtend schlagen konnten. Der Deutsche Orden verlor im Anschluss an diese Niederlage nach und nach an Bedeutung. Der Krieg gegen die Litauer endete erst 1422 mit dem Friedensschluss von Meldensee nach 177 Jahren. Die im Westen des Ordensstaates gelegenen Landesteile einschließlich des Ermlandes gingen an das Königreich Polen verloren und hießen fortan Königliches Preußen. Geschwächt, verschuldet und zur Bedeutungslosigkeit abgesunken, wurde der Ordensstaat 1525 in ein weltliches Herzogtum umgewandelt, das der regierende Hochmeister Albrecht von Brandenburg vom polnischen König zu Lehen nahm. Der Orden in Preußen selbst wurde aufgelöst und gleichzeitig die Reformation eingeführt.

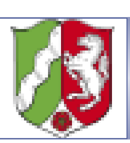
Wiesbaden – Dienstag, 12. Juli, 15 Uhr, Gaststätte beim Wiesbadener Tennis- und Hockey-Club, Wiesbaden-Nerotal: Treffen der Frauengruppe mit Kaffeetrinken im Grünen. Anfahrt: Mit dem ESWE-Bus der Linie 1 bis zur Haltestelle Nerotal (Endhaltestelle). Wer Lust zu einem Spaziergang hat, steigt bereits an der Haltestelle „Kriegerdenkmal“ aus. Von dort geht die Gruppe um 14.30 Uhr durch die Nerotal-Anlage zur Gaststätte. Organisation und Leitung Helga Kukwa. –Donnerstag, 23. Juli, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Wegen der Platzdisposition bitte anmelden bis spätestens 8. Juli, bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938. Anfahrt mit dem ESWE-Bus der Linie 16, Haltestelle: Ostpreußenstraße.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Rinteln – Donnerstag, 14. Juli, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Beim Monatstreffen der Gruppe wird Jürgen Kaupel aus seinem Leben berichten: „Meine Geschichte von Königsberg bis Rinteln“. Angehörige und Freunde sowie interessierte Gäste aus Nah und Fern sind ebenfalls herzlich willkommen. Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit der Gruppe gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 53 86 oder über: rebuschat@web.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Jeweils am ersten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer, Stadthalle: Treffen der Frauengruppe. – Jeweils am dritten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer: Stammtisch. Gäste herzlich willkommen.

Bielefeld – Montag, 4. Juli, 15 Uhr, 2. Stock, Wilhelmstraße 1B, 33602 Bielefeld: Treffen der Frauengruppe. – Donnerstag, 7. Juli, 15 Uhr, 2. Stock, Wilhelmstraße 1B: Stammtisch der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. Donnerstag, 14. Juli, 15 Uhr, 2. Stock, Wilhelmstraße 1B: Treffen des Literaturkreises.

Dortmund – Montag, 18. Juli, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenschule (Eingang Märkische Straße): Gemeinsames Treffen.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Freitag, 8. Juli, Restaurant Lauren's, Bismarkkstraße 62: Stammtisch. – Donnerstag, 14. Juli, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals.

Gütersloh – Sonnabend, 9. Juli: Seniorenfahrt. Stadt, Kirche, Museum, Schloss oder schöner Park? Bitte teilen Sie uns mit, wohin Sie gerne fahren würden und wir versuchen es zu realisieren. 10 Euro Kostenbeteiligung (für Fahrt, Eintrittsgelder und Kaffeetrinken) werden im Bus eingesammelt. Nicht-Senioren unter 65 Jahre und Nicht-Mitglieder zahlen 15 Euro. Melden Sie sich bei Josef Block, Telefon (05241) 34841 oder Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211. – Donnerstag, 21. Juli, 15 Uhr, Café Villa Dr. Murken, Neuenkirchener Straße 12: Treffen der Frauengruppe. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422. – Der Ostpreußischer Singkreis trifft sich in unregelmäßigen Abständen montags von 15 bis 17 Uhr in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13. Neue „Drosseln“ sind immer gerne willkommen, egal ob männliche oder weibliche. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Neuss – Sonnabend, 16. Juli, 12 Uhr, an der Cornelius-Kirche, Neuss-Erfttal: Großes Grillfest mit ostpreußischen Spezialitäten.

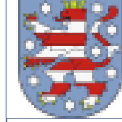


SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Neumünster – Mittwoch, 13. Juli, 15 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: Damit der Alltag für Senioren einfach wird, informiert der Leiter der Orthopädie-Technik-Nord (OTN).

Uetersen – Dienstag, 5. Juli: „Busfahrt ins Blaue“, gemeinsame Veranstaltung mit dem Verein zur Erhaltung ostdeutschen Kulturgutes und dem KvD.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 231414.

Eisenach – Dienstag, 12. Juli, 14.30 Uhr, Rot-Kreuz-Weg 1: Heimatnachmittag der Ost- und Westpreußen.

Schmalkalden – Dienstag, 7. Juli, 14 Uhr, Club der Volkssolidarität: Heimatnachmittag der Gruppe „Immanuel Kant“.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Lehrstühle für Heimatvertriebene

Der Bund der Vertriebenen (BdV) Bayern fordert Lehrstühle für die Heimatgebiete. In seiner Klausurtagung erörterte der BdV kürzlich, welchen Stellenwert das Thema „Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa“ an den Universitäten und Forschungseinrichtungen der Bundesrepublik einnimmt und ist zu der Erkenntnis gekommen, dass eine ganze Reihe an schmerzlichen Lücken zu beklagen sei. So gebe es beispielsweise nicht einmal für große Regionen wie Ostpreußen oder Pommern, die über Jahrhunderte auf das Engste mit der Geschichte der deutschen Nation verbunden waren, eigene landesgeschichtliche Lehrstühle.

Den Historikern in den östlichen Nachbarländern drohten, auf diese Weise zunehmend die Partner in Deutschland für eine gemeinsame wissenschaftliche Beschäftigung mit dem kulturellen Erbe der Vertreibungsgebiete verloren zu gehen, so das Fazit der Kulturtagung.

Der BdV-Bayern appelliert daher vor allem an die Bundesländer, die Patenschaften über historische Staats- und Siedlungsgebiete im Osten übernommen haben, aber auch an den Bund, entsprechende Professuren und Forschungsstellen einzurichten beziehungsweise bestehende auszubauen.

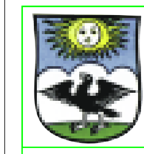
Dabei sollten, so der Landesvorsitzende Christian Knauer, in Bayern die Kultur und Geschichte der Deutschen in den böhmischen Ländern besondere Beachtung finden. *EB*



Angetreten mit einem wichtigen Anliegen: Die Teilnehmer der Kulturtagung des BdV-Landesausschusses fordern Professorenstellen für die Heimatgebiete Bild: BdV Bayern

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

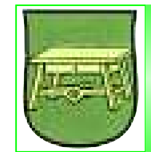


ANGERAPP (DARKEHMEN)

Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Telefon (04102) 823300, Internet: www.angerapp.com

Heimattreffen

Sonnabend, 2. bis Sonntag, 3. Juli, Handeloh: Heimattreffen in der Lüneburger Heide im Hotel Fuchs, Hauptstraße 35, Handeloh.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Jugendtreffen

21. bis 31. Juli und 26. Juli bis 8. August, Otterndorf: Deutsch-russisches Kinderferienlager und Jugendbegegnung in der Jugendherberge Otterndorf, Schleusenstraße 147, 21762 Otterndorf. Anmeldung beim Jugendbeauftragten: Norbert Schattauer, Landesstraße 19, 21776 Wanna, Telefon (04757) 463, E-Mail: schattauer-wanna@t-online.de.



INSTERBURG – STADT UND LAND

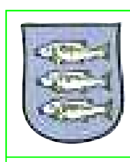
Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Termine der Heimatgruppen

Heimatgruppe Darmstadt: Jeweils Samstag um 11.30 Uhr Stammtisch am 16. Juli und 10. September. Veranstaltungsort: Taverna Hellas, Griechisches Grillrestaurant, Bahnhofstraße 17, 62491 Darmstadt-Wixhausen.

Heimatgruppe Köln: Treffen jeweils am 4. Mittwoch im Monat. Nächste Zusammenkunft am Mittwoch, 27. Juli. Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

Heimatgruppe Kiel: Treffen in jedem Monat am zweiten Donnerstag im Café Rebecca in der Matthias-Claudius-Kirche in Kiel-Suchsdorf. Informationen: Hellmut Jucknat, Telefon (0431) 311972.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Kirchenkonzerte in Lötzen

An jedem Sonntag, vom 3. Juli bis einschließlich 28. August finden in der evangelischen Kirche in Lötzen (Gizycko) Orgelkonzerte statt. Sie beginnen stets um 19 Uhr. Zu hören sind nicht nur Werke für Orgel, in der Regel treten auch kammermusikalische Ensembles auf.

Bücher aus 100 Jahren

Das siebte Jahr in Folge bietet das Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt Neumünster einen Buchmarkt unter der Bezeichnung „Bücher aus 100 Jahren“ an. Wenn sich in der Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung) am Sonnabend, 16. Juli, um 10 Uhr die Türen öffnen, werden Bücherfreunde wieder voll auf ihre Kosten kommen. Fleißig ist von den Betreuern des Lötzener Archivs und Heimatmuseums in den vergangenen Monaten gesammelt worden: Im Freundes- und Bekanntenkreis, in der Familie und in der Nachbarschaft. Auch der private und viel zu umfangreiche Buchbestand wurde in den Wintermonaten gründlich auf Verzichtbares durchforstet. Hinzu kommen Dubletten aus Bücherspenden, die nicht dem Lötzener Buchbestand zugeordnet werden konnten. So ist wieder eine bunte Mischung zusammengekommen: Sachbücher, vor allem zu geschichtlichen und heimatkundlichen Themen, aber auch über Kunst und Religion, finden sich neben Belletristik, von Klassikerausgaben über Lyrik hin zu Kinderbüchern. Das älteste Buch, das dieses Mal angeboten wird, wurde 1838 gedruckt: „Der Cavalier auf Reisen im Jahr 1837“! Die jüngsten Bücher sind Taschenbücher, die im vergangenen Jahr erschienen sind. Alle Bücher sind in einem neuwertigen Zustand! Nur diejenigen, die bereits Jahrzehnte alt sind, tragen mitunter altersbedingte Abnutzungsspuren. Die Mehrzahl der Bücher wird – hoffentlich – für wenig Geld den Besitzer wechseln; nur im Ausnahmefall wird für besonders gestaltete oder seltene Bücher der Betrag von vier oder fünf Euro erbeten. Der Erlös der Buchmarktes

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 17

kommt der Museumsarbeit zugute. Der Lötzener Ausstellungs- und Veranstaltungsraum ist an diesem Sonnabend bis 16 Uhr geöffnet. Den Besuchern bietet sich ein letztes Mal die Gelegenheit, die Kunstwerke der Sonderausstellung „Weite und Heimlichkeit – die Landschaft Masurens in Werken ostpreußischer Künstler“ (überwiegend Leihgaben des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg) zu betrachten.



RÖSSEL

Kreisvertreter (komm.): Paul Thiel, Haydnstraße 23, 66333 Völklingen, Telefon (06898) 25327. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Heese-Greve, 23562 Lübeck, Tel. (0451) 58249090.

Treffen im Haus Mariengrund

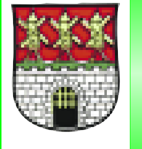
4. bis 6. Juli, Münster: Scheller-Treffen im Haus Mariengrund, Nünningweg 131, 48161 Münster. Anmeldung: Werner Flack, Telefon (02303) 63472.

Aufruf zum Hauptkreistreffen

Es ist nie zu spät! Großeltern und Eltern schafften es immer wieder, nach Flucht und Vertreibung die Erinnerung an ihre Heimat zu erhalten. Auch für mich ist die Bedeutung der Heimat und diese Erinnerung wieder gewachsen. Es sind unsere Wurzeln, die uns stark machen.

Ich habe die Bitte, liebe Landsleute, Verwandte, Freunde und Bekannte, kommt zum Treffen der Kreisgemeinschaft am 17. und 18. September nach Neuss! Die Verantwortlichen haben in den vergangenen Jahren keine Mühen gescheut, das Treffen eindrucksvoll zu gestalten. Bekanntlich kann der Mensch vieles entbehren, nur den Menschen nicht. Also nehmt die Gelegenheit wahr und kommt zum Treffen von Sonnabend bis Sonntag nach Neuss. Für Übernachtungsgäste gibt es kurze Fußwege zur Veranstaltung: Im Ibis-Hotel, Telefon (02131) 1040, kostet das Einzelzimmer 59 Euro und das Doppelzimmer 69 Euro inklusive Frühstück. Auch Landsleute aus anderen Heimatkreisen, die Verbindungen zum Kreis Rößel haben, sind uns herzlich willkommen. Eine Anmeldung wäre schön bei Uschi Schlempke, Telefon (02131) 28633, ist aber keine Voraussetzung.

Zum Programm des Hauptkreistreffens: Am Sonnabend, den 17. September, findet ein Multimedia-Vortrag mit Lichtbildern und Musik statt. Gisela Heese liest aus dem dreibändigen biografisch-dokumentarischen Roman „Kinokinder – Geschichte einer Kinofamilie aus Bischofsburg, Kreis Rößel (1909 bis 1945)“.



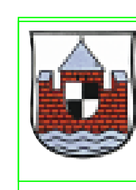
SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Heimatbrief

Liebe Mitglieder und Freunde der Kreisgemeinschaft Schlossberg, über Zusendungen von Beiträgen oder Leserbriefen für unseren diesjährigen Heimatbrief würden wir uns sehr freuen. Sollten Sie einen interessanten Beitrag für uns haben, dann sollte der Eingang der Zulieferung bis spätestens zum 1. September erfolgen. Bitte schicken sie ihn an: heimatbrief-schlossberg@web.de oder d-wiemer@versanet.de

Beiträge, die per Computer abgeschrieben werden müssen, sollten spätestens Mitte August in der Geschäftsstelle eingehen. Die Adresse: Kreisgemeinschaft Schloßberg (Ostpreußen), Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen/Luhe.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Dr. Eitel Hölzer verstorben

Wir trauern um unser langjähriges Mitglied der Tilsiter Stadtvertretung Dr. Eitel Hölzler. 1930 in Tilsit geboren musste er mit 14 Jahren seine Heimatstadt verlassen und gelangte in die Altmark, wo er von 1945 bis 1949 als Landarbeiter tätig war. Nach dem Besuch der ABF in Halle/Saale studierte er Germanistik und unterrichtete bis 1959 im Schuldienst. Die folgenden drei Jahrzehnte verbrachte er in Lehre und Forschung an der Pädagogischen Fakultät der Martin-Luther-Universität, wo er auch promoviert wurde. Gleich nach der Wende organisierte er das erste Schultreffen der Senteiner-Schule, welches sich steigender Beliebtheit erfreute und seitdem alljährlich stattfand. Als Schulsprecher wurde er in die Tilsiter Stadtvertretung gewählt, wo er mit seinen Ideen und mit seinem organisatorischen Geschick Lob und Anerkennung fand. Wir werden ihn sehr vermissen und sein Wirken dankbar bewahren.

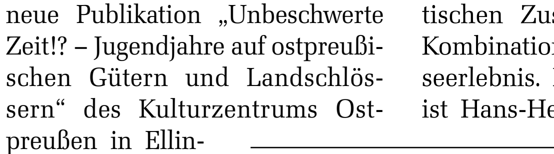

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Adel im Interview

Vom Leben auf ostpreußischen Gütern

Die besondere Lebenswelt des ostpreußischen Adels auf Gut Groß Klitten der Familie von Gottberg, dem Rittergut Juditten der Familie von Kuenheim, dem Gut Lenken der Familie von Sperber, dem Rittergut Waldburg-Capustigall der Grafen zu Dohna und zehn weiteren ostpreußischen Gütern und Landschlössern beschreiben die Tondokumente von Befragungen noch lebender Zeitzeugen, die diese Güter bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges bewohnten.

Diese Tondokumente sind in die neue Publikation „Unbeschwerte Zeit!? – Jugendjahre auf ostpreußischen Gütern und Landschlössern“ des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen eingebettet. Gegenwärtig besteht die letzte Gelegenheit, durch persönliche Befragungen diese besondere Lebenswelt des ostpreußischen Adels festzuhalten, die 1945 unwiderruflich zu Ende ging. Im Frühjahr 2014 begann das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen deshalb dieses Zeitzeugenprojekt.



Vertreter von adligen Familien wurden zu ihren Wohnsitzen, Kindheitserlebnissen oder zum Alltagsleben interviewt. Aber auch Themen wie Stellung der Familie zur damaligen Politik und Flucht aus Ostpreußen wurden behandelt. Auf diese Weise sind persönliche Erlebnisse berichtet worden, wie sie in anderen Erinnerungswerken in dieser Konzentration und Vielfalt kaum zu finden sind. Unterschiedliche Perspektiven haben sich zwangsläufig ergeben und zeichnen ein facettenreiches Bild Ostpreußens und seines dort oft schon jahrhundertelang lebenden Adels.

Bis ins Jahr 2015 sind insgesamt 16 Interviews geführt worden. Die interessantesten Passagen wurden den entsprechenden Themen zugeordnet und fanden Platz auf zwei CDs. Das Begleitheft stellt in kurzen Texten die adligen Wohnsitze und die Familiengeschichten vor. Zahlreiche historische Abbildungen werden, soweit die Güter heute noch bestehen, durch aktuelle Bilder ergänzt.

Projektleiter war Wolfgang Freyberg, der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen. Seine Mitarbeiter in Ellingen und er waren verantwortlich für die Erarbeitung und Gestaltung des Heftes. Als Projektmitarbeiterin, zuständig für die Interviews, die inhaltliche und technische Zusammenstellung der CDs, konnte Gabriela Czarkowska-Kusajda gewonnen werden, die bereits erfolgreich das Zeitzeugenprojekt „Allenstein – Stadt unserer Jugend“ initiiert und mitgestaltet hat.

Ein solches Vorhaben ist für Ostpreußen bisher noch nicht realisiert worden. Sein besonderer Reiz liegt im akustischen und optischen Zusammenspiel, in der Kombination von Hör- und Leseerlebnis. Besonders zu danken ist Hans-Heinrich von Knobloch und dem von ihm geleiteten Verband „Der Historische Ostpreußische Adel“. Mit seiner Hilfe war es möglich, die notwendigen Interviewpartner zu finden. Allen Personen, die zu den inhaltsreichen Auskünften bereit waren, gebührt größter Dank. Nur so konnte das Projekt in dieser Form realisiert werden. Finanzielle Unterstützung stellte dankenswerterweise das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration zur Verfügung.

Das 40-seitige, reich bebilderte Heft mit den beiden CDs kann für neun Euro zuzüglich Porto und Verpackung bezogen werden bei: Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440 oder info@kulturzentrum-ostpreussen.de.

M. Fritsche

Angemessen geehrt

300 000 Tote forderte die Schlacht bei Verdun. Peter Guens Urgroßvater war einer davon

„Als Mitglied der Vermächtnis-Generation schätze ich meine ostpreußische Herkunft sehr“, schreibt Peter Guen. Der 52-jährige deutsch-amerikanische Jurist arbeitet beim internationalen Währungsfonds im Washington. Seine Mutter stammt aus Königsberg. In der *PAZ* (Nummer 1, 2016) beschrieb er ihre Reise, die sie nach 70 Jahren erstmals wieder in ihre Heimatstadt führte. Nun berichtet er über den bewegenden Besuch am Grab des Urgroßvaters. Als Soldat des Ersten Weltkrieges fiel er vor 100 Jahren bei Verdun.

Das Telegramm, das meine ostpreußische Urgroßmutter zum Tode meines Urgroßvaters im April 1916 erhielt, hat sie Zeit ihres Lebens aufbewahrt. Albert Salomon sei für die Ehre des Vaterlandes gefallen, hieß es darin schlicht.

Leider wusste ich nicht, wo er begraben ist. Anlässlich des Ostpreußen-Treffens 2013 in Kassel, wandte ich mich an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Sie konnten mir weiterhelfen und wussten, auf welchem Friedhof bei Verdun mein Urgroßvater in einem Massengrab seine letzte Ruhe gefunden hat.

Als jetzt der 100. Jahrestag der Schlacht anstand und eine Gedenkfeier organisiert wurde, dachte ich, dass nun endlich die Zeit gekommen sei, sein Grab als erstes Familienmitglied zu besuchen. Ich flog zunächst nach Deutschland. In Aachen holte ich den bestellten Kranz mit Gedenkschleife ab. Danach fuhr ich über die Grenze nach Verdun. Die erste Gedenkveranstaltung wurde vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge organisiert. Sie fand in Romagne-sous-Montfaucon, einer deutschen Kriegsgräberstätte nördlich von Verdun, statt.

Viele Leute waren extra aus Deutschland angereist. Hauptsächlich sah ich junge Menschen. Als eine Art Ehrengarde reihten sich die Pfadfinder auf und sangen bewegende Volkslieder. Teil der Veranstaltung war auch eine richtige Beisetzung. Zur letzten Ruhe gebettet wurde ein damals 19jährigen Soldat, der nun 100 Jahre später endlich identifiziert worden war. Es war ein junger Mann aus Ratzeburg. Schüler aus dieser Stadt lasen zu seinem Gedenken Soldaten-Briefe aus dem Ersten Weltkrieg vor. Eine Musikkapelle spielte zu seinem Ehren. Eine deutsche Pfarrerin hielt die Beisetzung ab, und es fühlte sich ein bisschen so an, wie an der Beerdigung meines ostpreußischen Urgroßvaters teilzunehmen. Ich schämte mich meiner Tränen nicht, als ein französicher Offizier, dem jungen Kriegstoten salutierte.

Danach fuhr ich zum Friedhof, auf dem mein Urgroßvater beerdigt ist. Er lag etwa 50 Fahrminuten entfernt. Schön war es zu sehen, dass der Platz vom Volksbund genauso sorgfältig gepflegt war, wie alle anderen Kriegsgräberstätten auch. Ich blieb lange dort. Das Leid, das der Krieg über die Generationen gebracht hat, ging an meinem geistigen Auge vorbei. Mein Großvater hatte mit zwei Jahren seinen Vater verloren. Die Witwe, meine Urgroßmutter, stand mit vier kleinen Kindern alleine da.


Der Autor Peter Guen auf den Spuren seines Urgroßvaters Bild: privat

Am nächsten Tag war ich dann zur großen offiziellen 100-jährigen Gedenkfeier auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Douaumont eingeladen. Sie wurde von Präsidenten Francois Hollande und der Kanzlerin Angela Merkel abgehalten. Es war eine schöne und bewegende Feier. Gedacht wurde den Opfern einer 300 Tage währenden Schlacht, die mindestens 300 000 Soldaten das Leben gekostet hat. 400 000 wurden verwundet.

Besonders berührend war es anzusehen, wie viele Nachkommen Bilder ihrer gefallenen Urgroßväter oder Großväter in der Hand hielten. Ich selbst hatte auch ein Bild meines Urgroßvaters bei mir. Zusammen gingen wir zur Flamme, die Merkel und Hollande entzündet hatten. Wir legten die Bilder unserer Vorfahren als Geste der Versöhnung davor. Für mich persönlich bedeutete es die Gewissheit, dass nun mein ostpreußischer Vorfahre angemessen geehrt worden war.



Oben: Auch zehntausende Ostpreußen kämpften und starben im Ersten Weltkrieg bei Verdun.
Rechts: Ehrung für einen Gefallenen aus Ratzeburg Bilder (2): privat

Bauten aus Backstein

Zeugnisse sakraler und profaner Backsteinarchitektur prägen bis heute die Landschaften der südlichen Ostsee, insbesondere von Deutschland über Polen bis nach Litauen und Lettland. Eine Ausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg bietet nun anhand von ausgewählten Beispielen einen Einblick in die aktuelle Forschung und zeigt Aspekte des heutigen Umgangs mit den ebenso historisch wertvollen wie ästhetisch ansprechenden mittelalterlichen Backsteinbauten. Sie ist noch bis zum 28. August geöffnet. Der Eintritt für „Backsteinarchitektur im Ostseeraum – Neue Perspektiven der Forschung“ kostet drei Euro. Geöffnet ist die Ausstellung dienstags bis sonntags von 12 bis 17 Uhr. Weitere Informationen: Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, E-Mail: info@brauereimuseum-lueneburg.de Internet: www.brauereimuseum-lueneburg.de

Trakehner auf Olympiakurs

Die konstant ansteigende Form des 13 Jahre alten Hengstes berechtige zu den schönsten Hoffnungen, freut sich derzeit der Trakehner-Verband. Imperio, so der Name des Vierbeiners, ist aktuell das Top-Dressurpferd ostpreußischer Herkunft in der Bundesrepublik. Auf die erweiterte Liste für die Olympischen Spiele in Rio de Janeiro haben es „Impi“ und sein Reiter Hubertus Schmidt aus Borchen bei Paderborn schon geschafft. Ob sie das Ticket nach Südamerika tatsächlich lösen, entscheidet sich beim großen Turnier in Aachen vom 13. bis 17. Juli. Beim Turnier in Balve Anfang Juni reichte es allerdings nur für zwei fünfte und einen sechsten Platz. „Mein Fehler, ich wollte zuviel“, gibt Reiter Schmidt zu. Für Aachen verspricht er Besserung. *FH*

Geduldet, nie geachtet

Beispielhaft für viele erzählt Ingrid Stahn vom Leben, Leiden und Ankommen der Flüchtlingsgeneration



In ihrem Buch mit dem Titel „Von Friedland in Ostpreußen an den Jacobsweg“ erzählt Ingrid Stahn aus Naumburg ihren Lebensweg in der Form eines biografischen Romans. Sie wählte die Außenperspektive und schreibt in der dritten Person von sich selbst als der kleinen Andrea. Auf dem Weg aus Friedland bei Königsberg über die Ostsee bis nach Thüringen hat das kleine Mädchen Grauenhaftes gesehen und miterlebt.

Andrea war drei und ihr Bruder sieben Jahre alt, als ihre Mutter Ende Dezember 1944 mit ihren Kindern zur Flucht aufbrach. Das Jüngste, Baby Sybille, schob sie im Kinderwagen. Der Vater war am 3. April 1944 gefallen. Die junge Witwe hat mit ihren Kindern einen schrecklichen Marsch vor sich. Wochenlang waren sie zu Fuß und bei minus 20 Grad unterwegs. Nachts wurden sie in Sammelstellen untergebracht, wo sie mit Tee, Zwieback oder Suppe verpflegt wurden. Ihre Glieder waren steif und gefühllos von der Kälte, Nase und Ohren drohten abzufrieren.

Ingrid Spahns Bericht enthält manche allgemeingültigen Schilderungen und beruht zwangsläufig auf den Erinnerungen anderer Personen, vor allem wohl denjenigen ihrer Mutter und ihres Bruders. Eindringlich bleibt er trotzdem. An den Wegrändern lagen Leichen und Tierkadaver in furchterregenden Positionen. Das Baby erhielt keine Milch, wurde immer apathischer. Der Kinderwagen wurde nass von den Exkrementen, das Bettchen fror zu Eis.

Hilflos musste die Mutter zusehen, wie ihr Kind starb. Als die Familie hinter Heiligenbeil das Eis der Frischen Nehrung betrat, war das Baby schon tot. Nun wurden sie auch noch von russischen Tieffliegern beschossen. An den Stellen, wo Tage zuvor Menschen mit ihren Pferdegespannen eingebrochen und versunken waren, hatte sich das Eis wieder geschlossen.

Dicke Bauernkinder machten ihre Späße

„Ahnungslose Flüchtlinge zogen dann über die Versunkenen hinweg, ohne einen Hauch der Tragik unter ihren Füßen zu verspüren.“ So kämpften sie sich voran und erreichten endlich wieder festes Land, die Frische Nehrung. Am Königsberger Kanal wurden sie mit Booten zum Pillauer Hafen gebracht und fuhren von dort zusammen mit vielen anderen Flüchtlingen auf einem Schiff nach Danzig, betreut von Rotkreuzhelferinnen. In Danzig trennte sich Andreas Mutter schweren Herzens von ihrem toten Kind, das noch immer im Kinderwagen lag.

Noch vor Kriegsende wurde die Familie von Berlin aus im thüringischen Bad Sulza an der Ilm zwangseinquartiert, im Nebengebäude einer Villa. Deren Besitzerinnen ließen sie ihre unverhohlene Verachtung spüren. In den ersten Wochen bettelte die Mutter bei den Bauern um Essen für ihre Kinder. Manchmal erhielt sie ein paar Kartoffeln oder Rüben, häufiger aber wurden die Türen zugeschlagen oder sogar die Hunde von den Ketten gelöst. Im Juli 1946 zogen die Russen in Thüringen ein, was viele Menschen beunruhigte. Im Herbst wurde die Familie in einem nahe gelegenen Dorf untergebracht. Eine erste erfreuliche Veränderung ihrer Situation trat ein: Ihr Zimmer hatte einen Kanonenofen. Wieder waren sie auf die Gnade ihrer Mitmenschen angewiesen und mussten damit leben, dass sie als Flüchtlinge bei den Einheimischen äußerst schlecht angesehen waren: „Dicke Bauernjungen machten ihre Späße über die kränklichen, zerlumpten und ausgemergelten Flüchtlingskinder.“ Immer noch hatten die Kinder keine Kleidung zum Wechseln. Erst 1947 erhielten sie ein paar neuere Kleidungsstücke aus amerikanischen Care-Paketen. Im Winter 1946 wurde Friederike und den beiden Kindern eine winzige Dachwohnung in Bad Sulza zugewiesen. In der kleinen Kurstadt war das Leben für die Flüchtlinge leichter. Bei schönem Wetter fanden schon wieder Kurkonzerte statt.

Im Frühjahr 1947 gab es daheim eines Tages unverhofft zur Reibesuppe Möhren, Steckrüben und Kartoffeln. Das Geheimnis dahinter war die Verbindung von Andreas Mutter mit einem Einheimischen, der in Darnstedt ein Haus, eine Kuh, Ziege und Geflügel besaß und Arbeit als Zimmermann hatte. Ingrid Stahn berichtet über eine Polio-Epidemie, über das Kohlenklauen („Fringsen“), ihren Schulanfang Anfang September 1947 und eine nur „relative Geborgenheit, so etwas wie ein Familienleben“. In der Schule waren die Flüchtlingskinder als „Hungerleider“ ohne Ansehen, immer nur geduldet, nie geachtet. Keine Ausnahme machte die Familie ihres Stiefvaters, „geprägt von Geiz, Grobheit, Gehässigkeit“.

Ein Schlesier wird der neue Lebenspartner

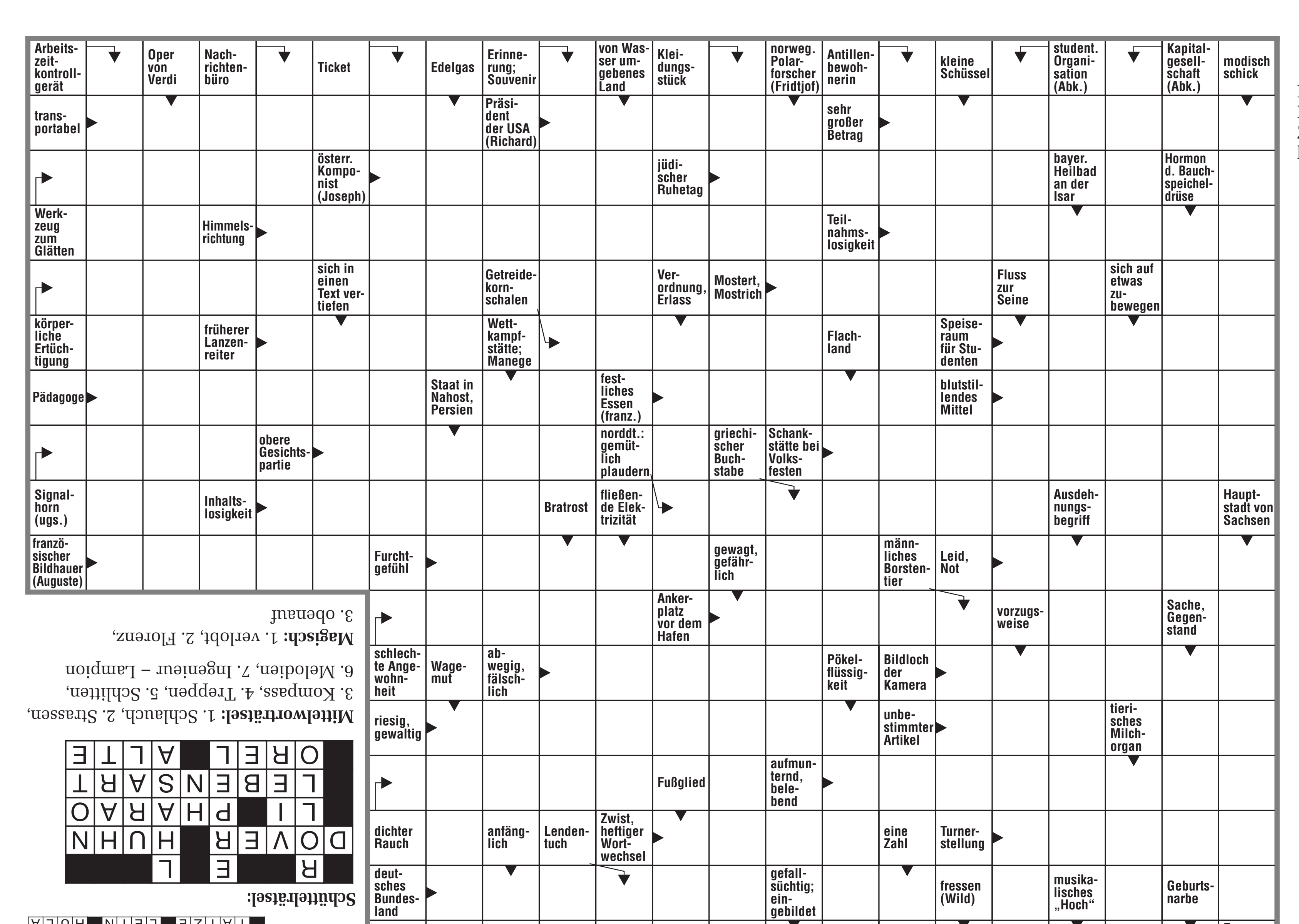
Die Bevölkerung im Ostteil Deutschlands litt nachhaltig unter der Plan- und Mangelwirtschaft und den Schikanen durch Bespitzelung und politische Hetze. Noch vor der Gründung der DDR 1949 hörte man von dem Phänomen der Zonenflucht. Ganze Familien waren einfach abgehauen, um dem sozialistischen Staat zu entfliehen. Für Andrea und ihre Freundin Margit war es im August 1960 soweit. Sie trafen Vorkehrungen und fuhren mit der S-Bahn ungehindert von Ost- nach Westberlin. Bis dahin hatten beide eine Ausbildung zur Krankenschwester durchlaufen, und so wandten sie sich im Westen direkt an ein Rot-Kreuz-Krankenhaus in Berlin-Gesundbrunnen, wo sie im Schwesternwohnheim unterkamen. Knapp zwei Jahre später heiratete Andrea einen angehenden Bundeswehrsoldaten. Ihr Mann verpflichtete sich für zwölf Jahre und wurde einer Einheit in der Lüneburger Heide zugeteilt. Das Ehepaar wohnte zunächst in zwei Dachstübchen eines Bauernhofs. 1965 erhielten sie eine Wohnung in einem der Neubaugebiete im Ort Munster mit Wohnblocks für Bundeswehrangehörige und ihre Familien. Nach der Geburt ihres ältesten Sohnes gab Andrea ihre Berufstätigkeit auf. Andrea und Wulff bekamen noch zwei weitere Kinder, einen Jungen und ein Mädchen. Doch dann zerbrach die Familie, als ihr Mann nach Ende seiner Dienstzeit ein Studium aufnahm und sich an den gemeinsamen Wochenenden nicht mehr auf das gewohnte Familienleben einlassen wollte.

Mit 40 Jahren nahm Andrea ihre frühere Tätigkeit als Krankenschwester wieder auf. Ihre beiden Söhne waren ausgezogen und hatten ein Studium aufgenommen. Einer Ausbildung im Pflegemanagement folgte der berufliche Aufstieg in eine leitende Position im Krankenhausbetrieb. Ein weiterer neuer Lebensabschnitt begann, als sie Michael kennenlernte, der als Apotheker für die Medikamentenversorgung des Krankenhauses zuständig war. Michael war 1945 als Dreijähriger mit seinen Eltern aus Schlesien vertrieben worden. Er wurde ihr neuer Lebenspartner. In ihrer freien Zeit renovierten sie ein heruntergekommenes ehemaliges Weinberghaus am Südhang der Weinberge an der Unstrut, das Michael nach der Wiedervereinigung gekauft hatte.

Eines Tages steht ganz in der Nähe, an einem Wanderweg entlang der Unstrut das Muschelzeichen als Kennzeichnung des Jakobswegs nach Santiago de Compostela. 2003 war der Jakobsweg von Görlitz über Magdeburg, Merseburg, Freyburg, Naumburg und Bad Kösen nach Erfurt wiedereröffnet worden. Andrea und ihr Mann haben sich jetzt vorgenommen, aus Dankbarkeit als Pilger nach Santiago de Compostela zu gehen.

Dagmar Jestrzemski

***Ingrid Stahn: „Von Friedland in Ostpreußen an den Jacobsweg“**, Engelsdorfer Verlag, Leipzig 2015, 168 Seiten, broschiert, 12 Euro*



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

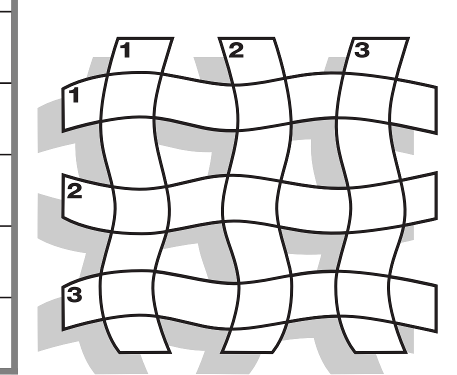
LLOOR, EIRV, EELPR, AAHLS, ALRU, AHRT, ENOT, HHNU, DEORV, AAHOPR, ABEELNRST, ELOR, AELT

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für eine Papierlaterne.

1	GARTEN		BOOT
2	FERN		CAFE
3	MAGNET		NADEL
4	HOLZ		HAUS
5	HUNDE		FAHRT
6	OPERN		FOLGE
7	BAU		BUERO

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 durch Eheversprechen gebunden
2 italienische Stadt in der Toskana
3 gesund, guter Laune (ugs.)

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

DOVER HUHN
LI PHARAO
LEBENSART
OREL ALTE

Mittelworträtsel: 1. Schlauch, 2. Strassen, 3. Kompass, 4. Treppen, 5. Schlitten, 6. Melodien, 7. Ingenieur – Lampion

Magisch: 1. verlobt, 2. Florenz, 3. obenauf

K WIE KROSEN & KUJONIEREN

„2300 Wörter und Redensarten, damit nicht ganz vergessen wird, wie man in Ostpreußen schabbern konnte“, heißt das Büchlein, dass der pensionierte Pfarrer Felix Arndt in fleißiger Kleinarbeit zusammenstellte. Die PAZ bringt in loser Folge Auszüge. An dieser Stelle geht es mit Folge 32 weiter:

K

Kritzchen, Klitzchen = Kleinigkeit
anno Kruck = es ist ganz lange her, vor langer Zeit
Kringel, Krengel = Brezel
Krooß = irdene Kanne
krosen = herumwirtschaften
Krukas = Krückstock
Kruke = Steingutflasche, oder andere Flaschen
Kruschken, Kruschkes = kleine Birnen (auch „Kopfnuss“)
kruschlig = weich, kraus
krutzen, krutzig = kränkeln, schlecht wachsen, kümmerlich
Kubbel = kleines, eimerartiges Gefäß
Kuddlus = unordentliche Frisur
Kuff = schlechtes Gefährt
Kuffchen = irdenes Schälchen
Kuffel = hohes, irdenes Gefäß
kujonieren = bedrängen, belästigen, drangsalieren
Kujote = Schimpfwort
Kujel = Eber
Kulpsaugen = hervorstehende Augen
Kumme = mittelgroße Schüssel
Kumstkopp = Scheltwort für Menschen mit unklarer Meinung
Kunter = kleines Pferd
kuppeln = tauschen
Kurr, Kurrhahn = Pute, Puterhahn
kurrig = nörglich, unzufrieden, widersetzlich

Facetten und Schlaglichter

„Breslau persönlich“ heißt ein spannendes Projekt im Haus Schlesien. *PAZ*-Autor Dieter Göllner war dort



Blick in die Ausstellung: 50 Zitate beleuchten Geschichte und Gegenwart der Stadt

Wir möchten, dass die Besucher an Bedeutendes aus der deutschen Vergangenheit von Breslau erinnert werden, dass sie aber auch das junge Wroclaw entdecken“, verriet Nicola Remig, Leiterin des Dokumentations- und Informationszentrums von Haus Schlesien, bei der Eröffnung von „Breslau persönlich – Biografische Blicke auf die Europäische Kulturhauptstadt 2016“.

Die Ausstellung gehört zu den Veranstaltungen, mit denen in Königswinter-Heisterbacherrott das Kulturhauptstadtjahr der niederschlesischen Metropole an der Oder begleitet wird. Im Haus Schlesien, dem Zentrum für Kultur und Geschichte der aus ihrer Heimat vertriebenen Schlesier, beleuchtet „Breslau persönlich“ facettenreiche Aspekte aus der Vergangenheit und Gegenwart der diesjährigen Europäischen Kulturhauptstadt 2016.

Dafür hat das Museumsteam eine Reihe von historischen Einlassungen und Erinnerungen zusammengetragen, zugleich aber auch zahlreiche Menschen gebeten, ihre Erlebnisse und Erfahrungen mit Breslau zu Papier zu bringen. Es geht um Einheimische und Durchreisende, um Künstler und Wissenschaftler, um Deutsche und Polen, um heutige und frühere Breslauer. Die Ausstellungskuratorin Bernadette Fischer hat ein vielschichtiges Bild der niederschlesischen Kulturmetropole geschaffen. Bei einem Rundgang durch den Ausstellungsraum entsteht vor den Augen des Betrachters – ähnlich wie bei einem Puzzle – ein eigenes Bild der Stadt. Passend dazu wurde mitten im Raum ein großer Tisch mit tausenden Puzzleteilen platziert. Der junge Weimarer Künstler Michael Merkel hat diese aus Stadtplänen vom 17. bis ins 21. Jahrhundert anfertigen lassen. Das interaktive Projekt „City in process“ lädt zum Mitmachen ein.



Puzzeln für ein eigenes Bild der Stadt: Stadtpläne vom 17. bis 21. Jahrhundert müssen zusammengesetzt werden Bilder (2): Göllner

Die bewegte Geschichte und spannende Entwicklung von Breslau wird anhand von 50 Zitaten schlaglichtartig beleuchtet. Ergänzt wird die Schau durch Stadtmodelle von Breslau aus den Jahren 1650 und 1930, ein Modell und Ansichten der Elisabethkirche sowie durch Plastiken von Persönlichkeiten der Zeit. Hinzu kommen Erinnerungstücke von „alten“ Breslauern, Dokumente, Archivansichten und private Fotoalben. In einer „Lesestation“ kann in thematisch passenden Büchern geblättert werden. Ein Plakat von Mai 1930 informiert über das offizielle Organ der Sendegesellschaft „Schlesische Funkstunde“. Über Kopfhörer können Interessenten einem Ausschnitt aus der WDR-Sendung vom 21. Mai 1989, „Die schlesische Funkstunde“, lauschen.

Bei der musikalisch umrahmten Ausstellungseröffnung sprachen auch Professor Michael Pietsch, Präsident des Vereins Haus Schlesien, und Hubert Wolff, Vorsitzender der Bundesvereinigung der Breslauer. Letzterer schilderte Erlebnisse aus seiner unbeschwerten Jugendzeit, die er vor dem Krieg in seiner Geburtsstadt Breslau erlebt hatte. Wolff ist sich dessen bewusst, dass die Erinnerungen zwar etwas verblassen, aber dennoch als Schlaglichter bestehen bleiben. Die zehn Nobelpreisträger, die Jahrhunderthalle und die Pfarrkirche St. Vinzenz sind für ihn nach wie vor feste Größen. Unvergesslich ist für Wolff auch die Eisenbahnverbindung unter der Bezeichnung der „Fliegende Schlesier“, die Breslau und Berlin in nur zweieinhalb ‚Stunden miteinander verband. Die Ausstellung ist bis zum 11. September geöffnet. Sie steht unter der Schirmherrschaft von Joachim Kardinal Meisner, dem emeritierten Erzbischof von Köln, und Rafał Dutkiewicz, dem Stadtpräsidenten von Breslau.

Weitere Informationen zu den Veranstaltungen in Königswinter anlässlich des Kulturhauptstadtjahres von Breslau: Haus Schlesien, Dollendorfer Straße 412. 53639 Königswinter, Telefon, (02244) 8860, E-Mail: info@haus-schlesien.de, Internet: www.haus-schlesien.de

»Breslau? Nie!«

Vier Ausstellungs-Beiträge

Joachim Kardinal Meisner (1933 in Breslau geboren, 94. Bischof des Erzbistums Köln): „In unserem Ortsteil Lissa bildet ein größerer Platz die räumliche Mitte unserer kleinen Vorstadt von Breslau. Und in der Mitte stand die große Nepomuk-Säule, die dem Platz auch den Namen ‚Johannesplatz‘ gab. Es verging kaum ein Tag, an dem wir Kinder nicht über den Johannesplatz gingen. Der heilige Nepomuk war für uns Kinder so etwas, wie der Bürgermeister. Die Vertrautheit mit ihm hat mich lebenslang bis heute begleitet. Darum bin ich sehr dankbar, dass im Europäischen Kulturjahr der Stadt Breslau die alten, schönen steinernen Kleider des heiligen Johannes von Nepomuk wieder erneuert und aufgefrischt wurden.“

Renata Bardzik-Milosz (1970 in Breslau geboren, Germanistin und Stadtführerin): „Die Gutenbergstraße wurde nach dem Krieg zur ulica Drukaska. In dieser Straße lebte ich bis zu meinem 25. Lebensjahr. Wir Kinder sind als erste Generation unserer Familie im polnischen Wroclaw geboren. Für uns ist es unsere kleine Heimat. Die Menschen der ersten Stunde nach 1945, die Breslauer Pioniere, wurden hier heimisch, nun werden sie immer weniger. Aus den Kriegskindern sind bereits Großeltern geworden.“

Philipp Theodor von Gosen (1873–1943, deutscher Bildhauer und Medailleur): „Mir war Breslau bestimmt. Es sollte mein Schicksal werden. Ich war noch Meisterschüler an der Akademie in München, als ein Königlich Preußischer Geheimrat aus Berlin kam und mich fragte, ob ich nach Breslau als Lehrer an die damalige Kunstschule gehen wollte. Ich dachte nicht daran wegzugehen, Breslau weit dahinten, irgendwo. Niemals! Äußerst höflich lehnte ich das ehrenvolle Anerbieten an. Aber es half mir nichts.“

Arnold Zweig (1887–1968), deutscher Schriftsteller: „Meine ersten Semester studierte ich in der schönen alten Kirchen- und Oderstadt Breslau und lernte Architektur und Mittelalter sehen und empfinden. Von der frühen Backsteingotik des mächtig aufgetürmten Domes bis zum geschwungenen und reichen Barock der Bischofspaläste auf der Dominsel – welch ein ununterbrochener Niederschlag kulturellen Werdens im Austausch zwischen Westen und Osten!“

Lila eingefärbte Landschaft

Die Provence im Farbenrausch – Zur Lavendelblüte reisen nicht nur Touristen in die südfranzösische Region, sondern auch Maler

Wer im Juli in die Provence reist, erlebt den Lavendel in voller Blüte. Besonders im Departement Vaucluse reiht sich ein Feld mit seiner lila Pracht ans nächste. Seit dem 19. Jahrhundert reisen Maler in diese Gegend und lassen sich vom Farbenrausch inspirieren.

Jener Farbenrausch, der ihn überwältigte, der auch aus seinen Gemälden so eindringlich auf den Betrachter wirkt und der diese Arbeiten so berühmt gemacht hat, ist schon aus einem Brief des Malers Vincent van Gogh herauszulesen, den er im März 1888 an seinen Freund und Kollegen Emile Bernard aus Arles schrieb:

„Die Wasser bilden in der Landschaft schöne esmeraldgrüne und reiche blaue Flecken wie auf japanischen Holzschnitten. Blass-rotorange Sonnenuntergänge lassen das Land blau erscheinen. Glänzende gelbe Sonnen. Doch ich habe das Land noch nicht in seinem üblichen Sommerglanz gesehen. Die Kleidung der Frauen ist hübsch, und besonders sonntags sieht man auf dem Boulevard sehr naive und wohlgetroffene Farbzusammenstellungen. Im Sommer werden sie zweifellos noch heiterer sein.“

Es ist das Licht der Provence, das in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch viele andere Künstler begeisterte, das sie in den Süden Frankreichs zog, wo sie unter diesen Eindrücken Werke schufen, die mittlerweile zu den grundlegenden der Kunstgeschichte gehören. Dem Licht der Provence sind neben van Gogh auch Paul Cézanne und Paul Gauguin erlegen, ebenso wie Claude Monet, Auguste Renoir und Paul Signac. Sie alle schufen leuchtende, farbintensive Gemälde, die der Entwicklung der modernen Malerei entscheidende Anregungen gaben. Legendär sind auch die regelmäßigen Mal-Aufenthalte von Pablo Picasso und Henri Matisse in der Provence.


Bild: C. Chillo/CRT Paca

Dufte Ernte für die Mönche: Lavendelfeld vor der Zisterzienser-Abtei Notre Dame de Sénanque in Gordes

Da ist es kein Wunder, dass dieses Doradao der Malerei immer wieder Generationen von Künstlern anzog, um eigene Werke zu schaffen. Mit einem Skizzenblock unter dem Arm kann man zwar überall anreisen, doch wenn man in einem Hotelzimmer seine Staffelei aufstellen will und ein Pensionswirt befürchten muss, anschließend bunte Farbflecken auf dem Boden zu haben, die von Paletten getropft sind, dann ist es mit der Gastfreundschaft oft schnell vorbei. Ganz zu schweigen von Techniken wie Lithografie oder Radierung, bei denen man auch noch mit Chemikalien hantiert. Oder wenn ein Bildhauer seine Steine bearbeiten will.

Diese Beschränkungen erkannte auch der deutsche Künstler Arthur Langlet. Er hatte in Paris Malerei und grafische Techniken studiert und war mit seinem Lehrer André Lhote zu einem Studienaufenthalt nach Mirmande in die Drôme gekommen. Es war seine erste Begegnung mit dem Süden Frankreichs, die ihn dazu inspirierte, als 30-Jähriger das Atelier de Séguret zu gründen, um gemeinsam mit anderen Künstlern zu arbeiten.

Séguret ist ein kleines Dorf im Department Vaucluse im Herzen der Provence, das wie ein Schwalbennest an einem Berg klebt. Im 12. Jahrhundert hatten die Bewohner es zu einem Rückzugsort ausgebaut. Langlet kaufte 1957 einige der Gebäude in dem damals fast verlassenen Dorf, renovierte sie und richtete sie als Künstlertreffpunkt ein, der all das bietet, was Künstler für ihre Arbeit benötigen: Malerateliers, Werkstätten für Druckgrafik, einen Bildhauerhof, Maschinen für den Druck von Lithografien und Radierungen, auch ein Labor für Schwarz-Weiß-Fotografie ist vorhanden und wird selbst in Zeiten digitaler Bilder ab und an genutzt.

Mehr als 500 Künstler aus 48 Ländern haben bisher in dem Dorf gearbeitet, das offiziell in die Liste der schönsten Frankreichs aufgenommen wurde. Die von Langlet gegründeten Werkstätten tragen den Namen „Atelier Artistique International“ zu Recht. Auch deshalb, weil Französisch, Deutsch und Englisch gesprochen wird. Seit seinem Tod im Jahr 2000 führen seine Frau und sein Sohn, der in die grafischen Techniken einweisen kann, das Atelier.

Wer durch die noch vorhandenen Tore von Séguret tritt und die Rue des Poternes als Hauptweg entlanggeht, glaubt sich auf einer Zeitreise. die Entschleunigung kommt von allein, fast so als hätten die Baumeister des 14. Jahrhunderts, die den Uhrturm errichteten, geahnt, dass viele Menschen gut 600 Jahre später genau dies suchen. Denn sie haben der Uhr nur einen Stundenzeiger gegeben. Damit aber trotzdem niemand die Zeit vergisst, schlägt die Glocke jeweils zur vollen Stunde.

Die Häuser in Séguret stehen unter Denkmalschutz, auch die des Ateliers. Sie sind also nicht nach Hotelstandards ausgestattet, die Zimmer sind einfach eingerichtet und werden von den Künstlern selbst gereinigt. Es gibt mehrere Gemeinschaftsbäder, keines der Zimmer hat seine eigene Dusche und Toilette.

Der Tag im Atelier verläuft ungezwungen, das Frühstück bereitet sich jeder selbst zu, und zu welcher Zeit, das entscheidet ebenfalls jeder selbst. Es steht ein Lunchpaket mit Brot und Wein bereit.

Die Atmosphäre ist kommunikativ, die Künstler tauschen sich über ihre Arbeiten und ihre Techniken ebenso aus, wie darüber, wo sie schon ausgestellt haben oder wo es in der Heimat anregende Kunstkurse gibt. Niemand macht einen Unterschied, ob man arrivierter Künstler ist oder aus Liebhaberei malt. Es gibt sogar ein Beispiel, dass eine junge Künstlerin während ihres Aufenthaltes gute Tipps für die Gestaltung ihrer Bewerbungsmappe an einer Kunstakademie erhalten hat, an der sie mittlerweile studiert. Höhepunkt des Tages ist das gemeinsame Abendessen mit französischen Gerichten, selbstverständlich mehreren Gängen und französischem Wein aus der lokalen Kooperative, die zur Lage Côtes du Rhône gehört.

Bei diesen gemeinsamen Mahlzeiten entstehen oft Ideen zu spontanen Ausflügen in die Umgebung. Die Provence ist eine der alten Kulturlandschaften Europas. Zu den Sehenswürdigkeiten der Region zählen die römischen Amphitheater von Nîmes und Arles, das Theater in Orange, der Aquädukt Pont du Gard oder die römischen Ausgrabungen von Vaison la Romaine.

Der Papstpalast in Avignon und die berühmte Brücke von Avignon sind wohl die bekanntesten Bauwerke der Stadt an der Rhone, die im 14. Jahrhundert für 70 Jahre Sitz des Oberhauptes der katholischen Kirche war. Doch nicht nur Altertümer ziehen kulturell interessierte Menschen an, sondern auch viele moderne Ausstellungen und Festivals. Solche Veranstaltungen gibt es den Sommer lang überall in der Provence, von offiziellen Festivals bis zu den Ausstellungen einzelner Künstler.

Aber auch die Landschaft ist sehenswert. So wie das rote Dorf Roussillon auf den ockerfarbenen Felsen, die Schluchten der Flüsse Tarn und Verdon oder der fast 2000 Meter hohe Mont Ventoux. Und all dies ist in Tagesfahrten von dem kleinen Künstlerdorf Séguret aus zu erreichen. *Eigel Wiese*

Ausflugstipp: Noch bis zum 11. September zeigt das Museum Fondation Vincent van Gogh in Arles (35 ter rue du Dr Fanton) die Ausstellung „Van Gogh in Provence: Modernizing Tradition“, täglich geöffnet von 11 bis 21 Uhr. Eintritt 9 Euro. www.fondation-vincentvangogh-arles.org

Mekka am Wasser

Inbegriff märchenhafter Schönheit – Das Grandhotel in Zell am See feiert Geburtstag

Das österreichische Mekka für die reichen Araber aus den Golfstaaten steht am Zeller See. Es handelt sich um das schneeweiße Grandhotel, das den Ort Zell am See geprägt hat wie kein anderes. Gelegen auf einer kleinen Landzunge sieht es wie ein majestätischer Ozeanriese aus, der im See verankert ist. In diesen Tagen feiert es mit Showprogrammen und speziellen Gästetarifen seinen 120. Geburtstag.

Vor einigen Jahren fand hier ein Kongress statt, an dem auch einige Scheichs aus den Ölstaaten teilnahmen. Beim Blick auf den tiefblauen See und auf den Gletscher des fernen Kitzsteinhorns fühlten sich die Wüstensöhne wie in ein Paradies versetzt. Hier könne man gut Urlaub machen, dachten sie und trugen – unterstützt von der österreichischen Tourismuswerbung – diesen Gedanken bis in ihre Heimat. Damit lösten sie eine ungeahnte Invasion von arabischen Touristen aus, die seitdem in der Sommerzeit den Zeller See und die umliegenden Berge regelrecht belagern.

Den Sommer über ist das Grandhotel, das 1984 bis auf die Außenmauern abgerissen und unter Beibehaltung der Fassade neu errichtet wurde, fest in arabischer Hand. Erst zur Wintersaison, wenn es für die Bewohner der Wüstenstaaten zu kalt ist, zumal auch Skifahren nicht gerade zu ihren Stärken zählt, stellen sich vermehrt wieder die deutschen Gäste ein, für die das Gebiet um den Zeller See bis zum schweren Gletscherbahn-Brandunglück im nahen Kaprun im Jahr 2000 mit 155 Toten der Inbegriff märchenhafter Schönheit war.

Jetzt wird wieder verstärkt um die deutschen Gäste geworben. Ideale Gelegenheit, um auch im Sommer die Schönheiten der Ferienregion und eines einzigartigen Hotels zwischen See und Berg kennenzulernen, bietet ein großes Fest bis zum 2. Juli. Anlässlich des 120-Jahre-Jubiläums des traditionsreichen Hotels, dessen erste Saison bis zum Geburtstag Kaiser Franz Josephs I. am 18. August 1896 lief, wird ein 120-Stunden-Programm veranstaltet. So wird es stilgerecht mit dem Oldtimerbus auf den Großglockner gehen. Eine Fahrt mit der Pinzgauer Lokalbahn zu den Krimmler Wasserfällen, historische Stadtführungen, ein Ausflug zur Sissi-Kapelle und vieles mehr bringt die Jubiläumsgäste zu vielen sehenswertesten Plätzen. Gewinnspiele, Frühschoppen und Livemusik am Abend feiern das Geburtstagskind. Den Höhepunkt bildet ein Sommernachtsfest mit einem Feuerwerk am Seeufer.


Bilder: MK Salzburg, tws

Paradiesische Lage: Grandhotel am Zeller See (o.). Bunter Hotelgarten mit Blick auf die Gipfel der Hohen Tauern des Salzburger Landes (r.)

Seit Anfang des Jahres rollt im Grandhotel auch die Kugel: Man hat ein Casino eingerichtet, bei dem man am Roulettetisch ein Stück Monte-Carlo-Gefühl nachempfinden kann. Eine feste Größe seit über 20 Jahren ist hingegen Küchenchef Bernd Bereuter, der im Hotelrestaurant für Kochkunst der Spitzenklasse sorgt.

Wer sich von all dem verwöhnen lassen will und nebenher noch auf einem der nahen Golfplätze spielen möchte, dem bietet das Hotel in den Jubiläumswochen Schnupperpakete an. So kostet eine Übernachtung inklusive Dinner im Weinkeller, Besuch im Casino mit 30 Euro Begrüßungsjetons und Zutritt zum Spa-Bereich mit Hallenbad direkt am See pro Person ab 200 Euro. Noch bis zum 7. Juli sowie vom 16. September bis zum 1. November werden Vorteilswochen angeboten, bei denen man für sieben Nächte bucht, aber nur für sechs Nächte zahlt. Ab 810 Euro kostet der Spaß. Schönheit hat ihren Preis, aber in diesem märchenhaften Grandhotel kommt man voll auf seine Kosten. *Harald Tews*

Hotelbuchung und Infos unter Telefon (0043) 6542788 sowie www.grandhotel-zellamsee.at

Das Stubai fast für umsonst

Um die Grundlage dafür zu legen, den Titel der Fußball-Europameisterschaft im eigenen Land zu holen, reiste die französische Mannschaft in das Tiroler Stubaital, wo sie sich Ende Mai und Anfang Juni in einem Trainingslager auf das Turnier vorbereitete. Seitdem „Les Bleus“ abgereist sind, gehört das nur 45 Autominuten von Innsbruck entfernte Stubai wieder ganz den Touristen. Es hält diesen Sommer besonders für den Bergwanderer wieder viele neue Attraktionen bereit. Mit der „Stubai Super Card“ erhält man eine freie Bus- und Bergbahnfahrt pro Tag zum und auf den Stubaier Gletscher sowie zahlreiche Ermäßigungen und Vorteile im Tal. Gäste erhalten die Karte kostenlos, wenn sie ihren Aufenthalt bei einem der teilnehmenden Hotels und Mitgliedsbetriebe des Stubaitals verbringen.

Die Karte beinhaltet neben vielen Vergünstigungen unter anderem auch die freie Benutzung aller Bahnen für eine Berg- und Talfahrt pro Tag. Allerdings ist wegen Revisionsarbeiten an der Gletscherbahn der Betrieb derzeit noch eingestellt. Doch vom 9. Juli an wird der reguläre Sommerbetrieb der Seilbahnen wieder aufgenommen. Am Stubaier Gletscher erzählt ein Bergprofi bei Schönwetter jeden Tag um 12 Uhr beim Ausstieg der 8er-Sesselbahn Rotadl über den Gletscher und das Skigebiet – kostenlos, eine ganze Stunde lang. *tws*

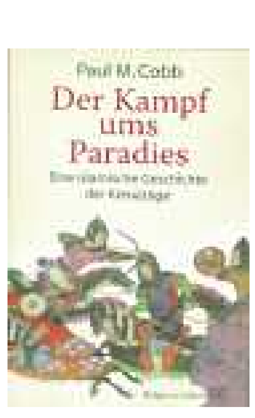
MELDUNGEN

Direkt zu »The Big Easy«

Frankfurt am Main – Seit diesem Sommer kann man für 2017 die ersten Direktflüge nach New Orleans buchen. Zwischen dem 3. Mai und dem 4. Oktober 2017 können Reisende von Frankfurt am Main aus zweimal pro Woche (mittwochs und sonntags) nonstop mit der Fluggesellschaft Condor zur „Wiege des Jazz“ fliegen. 2005 wurde New Orleans durch Wirbelsturm Katrina stark zerstört. Inzwischen ist in „The Big Easy“, wie die Stadt auch genannt wird, aber wieder die frühere Leichtigkeit eingekehrt. *tws*

Wandern in Liechtenstein

Vaduz – Das Fürstentum Vaduz bringt sich als Wanderparadies in Erinnerung. Bis Mitte Oktober ist die Pfälzerhütte bewirtschaftet, die ein idealer Ausgangspunkt für Wanderungen auf den Naafkopf (2571 Meter) ist, wo die Grenzen von Österreich, der Schweiz und Liechtenstein zusammenkommen. Oberhalb der Hütte gegen den Naafkopf befindet sich außerdem ein Klettergarten mit Routen vom 4. bis zum 7. Schwierigkeitsgrad. Internet: www.tourismus.li und www.alpenverein.li *tws*



Ärgerliche Anbiederung

Professor als Islamversteher

Islamversteher haben heutzutage Hochkonjunktur: ständig belehren sie uns in aufdringlichster Weise über die ach so friedlichen Lehren des Propheten Mohammed und versuchen dabei auch, „Missverständnisse“ und „Fehlinterpretationen“ aus dem Wege zu räumen.

Eine dieser Personen ist Paul M. Cobb, Professor für Islamische Geschichte an der Universität von Pennsylvania. In seinem im Verlag Philipp von Zabern erschienenen Buch „Der Kampf ums Paradies“ will er die Kreuzzüge aus der Sicht der Moslems schildern. Deshalb schwadroniert er unablässig von „fränkischen Angriffen auf das Haus des Islam“, während die vorausgehende muslimische Expansion in Richtung Europa, mit der Folge der Unterjochung Andalusiens und Siziliens, arg verharmlost wird.

Ähnlich ärgerlich sind die Ausführungen über den „Heiligen Krieg“, in dessen Rahmen solche Annexionen erfolgten: Für Cobb ist der Dschihad „ein Krieg aus frommen Motiven im Unterschied zu den vielen weltlichen Anlässen, Krieg zu führen“, und im Übrigen die Folge des an sich doch verständlichen und lobenswerten Dranges, „das Gute zu gebieten und dem Bösen zu wehren.“ Dahingegen werden die Aktionen der Kreuzfahrer pauschal als „Akte der Besudlung und Schändung von gewaltigen Ausmaßen“ hingestellt.

Letztendlich schlägt sich der Autor in seinem Werk, das den Zeitraum von den ersten Vorstößen der Christen zur Mitte des 11. Jahrhunderts bis zur Vollendung der Reconquista in Spanien im Jahre 1492 behandelt, also kritiklos auf die Seite der Muslime des Mittelalters, was sogar einigen ansonsten sehr wohlwollenden Rezensenten negativ auffiel. Diese Einseitigkeit, oder besser gesagt, Anbiederung führt bei Cobb zudem auch zur permanenten Abwertung der europäischen Kultur im Vergleich zur islamischen. Dabei kam es nach dem Sieg gegen die eingedrungenen „unzivilisierten“ Franken bald zu einem beständigen Niedergang der muslimischen Welt, welcher sich heutzutage beispielsweise darin zeigt, dass die Buchproduktion aller arabischen Länder gerade einmal der von Hessen entspricht.

Trotzdem freilich finden sich in „Der Kampf ums Paradies“ auch manche lesenswerte Abschnitte. Das sind insbesondere die, in denen der Verfasser schildert, wie uneinig und zugleich eigennützig die Muslime seinerzeit agierten. So verweigerten die Almohaden im Maghreb und der Kalif von Bagdad dem Feldherrn Saladin, der 1187 die Rückeroberung Jerusalems in Angriff nahm, ihre Unterstützung.

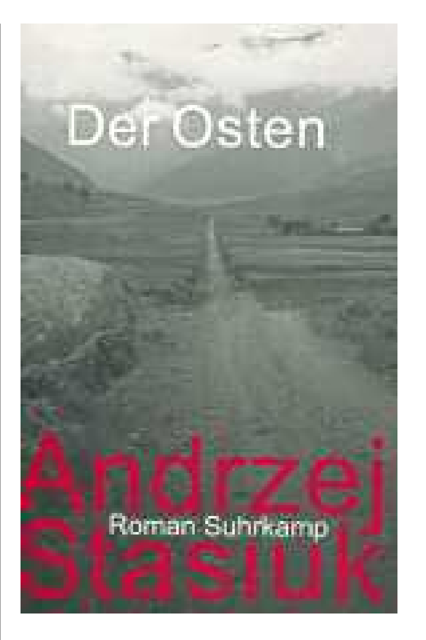
Autor geißelt Kreuzzüge als »Akt der Besudelung«

Hieran ändert auch nichts, dass Saladin jetzt zur Integrationsfigur aller Muslime stilisiert wird, weswegen er inzwischen schon 95 000 Facebook-Freunde hat – 50 000 mehr, als ihm damals Krieger in die Schlacht folgten.

Dennoch bleibt das Ärgernis der höchst parteiischen Darstellungsweise von Cobb. Ganz anders liest sich hingegen das fast zeitgleich erschienene Werk von Niall Christie mit dem Titel „Muslims and Crusaders“, aber dieses wesentlich ausgewogenere Buch, welches die Kreuzzüge ebenfalls auf der Basis islamischer Quellen schildert, wurde seltsamerweise noch nicht ins Deutsche übersetzt. Ein Schelm, wer Arges dabei denkt.

Wolfgang Kaufmann

***Paul M. Cobb: „Der Kampf ums Paradies. Eine islamische Geschichte der Kreuzzüge“**, Philipp von Zabern Verlag, Darmstadt 2015, 428 Seiten, gebunden, 29,95 Euro*



Rastlose Suche

Andrzej Stasiuk reist, um etwas zu finden, das es nicht mehr gibt

In seinem Buch „Der Osten“ verwebt Andrzej Stasiuk Reiseeindrücke mit seinem eigenen Kosmos, in dem fast alles um seine familiäre und persönliche Geschichte kreist. Stasiuk ist einer der erfolgreichsten Schriftsteller Polens und Autor bei mehreren polnischen und europäischen Tageszeitungen. Seine Werke wurden in 30 Sprachen übersetzt. International bekannt wurde er für seine Reiseliteratur und autobiografischen Erzählungen, in denen er den Wandel in Osteuropa reflektiert.

Stasiuk wurde 1960 geboren und wuchs in Warschau auf. Mit 21 Jahren kam er für anderthalb Jahre ins Gefängnis, weil er aus dem Militärdienst desertiert war. Seit 1986 lebt er in den westkarpatischen Beskiden. Als Jugendliche hätten sie das sowjetische Kino und die sowjetische Literatur verschmäht, erzählt er. Später beobachtete er die Einflüsse des Westens, billige Massenware übertünchte die Bedürftigkeit. Er wurde nostalgisch und begann, nach Spuren des einfachen, wenn auch tristen und eingeschränkten Lebens von einst zu suchen, zunächst im Osten Polens, dann auch im riesigen Russland, in dessen Schatten er gelebt hatte. Jahr für Jahr war er unterwegs „auf der Suche nach der Zeit, die ich verachtet habe, um all das zu überprüfen ... Deshalb riskiere ich meine Gesundheit und gebe Geld aus.“

Seine jüngsten Erkundungen der östlichen Gefilde beginnen in Galizien. Im Sommer der russischen Olympischen Spiele flog er über Moskau nach Tschita östlich des Baikal-Sees, reiste in die Mongolei bis zur Wüste Gobi und ins Altai Gebirge. Eine weitere Reise führte ihn nach China. In den staubigen Städten, abgelegenen Dörfern und windigen, unwirtlichen Gebirgslandschaften war er nicht allein unterwegs. Seine Begleitung bleibt aber anonym.

Ein Roman, wie vom Suhrkamp Verlag angegeben, ist der handlungsarme Text in Form eines endlosen Erzählstroms nicht, eher eine Reportage, die sich die Freiheit nimmt, Episoden zu streuen, die Zeitebenen zu wechseln und Subjektivität über Objektivität zu stellen. Selten hört man einen Originalton. „Die Wahrheit interessierte mich nicht“, notiert er einmal im Ujgurenland, auf 4000 Metern unter der Höhenkrankheit leidend. Den Menschen begegnet er mit Aufmerksamkeit und Respekt, hält aber immer nach seinem eigenen „Osten“ Ausschau. Die alten Frauen in Kopftüchern, die in Karaköl auf der Türschwelle hocken, fragt er nach ihrer Vergangenheit und zieht einen Vergleich zu seiner Großmutter, die in einem Dorf im Nordosten der Republik Polen lebte, wo der Autor als Kind seine Sommerferien verbrachte. Der Weg ist nicht das Ziel: Unentwegt schürft er nach einer Essenz, die er einmal „das beste Rezept für das Leben“ nennt. Das liest sich sehr gut.

Spuren der einstigen Sowjetunion

Möglicherweise werden manche Leser dieser außergewöhnlichen Literatur dennoch durch diese Tendenz ermüden, zumal bei derart viel „Trostlosigkeit, Hitze, Beton“. Man könnte auch monieren, dass herrliche Landschaften nur en passant erwähnt werden, wenn die Reise wieder einmal in ein abgelegenes Kaff führt, dessen Namen Stasiuk gelesen und laut ausgesprochen hatte: „Herden von Pferden und weißen Jurten, smaragdgrüne Flüsse, silberne Bäche, das Ferghanatal wie ein Paradiesgarten voller Aprikosenbäume... Aber du fährst an allem vorbei, gleichsam auf dem Weg. Auf dem Weg nach Murgob.“

Mehr als alles andere beschäftigt den Autor das Leiden der Völker in dem riesigen Raum von Ostpolen bis ans Gelbe Meer. Unterdrükkung, Vernichtung und Vertreibung – immer war da eine Macht, eine Herrschaft. Die russische, die der Gutsherren, die deutsche, die kommunistische. Die eine verbreitete mehr Hunger und Tod, die andere weniger“. Er erkennt die Formen des reduzierten, stoischen Lebens, im Zeichen der Globalisierung mit dem „Ramsch der Chinamärkte“. Im Grunde suche er nach Gegenden, die nicht „vom Grauen unterwandert“ sind, schreibt er, „von der Lubertowska bis an den Rand der Altan Els, wo man unter der Erde, unter jahrhundertealten Schichten des Sandes, nur Tierknochen finden kann. Keine Asche, keine Fuhren von Leichen“. Wer tiefgründige, assoziative Texte mag und die Eigenart dieses Autors schätzt, wird von dem Buch vermutlich fasziniert sein.

Dagmar Jestrzemski

***Andrzej Stasiuk: „Der Osten“**, Suhrkamp Verlag, Berlin 2016, gebunden, 295 Seiten, 22,95 Euro*



Enthüllungen eines Insiders

Dirk Koch berichtet über die große Zeit des »Spiegel«

Dirk Koch war erfolgreicher Journalist beim „Spiegel“. Er leitete von 1973 bis 1997 das „Spiegel“-Hauptstadtbüro in Bonn. Er sah sich selbst als Enthüller und Investigativ-Journalist, der Titel seines Buches weist darauf hin. Dies ist keine offizielle Berufsbezeichnung, sondern Koch beschreibt die Arbeitsweise eines Journalisten, der auf ein Netzwerk an Informationsquellen und Informanten aus allen gesellschaftlichen Bereichen zurückgreifen kann einschließlich der politischen Einrichtungen wie Ministerien, Bundestag, Bundesrat, ja selbst Verbindungen ins Bundeskanzleramt und ins Bundespräsidialamt waren nicht ausgeschlossen. Wichtig wird seine Aussage, dass ein Journalist sein Insiderwissen nutzen oder nicht nutzen kann oder nicht nutzen muss.

In 22 Kapiteln werden brisante und einer breiten Öffentlichkeit weniger bekannte Episoden aus dem Politikbetrieb vornehmlich der Bundesrepublik Deutschland geschildert. Einige Beispiele seien genannt: Das Kapitel mit Helmut Schmidt über die Befreiung der Geiseln in Mogadischu 1979 oder die Schmiergeldaffären der Wirtschaftsminister Friedrichs und Graf Lambsdorff 1980/81.

Bisher unbekannte Details erfährt der Leser über den Besuch von Bundeskanzler Brandt 1970 in Erfurt. Eine damalige Veröffentlichung hätte mit großer Wahrscheinlichkeit den Abbruch der ersten Gespräche mit der DDR-Führung bedeutet. Strauß, Stoiber, Genscher, Späth, Geißler und andere Persönlichkeiten aus der Politikszene der Bundesrepublik waren Gesprächspartner für den Journalisten Koch. Es sind aber keineswegs nur reine Erinnerungen, die manchmal mit Ironie, manchmal auch mit Humor vorgetragen werden, denn stets steht dahinter das Ethos und das Bild eines verantwortlichen Korrespondenten. Er sieht sich „als vierte Gewalt im Staat zugehörig, die neben Exekutive, Legislative und Judikative mit den Mitteln einer freien Presse der Demokratie zu Diensten zu sein hatte bei exklusiven Nachrichten, beim Einordnen von Informationen, beim Vermitteln von Hintergrundwissen, beim Kampf gegen Machtmissbrauch, bei der Jagd auf korrupte Politiker“. Die Belege werden geliefert.

Die Summe aller Beiträge kann durchaus einen Abriss der Geschichte der Bundesrepublik vermitteln. Zahlreiche Fotos illustrieren die Texte. Der Autor schreibt salopp und gut verständlich. Der Titel „Der ambulante Schlachthof“ wirkt allerdings etwas verwirrend, er bezieht sich auf den journalistisch begleiteten Versuch 1989, Helmut Kohl auf dem Bremer Bundesparteitag der CDU zu stürzen, was misslang. Passender ist die Formulierung „Wie man Politiker wieder das Fürchten lehrt“, weil dies Bezüge zu den Texten herstellt. Eine interessante und informative Lektüre. Jedes Kapitel behandelt einen eigenen Sachverhalt.

Karlheinz Lau

***Dirk Koch: „Der ambulante Schlachthof oder Wie man Politiker wieder das Fürchten lehrt. Die letzten Geheimnisse der Bundesrepublik“**, Westend Verlag, Frankfurt am Main 2016, gebunden, 191 Seiten, 18 Euro*

Rückkehr zur autoritären Herrschaftsform

Amerikanischer Politologe William Zimmerman analysiert die Herrschaftstechnik im Russland des 20. Jahrhunderts

Es gibt es nichts Praktischeres als eine gute Theorie, wie William Zimmerman, 1936 geborener Politologe an der University of Michigan, in seinem Russland-Buch beweist. Sein voluminöses Werk analysiert Regime und Herrschaftstechnik im Russland des 20. Jahrhunderts bündig und einleuchtend, obwohl er kaum Russisch kann und auch in der Kenntnis der Sekundärliteratur Lücken aufweist.

Zimmermans machttechnologische Analyse fußt auf den Zentralbegriffen „Autoritarismus“ und „Mobilisierung“. Sie klingen harmloser als Tyrannei, Diktatur, Terror und Zwang, die für die längste Zeit seit Lenins Revolution 1917 zutreffender wären. Dabei war es unter Lenin halbwegs erträglich: Er wurde in der Parteiführung oft überstimmt und gab klein bei, er wechselte sozialökonomische Radikalität wie den „Kriegskommunismus“ gegen die „Neue Ökonomische Politik“ aus, die ein erfolgreicher „Waffenstillstand“ mit dem bürgerlichen Unternehmertum war.

Lenin war ab 1922 ein gesundheitliches Wrack, das System wurde immer restriktiver, da der Parteiapparat Legislative und Exekutive dirigierte. Kleine Machteliten drängten Parteitag und Zentralkomitee beiseite, Mobilisierungen wie die Zwangskollektivierung fielen als Neuauflage der alten Leibeigenschaft aus. Die Bolschewiken kamen, anders als Maos Revolutionäre, aus Städten, was ihre permanente Gegnerschaft gegen die Bauern erklärt: Hungersnot 1932/33 versus Bauernunruhen.

All das schildert Zimmerman faktenreich und leserfreundlich, wobei ihm einprägsame Faustregeln gelingen: Stalin ließ gestürzte Gegner erschießen, Chruschtschow schob sie auf periphere Posten ab, Breschnew auf attraktive Auslandsjobs und Putin ist für seinen freundlichen Umgang mit gestrigen Feinden „berühmt“. Dazwischen lag Gorbatschow, der lustlos und ignorant abgehandelt wird.

Autor schießt sich auf Putin ein

Zimmerman hat offenkundig wenig von „Gorbi“ gelesen, weshalb er ihm unsinnige Postulate unterstellt („reforma, perestrojka, glasnost, demokratizatsija“). Der Rezensent hat 1988 eine der ersten Analysen von Gorbatschows russischer Sprache publiziert, er kennt dessen „Credo“: Glasnost, Perestrojka, neues politisches Denken, Beschleunigung. Zimmerman sieht es anders. Weil Gorbatschow nicht in seine „Raster“ passt? Hingegen ist Putin sein Liebling, der alle Kategorien von „Autoritarismus“ erfülle. Jelzin und Gorbatschow seien daran gescheitert, dass sie sich als „Sozialdemokraten“ verstanden und einen „normalen Staat“ westlicher Art erstrebt hätten. Putin wolle persönliche Macht, wofür er seinen Autoritarismus lehrbuchhaft einsetze: Konkurrenten wie Medwedjew bremse er im Ämtertausch der „Tandem-Demokratie“ aus, Gegner würden durch Repression gegängelt, Anhänger durch Wohltaten belohnt, womit seine Wahlunion „Einiges Russland“ zur „Partei der Gauner und Diebe“ verkommen sei. Rentner erhielten Sozialleistungen, Jugendliche würden vom Ausland ferngehalten, Medien gedrosselt, was erst der Anfang sei.

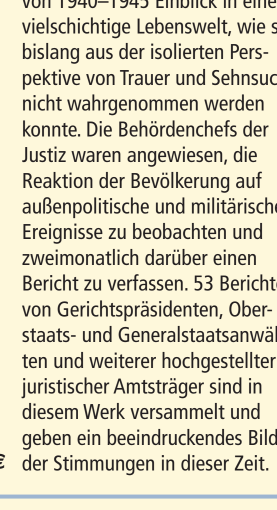
Virtuose ist Putin in Zimmermans Augen bei Wahlbetrug und -manipulation. „Es gibt viele Wege, eine Wahl zu manipulieren“, sagt der Autor, und wie er diese „Wege“ an Putin mit Zahlen und Fakten durchspielt, weist ihn als Wandler auf politologischem Neuschnee aus. Zumal er kluge, wiewohl erschreckende Putin-Perspektiven aufzeigt: Der Präsident werde arroganter, obwohl seine Partei und er in Umfragen absackten, Ölpreis- und Rubelverfall samt EU-Sanktionen ökonomischen Niedergang bewirkten. Das bleibe nicht ohne Folgen, „die Russen sind nicht mehr blind gegenüber (...) den nie gehaltenen Versprechen und der Verschlechterung des Lebensstandards“. Vermutlich werde Putin 2018 erneut fürs Präsidentenamt kandidieren und dann, so Zimmermans Szenario für den schlimmsten Fall, „den Vorwand eines Krieges oder die Kriegsgefahr nutzen, um zu einem Grad von Mobilisierung wie in der Sowjetunion vor dem Zweiten Weltkrieg zurückzukehren“.

Wolf Oschlies

***William Zimmerman: „Russland regieren. Von Lenin bis Putin“**, Verlag Philipp von Zabern, Mainz 2015, gebunden, 512 Seiten, 39,95 Euro*

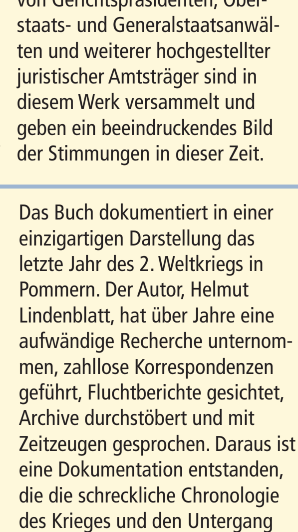
Anzeige Rautenberg Buchhandlung

Doris Ottlitz
Skizzen einer Kindheit in Deutsch Krone
Ein Zeitdokument
1923 in Deutsch Krone – ein kleines Städtchen in der Grenzmark Posen-Westpreußen. Dorothea erblickt als Tochter eines Beamten das Licht der Welt ... Die Erinnerungen an eine unbeschwerte Kindheit und daran, wie es damals so war, hat die Autorin gegen das Vergessen aufgeschrieben. Sie zeichnet ein authentisches Bild des Kreisstädtchens – seiner Architektur, seiner geschichtlichen Bedeutung und seiner Bewohner.
Ein bemerkenswertes Dokument – gegen das Vergessen der Heimat Grenzmark Posen-Westpreußen. 385 Seiten
Nr. P A1018 Kartoniert 14,80 €



Christian Tilitzki
Alltag in Ostpreußen 1940–1945
Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz
56 S/W-Abb. 324 Seiten
Nr. P 1083 Gebunden 14,95 €

Die Königsberger Gerichtslageberichte gestatten für die Zeit von 1940–1945 Einblick in eine vielschichtige Lebenswelt, wie sie bislang aus der isolierten Perspektive von Trauer und Sehnsucht nicht wahrgenommen werden konnte. Die Behördenchefs der Justiz waren angewiesen, die Reaktion der Bevölkerung auf außenpolitische und militärische Ereignisse zu beobachten und zweimonatlich darüber einen Bericht zu verfassen. 53 Berichte von Gerichtspräsidenten, Oberstaats- und Generalstaatsanwälten und weiterer hochgestellter juristischer Amtsträger sind in diesem Werk versammelt und geben ein beeindruckendes Bild der Stimmungen in dieser Zeit.

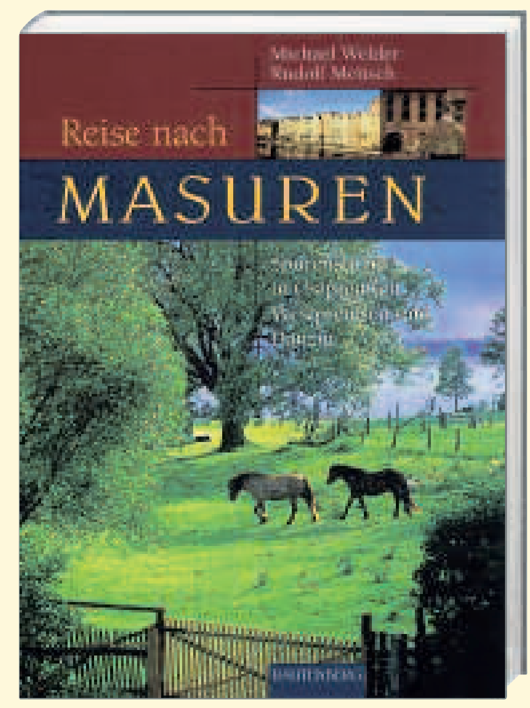


Helmut Lindenblatt
Pommern 1945
Eines der letzten Kapitel in der Geschichte vom Untergang des Dritten Reiches
105 S/W-Abb. 404 Seiten
Nr. P 3010 Gebunden 14,95 €

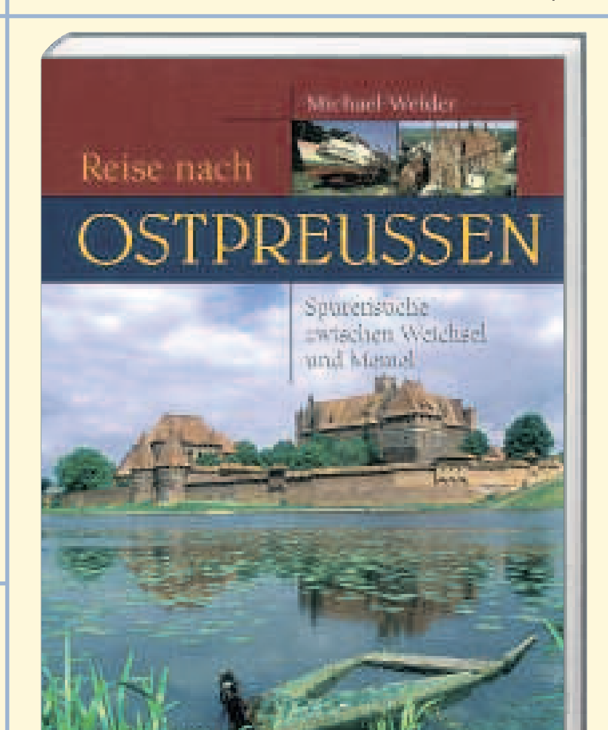
Das Buch dokumentiert in einer einzigartigen Darstellung das letzte Jahr des 2. Weltkriegs in Pommern. Der Autor, Helmut Lindenblatt, hat über Jahre eine aufwändige Recherche unternommen, zahllose Korrespondenzen geführt, Fluchtberichte gesichtet, Archive durchstöbert und mit Zeitzeugen gesprochen. Daraus ist eine Dokumentation entstanden, die die schreckliche Chronologie des Krieges und den Untergang des Dritten Reiches festhält. Militärische und zivile Aspekte wurden gleichrangig miteinander verbunden und durch die ungewöhnliche Vielzahl der ausgewerteten Unterlagen gibt dieses Buch einen umfassenden Einblick in ein Stück Zeitgeschichte.



Michael Welder
Schönes Ostpreußen
Ostpreußen ist mit seinen herrlichen Landschaften Städten und Dörfern eine Perle des Ostens. In den zahlreichen Farbaufnahmen dieses Bildbandes wird Ostpreußen porträtiert und der Text gibt einen guten Überblick über die Geschichte der Region. 60 farbige Abb. 60 Seiten
Nr. P 1100 Gebunden 9,95 €



Michael Welder und Rudolf Meitsch
Reise nach Masuren
Spurensuche in Ostpreußen, Westpreußen und Danzig
Diese „Reise nach Masuren" führt in eine Region mit einzigartiger Kultur, aber auch in herrliche Naturlandschaften. Die Spurensuche nach dem reichen Erbe an Architektur und anderen Kunstwerken, nach Bekanntem und Neuzuentdeckendem, findet in Ostpreußen, Westpreußen und in Danzig, statt. Für die einen ist der Bildband Erinnerung an die Heimat, den anderen eröffnet er ein neues, noch zu entdeckendes Reiseziel. Die zahlreichen Farbaufnahmen von Michael Welder zeigen Masuren mit seiner reichen, alten Kultur und seiner einzigartigen Naturschönheiten. Der kompetente Text von Rudolf Meitsch und Michael Welder informiert ausführlich über die wechselvolle Geschichte Masurens. Die Farbaufnahmen entstanden zwischen 1985 und 1995. 153 Abbildungen. 192 Seiten
Nr. P 1037 Gebunden mit Schutzumschlag 39,95 €



Michael Welder
Reise nach Ostpreußen
Spurensuche zwischen Weichsel und Memel
Diese „Reise nach Ostpreußen" führt in ein Land der dunklen Wälder, kristallenen Seen und der weiten Küste. Die faszinierende Region mit der geheimnisvollen Schönheit der masurischen Seen, der Kurischen und Frischen Nehrung ist wieder zu einem erreichbaren und einzigartigen Reiseziel geworden. Die Städte und Dörfer, deren Kirchen, Burgen, Schlösser und Herrenhäuser erzählen von der wechselvollen Geschichte. Nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg haben viele Orte und Bauwerke ihr altes Gesicht wiedererhalten, eine Spurensuche zeigt Bekanntes und Neuzuentdeckendes. Die Farbaufnahmen entstanden zwischen 1985 und 1995. 278 Abbildungen. 224 Seiten
Nr. P 1082 Gebunden mit Schutzumschlag 39,95 €



Agnes Miegel
Ostpreußen – Es war ein Land
Agnes Miegel liest aus eigenen Dichtungen, Lieder und Balladen der Heimat. Zwischen den einzelnen Stücken ertönen bekannte ostpreußische Lieder. (Laufzeit 40 Minuten)
Nr. P 5893 CD 9,95 €

Michael Welder
Reise nach Königsberg
Spurensuche von Litauen in das nördliche Ostpreußen
Diese „Reise nach Königsberg" führt in eine Stadt mit einzigartiger Kultur, zahlreichen Kirchen und Kunstdenkmälern. Die alte Hauptstadt Ostpreußens ist wieder zu einem erreichbaren Reiseziel geworden. Eine Spurensuche nach dem reichen Erbe an Architektur und anderen Werken zeigt Bekanntes und Neuzuentdeckendes. Die steinernen Zeugnisse wurden zum Teil wieder aufgebaut, enge Gassen und historische Speicher laden in diese bedeutende Stadt am Pregel an der alten Bernsteinstraße ein. Die Farbaufnahmen entstanden zwischen 1985 und 1995. 297 Abbildungen. 224 Seiten
Nr. P 1072 Gebunden mit Schutzumschlag 39,95 €



Heimat deine Sterne
Mit unvergessenen Stars aus Oper und Operette
Marika Rökk, Benjamino Gigli, Heinrich Schlusnus, Erna Berger, Herbert Ernst Groh, Alfons Flügel, Maria Cebotari, Heinz Goedecke, Karl-Schmitt-Walter u.v.m. (Laufzeit 68 Minuten)
Nr. P 5854 CD 12,80 €



Die Samlandbahn
Eine filmische Reise mit der Samlandbahn: Königsberg – Rauschen – Cranz. (Laufzeit: 60 Minuten)
Nr. P 9711 DVD 19,95 €



Heimat deine Sterne
Mit unvergessenen Film- und Schlagerstars
Ilse Werner, Lale Andersen, Zarah Leander, Heinz Rühmann, Hans Albers, Willy Schneider, Paul Hörbiger, Melitta Kepac u.v.m. (Laufzeit 64 Minuten)
Nr. P 5855 CD 12,80 €



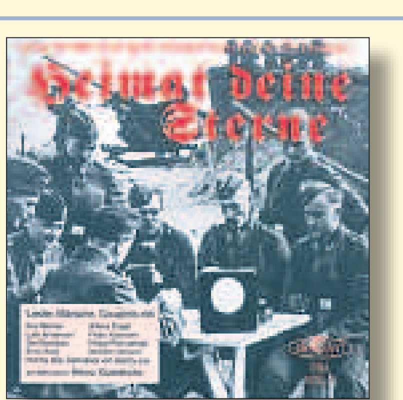
Heimat deine Sterne
Lili Marleen und der Soldatensender Belgrad
Marlene Dietrich, Ilse Werner, Lale Andersen, Wilhelm Strienz, Herbert Ernst Groh, Kary Barnet, Suzy Solidor, Magda Hain, G. Böhnert und viele mehr. (Laufzeit 72 Minuten)
Nr. P 5856 CD 12,80 €



Romantisches Masuren
Land der tausend Seen
Eine filmische Reise durch Masuren – die Städte und Landschaften. (Laufzeit: 55 Minuten)
Nr. P 9468 DVD 19,95 €



Christine von Brühl
Die preußische Madonna
Auf den Spuren der Königin Luise
Königin der Herzen Charismatische Herrscherin, Ikone Preußens, Leitfigur der Befreiungskriege. Kaum eine Herrscherin hat in nur 34 Lebensjahren so viel Sympathie und Aufmerksamkeit auf sich gelenkt wie Luise von Preußen. Christine Gräfin von Brühl, deren Familiengeschichte mit der Luises verbunden ist, wirft einen ganz persönlichen Blick auf eine der faszinierendsten Persönlichkeiten der deutschen Geschichte. Luise von Preußen (1776-1810) erlangte nach ihrer Heirat mit Friedrich Wilhelm III. dank ihrer Schönheit und Güte eine Popularität, die sie weit über die Grenzen des Landes hin bekannt und beliebt machte. Nach ihrem überraschend frühen Tod im Alter von 34 Jahren wird sie zur „Königin der Herzen". Novalis, Kleist, Jean Paul, August Wilhelm Schlegel huldigen ihr in ihren Werken. Der Luisenkult ist Geschichte, doch die Verehrung der preußischen Monarchin ist nunmehr 200 Jahren ungebrochen. Entlang der wichtigsten Lebensstationen Luises folgt diese Biografie einem faszinierenden Leben, das die Menschen bis heute bewegt. 256 Seiten
Nr. P A0887 Taschenbuch 9,99 €



Heimat deine Sterne
Lieder, Märsche und Couplets
Ilse Werner, Lale Andersen, Sari Barabas, Erna Sack, Herms Niel, Alfons Flügel, Franz Klarwein, Helge Rosvaenge, Wilhelm Strienz, Banabás v. Géczy u.v.m.(Laufzeit 78 Minuten)
Nr. P 9257 CD 12,80 €



Heimat deine Sterne
Das Deutsche Volkskonzert im Großdeutschen Rundfunk
Mit Faria Cebotari, Erna Sack, Maria von Schmedes, Alfons Flügel, Helge Rosvaenge, Georg Hann, Wilhelm Strienz, Hans Wocke, Herms Niel, Norbert Schultze, Ilse Werner, Marika Rökk u.v.m.(Laufzeit 77 Minuten)
Nr. P 9258 CD 12,80 €



Kette mit kleinen bunten Bernsteinbohnen
Die Bernsteinkette hat eine Länge von ca. 43 cm und besteht aus verschiedenfarbigen ovalen Bernsteinbohnen.
Nr. P A0864 29,95 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Zementhersteller bezahlt den IS

Paris – Um sein Syrien-Geschäft betreiben zu können, hat sich der französische Zementhersteller Lafarge mit dem IS arrangiert. Wie „Le Monde“ berichtete, soll das Unternehmen an IS-Kontrollposten Abgaben für den Gütertransport bezahlt haben. Außerdem habe es „Lizenzen“ gekauft und „Steuern“ an die Terroristen bezahlt, um an Erdöl zu kommen, das vom IS raffiniert worden war. *J.H.*

Kein FKK wegen Asylanten

Moritzburg – 111 Jahre lang zeigten sich die Mitglieder vom „Familiensport- und FKK-Bund Waldteichfreunde“ im sächsischen Moritzburg unverhüllt, doch jetzt soll damit Schluss sein. Grund ist die Rücksichtnahme auf die Bewohner einer geplanten Asylunterkunft in der Nachbarschaft. Der Verein hatte vom Landkreis Geld für einen Sichtschutz gefordert, doch stattdessen vom Dachverband, der Deutschen Gesellschaft für Badewesen, die Auflage bekommen, die Nutzung des Schwimmbads nur in Badebekleidung zu erlauben. *J.H.*

ZUR PERSON

Der britische Donald Trump

Die Brexit-Wahl wäre vielleicht völlig anders verlaufen, wenn **Boris Johnson** sich im Mai zur Wiederwahl als Londoner Bürgermeister gestellt hätte. Dann hätten die EU-Gegner ihr Zugpferd verloren, denn gegen den Willen der Londoner, die mehrheitlich für den Verbleib in der EU stimmten, hätte er als wiedergewählter Bürgermeister einen schweren Stand gehabt.

So aber stahl Johnson als Held der Brexit-Kampagne dem erklärten EU-Gegner Nigel Farage von der rechtskonservativen Ukip nicht nur die Schau, sondern könnte ihm zukünftig auch noch Wählerstimmen stehlen. Denn nach der Rücktrittsankündigung von Premier David Cameron spricht alles dafür, dass Johnson diesen als Chef der konservativen Tories und zukünftiger britischer Premier beerbt.

Als britischer Donald Trump könnte Johnson Downing Street Number 10 ähnlich aufmischen wie sein US-Pendant vielleicht bald das Weiße Haus. Schon äußerlich ähneln sich beide mit ihren blonden Haar(un)frisuren. Dass auch Johnson eine exzentrische US-Wesensart besitzt, mag daran liegen, dass er vor 52 Jahren in New York geboren wurde und neben dem britischen auch den US-Pass besitzt. Er hat türkische und russische Urgroßeltern und ist Nachfahre einer Tochter des Prinzen Paul von Württemberg.



Wie sein jüngerer Parteifreund/-feind Cameron gehörte der in zweiter Ehe verheiratete Johnson während seiner Zeit als Student der Altertumskunde in Oxford dem elitären Bullington Club an, wo er sich einen Ruf als bunter Hund machte. Über den Umweg als Redakteur des „Daily Telegraph“ und Romanautor – „72 Jungfrauen“ über einen Terrorangriff auf den US-Präsidenten in London – wurde er 2008 Londoner Bürgermeister, der als passionierter Radfahrer radikal in die Verkehrspolitik eingriff. Sollte er als Premier einmal die EU-Austrittsverhandlungen leiten, dürfte er ähnlich radikal vorgehen. *H. Tews*



Raus, aber gefälligst zack, zack!

Warum Shakespeare zurück auf die Insel muss, wie die Kanzlerin hilfreich Goldene Worte fand und warum Lammert-Lyrik geklaut ist / Der Wochenrückblick mit Klaus J. Groth

Der Sturm namens Brexit erschüttert die Gemüter stärker, als es William Shakespeares Drama „Der Sturm“ jemals vermochte. Und das ist schließlich wüst genug. Nun stellt sich die bange Frage: Ist William Shakespeare noch ein europäischer Dichter? Müssen wir von ihm Abschied nehmen? Muss er zurück auf die Insel? Sehen Sie, auch daran hat noch niemand gedacht.

Aber wen wundert dies Versäumnis schon? Gar nichts ist geklärt für den Brexit. Weil es den Brexit gar nicht geben durfte. Doch schon William Shakespeare, von dem wir noch einiges hören werden, wusste: „Hoffnung ist oft ein Jagdhund ohne Spur.“

Nachdem die Briten uns ziemlich deutlich den Stinkefinger gezeigt haben, nachdem sie klargemacht haben, was sie mehrheitlich von der früh-europäischen Begradigung der Gurken und Bananen halten, wie sehr ihnen die eurokratischen Besserwisser in Brüssel auf den Geist gehen und dass sie den merkelschen Asylsucherwahn nicht ausbaden wollen, nun erwacht die gerupfte EU aus ihrem „Sommernachtstraum“ und fragt verwirrt, wie es so weit hat kommen können.

Ja, wie wohl? So, wie es irgendwann einmal kommen muss, wenn der Verdruss der Bürger ignoriert wird. Wenn der Bürger nicht ernst genommen wird. Sicher können Sie sich noch sehr gut an das Tamtam erinnern, als es darum ging, ob die Griechen weiter mit dem Euro oder besser mit der Drachme ihre Staatsschulden und ihren Einkauf beim Gemüsehändler bezahlen sollten. Da wurde das ganz große Rad gedreht, da schmetterten die Fanfaren des politischen Großsprech: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa!“ Was für ein Satz. Donnerwetter, Frau Kanzlerin! Und nun, als es nicht mehr um den Grexit, sondern um den Brexit ging, was war da zu hören? Eigentlich gar nichts, allenfalls ein schwaches Nuscheln über wirtschaftliche Kollateralschäden. Von der wunderbaren Idee, die einmal Europa hieß, die mehr war als Wirtschaft und Finanzmärkte, die Frieden und selbstbestimmte Freiheit versprach, davon war nichts zu hören. Die vorgeblichen Eliten auf den Kommandobrücken gaben sich betont gelassen. Sie waren überzeugt: Die Briten machten „Viel Lärm um nichts“, man kennt das seit Shakespeare.

Niemand wollte glauben, es könne um „Sein oder nicht Sein“ gehen. Und als die Sache mit der Abstimmung gründlich danebengegangen war, da verschlug es offenbar allen die Sprache, die sonst das große Wort führen, die um keinen vorgestanzten Satz verlegen sind. Die Kanzlerin mahnte einmal mehr zu „Ruhe und Besonnenheit“. Genau! Das ist es! Goldene Worte! „Ruhe und Besonnenheit.“ Das ist es, was wir jetzt brauchen. Darauf muss man erst mal kommen. Danke, Frau Kanzlerin. Das war endlich hilfreich. Der sonst stets vorlaute EU-Parlamentspräsident Martin Schulz ließ andere für sich sprechen und Bundestagspräsident Norbert Lammert beglückte uns mit einer Kostprobe seiner Lammert-Lyrik: „Großbritannien hat gestern darüber befunden, aus der Europäischen Union auszutreten. Dennoch ist die Sonne heute Morgen wieder aufgegangen.“ Das ist doch endlich einmal was fürs Herz. Darum gab es von den Abgeordneten auch herzhaften Beifall. Nur leider, das Bild war geklaut. Oder ein Plagiat, wie man es etwas weniger bildungsfern formulieren könnte. Den lyrischen Teil hat nämlich Udo Jürgens schon vor vielen Jahren geliefert: „... und immer, immer wieder geht die Sonne auf und bringt ein Tag für uns das Licht ...“

Es ist schon erstaunlich, wie kaltschnäuzig dieser Ausstieg eines nun wirklich nicht unbedeutenden Mitglieds aus dem Club gemanagt wird. Ihr wollt raus? Ok! Aber bitte sofort. Unverzüglich. Je schneller, desto besser. Zack, zack!

Aber Vorsicht, lassen wir uns nichts vormachen. Haben Sie schon einmal erlebt, wie ein Gewohnheitstrinker mit einem veritablen Kater umgeht? Ignorieren! Einfach ignorieren. So tun, als sei alles ganz normal. Damit die Mitmenschen nicht mitbekommen, wie ganz fürchterlich dieser Kater mit all seinen Nebenwirkungen ist. Und dann mit „Ruhe und Besonnenheit“ auf die Kräfte der Natur hoffen. Die benötigt zwar ein paar zusätzliche Stunden nach dem Morgenkaffee, aber dann ist alles wieder gut. Und das Beste daran: Anschließend kann weiter gesoffen werden. Bis zum nächsten Brechzit.

> Das Establishment benimmt sich wie ein Gewohnheitstrinker bei einem veritablen Kater

Na klar, ein bisschen müssen wir schon aufpassen, dass die Verlobungsringe nicht mitgenommen werden. Bei so einer Trennung verschwindet schon gerne mal was vom Eingemachten. Darum soll es offenbar auch so schnell gehen, damit die Briten keine Gelegenheit finden, einzusacken, worauf sie keinen Anspruch haben. Sonderrechte hatten sie sich ja genug ertrotzt, wer weiß, woran sie noch ihre Freude finden. Weil die Freunde von gestern nun richtig sauer sind, werden die Typen von der Insel vom Hof gejagt, so schnell können die gar nicht laufen. Da können noch so viele eine Eingabe machen und eine neuerliche Abstimmung fordern, Schluss ist Schluss. Wählen, bis das Abstimmungsergebnis den Verlierern passt? Das könnte manchem Briten so passen. Nein, wer sich so danebenbenimmt, der wird vor die Tür gesetzt, basta.

Wenn man mal das matte Echo auf den Brexit für bare Münze nimmt, dann war der Abschied offenbar schon eingepreist, ganz wie ein Kleinhändler das macht. Es ist eben alles eine Frage der Ökonomie. Was denn sonst? Europa wurde heruntergerechnet auf Börsenkurs und Devisenhandel. Drum herum pflanzten selbstherrliche Kommissare ein Gestrüpp von Vorschriften, mit dem sie nationale Aufwallungen klein hielten. Wie diese Kommissare nach Brüssel gekommen sind, das wissen nicht einmal Geheimnisträger so genau. Sie wurden irgendwann mal irgendwo mal nicht mehr so richtig gebraucht. Man kennt das ja. Manche Sachen braucht man auch nicht mehr, sind aber zu schade, um sie wegzuschmeißen. Die kommen auf den Dachboden, um vergessen zu werden. Die Kommissare kommen nach Brüssel. Damit sie nicht vergessen werden, melden sie sich ab und an zu Wort. Nicht sehr häufig. Das scheint nur so, weil es so viele Kommissare gibt. Vermutlich hat William Shakespeare an solche Leute gedacht, als er schrieb: „Was Große tun, beschwatzen gern die Kleinen.“ Sie loben selten und tadeln häufig, das ist so ihre Natur. Aufwallungen von Gefühlen erlebt man von ihnen (in der Öffentlichkeit) nie.

Für die Aufwallung der Gefühle (in der Öffentlichkeit) haben wir den Herrn Erdogan. Früher, lange ist es her, da hatten wir das HB-Männchen. Das machte Reklame (Anmerkung für jüngere Leser: Werbung hieß damals noch Reklame) für eine Zigarettenmarke mit dem Spruch: „Wer wird denn gleich in die Luft gehen ...“ Dabei zappelte das Männchen mit Schnappatmung unter der Decke. Der Herr Erdogan leidet offenbar auch unter Schnappatmung. Jedenfalls will er gar nicht mehr mit uns spielen. Jahrelang stand der Herr Erdogan an der Spielkiste, in der Europa fröhlich Sandtörtchen buk und greinte „Ich will da rein“ (Entschuldigung, das war ein anderer, aber gewisse Ähnlichkeiten sind vorhanden). Jedenfalls wollte Erdogan zu Europa in die Spielkiste. Aber weil Europa ständig eine Flunsch zog, mal sagte „mit dem spiel ich nicht“, mal sagte „der soll sich erstmal richtig benehmen“, wurde das Mätzchen Erdogan richtig sauer. Zwar verkniff er sich, Europa eine blöde Kuh zu nennen. Jedenfalls nicht direkt. Aber dass Europa ein hässliches Gesicht habe, das sagte er jetzt schon. Und dass er darüber abstimmen lassen könne, ob seine Türken überhaupt in die Spielkiste wollen, das sagte er auch. Weil er glaubt, das könne erschrecken. Doch das war einen Tag vor der Abstimmung der Briten. Und wie vordergründig lässig die Drohung zur Kenntnis genommen wurde, könnte ihn nachdenklich machen. Nachdenklich wäre er allerdings nicht mehr der Sultan Erdogan.

MEINUNGEN

Der Wirtschaftswissenschaftler ***Hans-Werner Sinn*** *macht auf seiner Internetseite zwei grundsätzliche* ***Politikfehler*** *als* ***Grund für Austrittsbestrebungen*** *aus der EU aus:*

„Dass Großbritannien die EU verlässt, ist eine Zeitenwende. Die ‚ever closer union‘ ist zu einem Ende gekommen. Großbritannien hat sich nicht gegen Europa, sondern gegen die Brüsseler Rent-Seeking-Apparatur unter Leitung einer zunehmend selbstherrlich agierenden Elite gewandt. ... Damit nicht noch mehr Länder der EU den Rücken kehren, ist es nun an der Zeit, zwei große Politikfehler der EU zu korrigieren: die Regeln, nach denen der Euro funktioniert, und die Regeln, nach denen eine Immigration in die Sozialstaaten möglich ist. Weder der Euro noch das Inklusionsprinzip haben sich in ihrer jetzigen Form bewährt. Man kann sie halten, aber nur mit gravierenden Reformen.“

Der Philosoph ***Hermann Lübbe*** *stellt in der „FAZ“ vom 23. Juni die* ***Frage nach dem Nutzen*** *der EU:*

„Man tue die Antieuropäer nicht als Populisten ab. Vielleicht sind sie Realisten. Was hat die EU denn gebracht: Frieden? Nur bedingt. Währungsstabilität? Kaum.“

David Furn*, Leitender Redakteur der US-amerikanischen Zeitschrift „The Atlantic“ macht in deren Online-Ausgabe (24. Juni) vor allem die* ***deutsche Kanzlerin*** *für den Brexit* ***verantwortlich****:*

„Wenn es eine einzelne Person gibt, die Großbritannien aus der Europäischen Union getrieben hat, dann ist das Angela Merkel mit ihrer unüberlegten und einsamen Entscheidung im Sommer 2015, Deutschland und damit ganz Europa für 1,1 Millionen Immigranten aus dem Mittleren Osten und Nordafrika und unzählige Millionen weitere, die noch kommen werden, zu öffnen.“

Als ein ***„Erwachen aus einem technokratischen Albtraum“*** *wertet* ***Markus Somm****, Chefredakteur der „Basler Zeitung“, den Brexit in der Online-Ausgabe seiner Zeitung (25. Juni):*

„In gewissem Sinne gleichen sich die beiden Einschnitte, 1989 und 2016: Beide Male ging es um die Rettung der Demokratie, beide Male hat die Demokratie gesiegt. Denn irren wir uns nicht: Bei der EU handelt es sich vermutlich um einen der gefährlichsten Entdemokratisierungsversuche seit dem Ancien Régime; eine Refeudalisierung war in Brüssel im Gang, wo ungewählte Kommissare und Funktionäre sich anschickten, unser Leben zu prägen und unsere Wirtschaft und Politik umzuformen, mit Auswirkungen bis selbst in die Schweiz, dem Nie-Mitglied. Hätten diese EU-Kommissare sich Zöpfe wachsen lassen und gepuderte Perücken aufgesetzt: Wir wären nicht überrascht gewesen. Herrschaft der aufgeklärten Despoten.“

Im Hamburger Abendblatt (28. Juni) fordert ***Walter Bau****, das* ***Ergebnis*** *des Brexit-Referendums* ***anzuerkennen****:*

„Kann es für die Briten ein Zurück geben hinter das Referendum? Klare Antwort: Nein! Ein Volksentscheid ist kein Instrument, mit dem man nach Belieben spielen kann, je nach Ausgang. Es gibt gute Gründe für und auch gegen ein Referendum; doch wenn man sich dazu entschließt, muss das Ergebnis bindend sein und muss von der Politik nicht nur als eine Art unverbindlicher Vorschlag eines wahlunmündigen Volkes betrachtet werden.“